



# Landtag von Baden-Württemberg

22. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. Dezember 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Unterbrechung: 14:28 bis 15:09 Uhr

Schluss: 15:15 Uhr

## INHALT

Eröffnung . . . . .	1057	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes</b> – Drucksache 16/1166	
Gedenken an die Opfer des Terroranschlags in Berlin .	1057	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1223. . . . .	1100
Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	1057	Beschluss . . . . .	1101
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Dr. Heinrich Kuhn . . . . .	1057		
Ausscheiden der Abg. Claudia Martin aus der Fraktion der AfD . . . . .	1057	3. <b>Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der 16. Bundesversammlung.</b> . . . . .	1101, 1103
Nachwahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung. . . . .	1057		
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen und bei den Schriftführerinnen und Schriftführern . . . . .	1058	4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Oktober 2016 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 10: Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger</b> – Drucksachen 16/852, 16/1142	
1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017)</b> – Drucksache 16/1117		5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juni 2016 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 9: Haftplatzbedarf sowie Einrichtungen des offenen Vollzugs und des Freigangs</b> – Drucksachen 16/88, 16/1141	
<b>Allgemeine Aussprache</b>			
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Haushaltsbegleitgesetz 2017</b> – Drucksache 16/1118. . . . .	1058		
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	1058		
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	1064		
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD. . . . .	1073, 1099		
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	1080		
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	1087		
Ministerin Edith Sitzmann. . . . .	1093		
Beschluss . . . . .	1100		

6. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. August 2016 – **Beitritt Baden-Württembergs zur „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“** – Drucksachen 16/195, 16/894
7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration zu der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 6. Dezember 2016 – **Unterrichtung des Landtags nach § 10 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO); hier: Pauschaler Belastungsausgleich zwischen den Ländern für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (UMA)** – Drucksachen 16/1164, 16/1165
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu
- a) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 21. November 2016 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz** – Drucksache 16/1013
- b) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 21. November 2016 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union** – Drucksache 16/1019
- c) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 21. November 2016 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen** – Drucksache 16/1023
- d) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 28. November 2016 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union** – Drucksache 16/1122
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 29. November 2016 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017** – Drucksachen 16/1096, 16/1161
10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/1149, 16/1150, 16/1151, 16/1152
11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/1123 .....1102
- Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 11 .....1102
- Nächste Sitzung .....1103
- Anlage 1  
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU – Nachwahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung. . .1104
- Anlage 2  
Vorschlag der Fraktion GRÜNE – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen .....1105
- Anlage 3  
Vorschlag der Fraktion der AfD – Umbesetzungen bei den Schriftführerinnen/Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen .....1106
- Anlage 4  
Vorschlagsliste Nr. 1 – Vorschlag der Fraktion GRÜNE für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung. ....1107
- Anlage 5  
Vorschlagsliste Nr. 2 – Vorschlag der Fraktion der CDU für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung. ....1109
- Anlage 6  
Vorschlagsliste Nr. 3 – Vorschlag der Fraktion der AfD für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung. ....1111
- Anlage 7  
Vorschlagsliste Nr. 4 – Vorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung .....1112

## Protokoll

über die 22. Sitzung vom 21. Dezember 2016

Beginn: 10:05 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ein paar Worte zu den aktuellen Ereignissen sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, die Flaggen vor dem Landtagsgebäude trugen gestern Trauerflor. Der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin hat uns erschüttert. Wir sind fassungslos, wir sind geschockt. Wir beklagen die zwölf Todesopfer und sind in Gedanken bei den trauernden Angehörigen und Hinterbliebenen, die einen unvorstellbaren Schmerz aushalten müssen. Wir denken an die 48 Verletzten, denen wir baldige und vollständige Genesung wünschen. Wir fühlen mit den besorgten Familien und Freunden. Den Menschen, die diesen schrecklichen Terroranschlag mit ansehen mussten, wünschen wir, dass sie Hilfe finden und ihren Schock überwinden können.

Unser Dank gilt der Polizei, der Feuerwehr und den Rettungsdiensten für ihren schweren Einsatz.

Dieser Terroranschlag hat uns allen gegolten. Und er hat uns alle getroffen. Er ist ein Angriff auf unsere Werte, unsere Lebensweise und unsere Freiheit. Unser Rechtsstaat, unsere Gesellschaft sind jedoch stark und wehrhaft genug, dem entgegentreten und diesem Terror die Stirn zu bieten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass aus Wut oder Angst unser gesellschaftliches Klima vergiftet und unsere Gesellschaft gespalten wird. Gerade wir Parlamentarier sind in besonderer Weise verpflichtet, mit Besonnenheit zu handeln und für den Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

Als Zeichen unserer Trauer und Verbundenheit mit den Opfern und ihren Angehörigen, als Bekundung der Solidarität mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern Berlins und als Bekenntnis zu unseren Werten und unserem Selbstverständnis als Demokratinnen und Demokraten bitte ich Sie jetzt, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Wir kommen nun zu den allgemeinen Bekanntgaben:

Beurlaubt habe ich für heute Frau Abg. Erikli sowie Herrn Abg. Dr. Gedeon.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Entschuldigt hat sich ganztägig Herr Staatsminister Klaus-Peter Murawski.

Meine Damen und Herren, am letzten Sitzungstag im Jahr 2016 gilt es heute, einen Abgeordneten zu verabschieden. Herr Abg. Dr. Heinrich Kuhn hat mit Schreiben vom 26. November 2016 mitgeteilt, dass er sein Landtagsmandat mit Ablauf des 31. Dezember 2016 niederlegen wird.

Herr Abg. Dr. Kuhn gehört dem Landtag seit dem 6. April 2016 an und eröffnete als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des Landtags am 11. Mai 2016. Als Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft wirkte Herr Abg. Dr. Kuhn in den letzten Monaten engagiert mit.

Ich danke Ihnen, Herr Dr. Kuhn, für Ihre zurückliegende Tätigkeit als Abgeordneter herzlich und wünsche Ihnen und Ihrer Familie für die Zukunft Glück, Gesundheit und alles Gute.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der AfD sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Es gibt eine weitere Änderung:

Meine Damen und Herren, mir wurde mitgeteilt, dass Frau Abg. Claudia Martin am 16. Dezember 2016 aus der Fraktion der AfD ausgetreten ist. Somit hat Frau Abg. Martin jetzt den Status einer fraktionslosen Abgeordneten.

Wir kommen nun noch zu einer Nachwahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung.

Der Landtag hat in seiner 13. Sitzung am 12. Oktober 2016 für die Dauer der Wahlperiode 17 Mitglieder – darunter auch Herrn Kollegen Winfried Mack – in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung gewählt. Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 14. Dezember 2016 mitgeteilt, dass Herr Abg. Winfried Mack zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dem Kuratorium ausscheiden möchte.

Das Vorschlagsrecht für die Nachfolgerin bzw. den Nachfolger steht der Fraktion der CDU zu. Die Fraktion der CDU hat Frau Abg. Sylvia Felder als neues Mitglied des Kuratoriums vorgeschlagen (*Anlage 1*).

Sind Sie damit einverstanden, in offener Wahl über diesen Wahlvorschlag abzustimmen? – Das ist der Fall.

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei

(Präsidentin Muhterem Aras)

einer Enthaltung ist Frau Abg. Sylvia Felder damit in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung gewählt. – Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Es ist so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 2016 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2016 bis 2020 – Drucksache 16/1119

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

2. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 13. Dezember 2016 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission – Drucksache 16/1121

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

\*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion GRÜNE für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage 2*) und einen Vorschlag der Fraktion der AfD für Umbesetzungen bei den Schriftführerinnen bzw. Schriftführern und in Ausschüssen (*Anlage 3*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Dann ist so beschlossen.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) **Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017 (Staatshaushaltsgesetz 2017 – StHG 2017) – Drucksache 16/1117**

**Allgemeine Aussprache**

- b) **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2017 – Drucksache 16/1118**

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium freie Redezeit festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank für Ihre besonnenen Worte. Nach dem schrecklichen Ereignis in Berlin sind unsere Gedanken bei den Opfern und den Angehörigen. Wir verurteilen diese niederträchtigen Verbrechen auf das Schärfste.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Den Sorgen und den Fragen der Bürgerinnen und Bürger werden wir am besten gerecht, wenn wir besonnen bleiben und überlegt handeln. Wir bekennen uns heute unvermindert zu unserer offenen Gesellschaft, zu unseren Grundwerten. Diese lassen wir uns nicht nehmen.

Wir wissen und sagen zugleich: Für Freiheit gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Wir werden dennoch alles dafür tun, um ein Optimum an Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Ich bin unserem Innenminister Thomas Strobl dankbar, dass er bereits die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet hat.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Heinrich Kuhn AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Haushaltsplan 2017 betreiben wir eine nachhaltige, eine verlässliche, eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die den Innovationsstandort Baden-Württemberg stärkt und ihn fit für die Zukunft macht. Wir legen den Grundstein dafür, dass Baden-Württemberg erfolgreich bleibt und dass zukünftige Generationen Handlungsspielräume haben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ein Schwerpunkt unserer Politik ist in diesem Haushalt die Digitalisierung. Die Erforschung und die Anwendung künstlicher Intelligenz, um Sprache und Bilder zu erkennen, autonome Fahrzeuge zu steuern oder Prozesse zu optimieren,

(Abg. Anton Baron AfD: Was haben Sie da schon gemacht?)

das ist seit letzter Woche ein neuer Leuchtturm der Digitalisierung in Baden-Württemberg.

Am vergangenen Donnerstag haben Ministerpräsident Kretschmann und Wissenschaftsministerin Bauer gemeinsam mit Vertretern namhafter Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen eine bahnbrechende Forschungsoffensive für unser Land gestartet. Baden-Württemberg wird sich mit der Forschungsoffensive Cyber Valley zum internationalen Topstandort im Bereich der künstlichen Intelligenz entwickeln. Man sagt uns Baden-Württembergern ja gern nach, dass wir „Käpsele“ seien. Dieses Sprichwort „Wir sind Käpsele“ soll künftig auch für Maschinen gelten. Das ist gut für unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir nehmen die Herausforderung, die die Digitalisierung mit sich bringt, an. Wir machen Baden-Württemberg zu einem Zentrum der Erforschung und Nutzung dieser Systeme, und zwar auf Spitzenniveau. Gemeinsam mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen verknüpfen wir Grundlagenforschung mit marktfähigen Anwendungen. Dafür nehmen wir in den nächsten fünf Jahren 50 Millionen € in die Hand. Das ist ein starkes Signal für den Innovationsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Andreas Schwarz)

Meine Damen und Herren, eine innovative Wirtschaft, starke Familien, eine offene Bürgergesellschaft und eine gesunde Natur, das sind die Leitziele unserer Politik für Baden-Württemberg. Der grün-schwarze Haushalt 2017 ist ein guter Haushalt für unser Land.

Mit kräftigen Investitionen in die Infrastruktur und einem ambitionierten Digitalisierungspaket schaffen wir die Grundlage für eine auch in der Zukunft erfolgreiche, innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Ausbau von Ganztagschulen und Investitionen in die Bildung stärken wir die Familien und investieren in die Zukunft der Kinder in unserem Land.

Mit zusätzlichem Geld für den Naturschutz erhalten wir unsere gesunde Natur, stärken die Artenvielfalt und fördern die Biodiversität, und wir erhöhen unsere Anstrengungen für den Klimaschutz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Mit der Stärkung der Polizei in unserem Land gewährleisten wir ein hohes Maß an innerer Sicherheit und Freiheit und schützen so Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit dem Pakt für Integration investieren wir gezielt in den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Land und Kommunen und fördern wir die Integration von Flüchtlingen in unserem Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der grün-schwarze Haushalt setzt auf das Gleis, was wir uns gemeinsam unter der Überschrift „Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ vorgenommen haben. Dieser Haushalt schafft einen verlässlichen Rahmen für Nachhaltigkeit und Innovationen. Der Haushalt ist verlässlich, weil wir den erfolgreichen Kurs der Haushaltskonsolidierung und der nachhaltigen Haushaltspolitik fortsetzen.

Denn Baden-Württemberg steht gut da. Das Land ist eine der wirtschaftsstärksten und innovativsten Regionen Europas. Die Wirtschaft ist stark wie nie, die Arbeitslosigkeit ist mit einer Quote von 3,6 % so niedrig wie in keinem anderen Jahr seit der Wiedervereinigung. Und: Wir halten Kurs. Die gute Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg setzt sich mit einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von gut 2 % im Jahr 2016 fort. Unser Land gehört zu den wohlhabendsten Regionen in Europa. Das ist das Ergebnis harter Arbeit von fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Kennen Sie den Glücksatlas 2016? Schauen Sie sich diesen Glücksatlas einmal an. Dieser hat Baden-Württemberg sehr gute Werte in Sachen Gesundheit und Pflege bescheinigt. Im Klimaschutz sind wir inzwischen Vorreiter. Auch der Bundesländerindex Mobilität & Umwelt hat Baden-Württemberg im

Verkehrsbereich einen Spitzenplatz bescheinigt. Unser Engagement für Lebensqualität, gesunde Umwelt und nachhaltige Mobilität trägt im ganzen Land Früchte.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Unser Kurs der Nachhaltigkeit und Innovation ist erfolgreich. Überall im Land spürt man den frischen Wind.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Mit dem Haushalt 2017 setzen wir diesen Kurs konsequent fort. Die Koalition versteht sich dabei als Partner auf Augenhöhe – als Partner der Bürgergesellschaft. Wir machen auf Augenhöhe Politik mit den Menschen vor Ort, als Partner der Wirtschaft; wir machen Politik im Dialog mit den Unternehmen, mit den Beschäftigten. Das praktizieren wir. Wir sind Partner der Kommunen. Wir wissen um die Wichtigkeit der Stärke unserer Landkreise, Städte und Gemeinden.

Wir Grünen blicken zuversichtlich auf die Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Denn Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren moderner und weltoffener geworden. Die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ducken sich nicht weg, wenn neue Herausforderungen auf sie zukommen; nein, sie nehmen diese Herausforderungen an. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, Baden-Württemberg fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der Landeshaushalt ist trotz des Schuldenstands kein Sanierungsfall. Gleichwohl gilt: Wenn wir für kommende Haushalte und für kommende Generationen Gestaltungsspielräume eröffnen wollen, dann müssen wir uns heute und jetzt um die Konsolidierung des Haushalts, um die Konsolidierung der Finanzen kümmern. Mit einer nachhaltigen und generationengerechten Finanz- und Haushaltspolitik sorgen wir dafür, dass die Handlungsspielräume nicht kleiner, sondern größer werden.

Deswegen setzen wir den Kurs der Haushaltskonsolidierung fort. Wir machen keine neuen Schulden – und das schon zum dritten Mal hintereinander. Wir erhalten das Vermögen des Landes durch ein umfassendes Sanierungsprogramm. Und wir sorgen dafür, dass die Schuldenbremse dauerhaft eingehalten wird, und zwar souverän und verlässlich, wie Sie, Frau Sitzmann, das in der letzten Woche hier formuliert haben.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Genau deswegen nehmen wir konsequent den Abbau des Sanierungsstaus in Angriff. Denn unser Land hat sich nicht nur am Kapitalmarkt verschuldet. Ein großer Teil der Belastungen künftiger Generationen liegt auch im Sanierungsstau bei unserem Landesvermögen. Da ist es geradezu grotesk, diesen Punkt des Haushaltsentwurfs zu kritisieren. Ich sage es ganz deutlich: Wenn wir unsere Straßen und Gebäude nicht sanieren, dann ist das im wahrsten Sinn des Wortes eine verfehlte Politik.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie fünf Jahre gemacht! Ist ja in der Vergangenheit auch passiert!)

(Andreas Schwarz)

Wir machen das Gegenteil. Die Sanierung unserer Straßen und Gebäude trägt dazu bei, dass wir den Haushalt wetterfest machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Keine Chance mehr dem Regen, der in unseren Gebäuden nichts verloren hat! Deswegen kommt das Sanierungsprogramm allen Gebäuden des Landes zugute, auch dem Polizeirevier Ravensburg.

(Abg. Sascha Binder SPD: Echt?)

Hier müssen die Sanierungsarbeiten zügig weitergehen, damit die Polizeibeamten gute Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall bei den Grünen)

Keine Chance mehr der sommerlichen Hitze, die unsere Straßen kaputt gemacht hat! Deswegen werden wir im nächsten Jahr 123 Millionen € in die Sanierung unserer Straßen und unserer Liegenschaften investieren, und wir schaffen 50 weitere Stellen in der Straßenbauverwaltung, um diese Ziele auch umsetzen zu können. Die Modernisierung der Infrastruktur hat für uns Grüne eine hohe Priorität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist gut, dass uns der Bund weitere Gelder für die Sanierung und den Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung stellt. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Nachdem Baden-Württemberg als Land Autobahnen und Bundesstraßen für den Bund plant und baut, brauchen wir vom Bund auch eine angemessene Kostenerstattung. Ein zweiter Schritt ist daher notwendig, und der Bund muss sich angemessen an den Kosten für Planung und Bauüberwachung für Bundesfernstraßen beteiligen.

Wir treiben die Sanierung des Landesvermögens mit Kraft und Ausdauer voran, und wir betreiben damit Schuldenabbau. Denn der Sanierungsstau ist nichts anderes als eine implizite Verschuldung. Ein Aufschub dieser Sanierung kostet uns mehr als der Schuldendienst in der gegenwärtigen Niedrigzinsphase. Das Sanierungsprogramm ist somit ökonomisch sinnvoll und kommt unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern, den Menschen im Land zugute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Konsolidieren bedeutet, Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Konsolidieren bedeutet, vorhandene Mittel effektiv und effizient einzusetzen. Und genau das tun wir mit dem Haushalt 2017.

(Abg. Anton Baron AfD: Eijejei!)

Die Ministerien stellen sich dieser harten Aufgabe

(Lachen bei der SPD)

und werden 2017 insgesamt 370 Millionen € einsparen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wo?)

Meine Damen und Herren, das sind strukturelle Einsparungen, die uns auf Dauer zugutekommen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Erhöhung von Einnahmen durch Studiengebühren!)

Von diesen strukturellen Einsparungen werden wir alle noch lange profitieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wer sich vor diesen Konsolidierungen drückt, der handelt eben nicht nachhaltig,

(Abg. Sascha Binder SPD: Wo?)

der handelt nicht generationengerecht. – Von Ihrer Seite habe ich hier noch keine Vorschläge gehört; das muss ich an dieser Stelle auch einmal ganz offen sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Sascha Binder und Wolfgang Drexler SPD)

Ein Viertel des Landeshaushalts – 25 % – geht an die Kommunen. Es ist der Landesregierung und den Kommunen gelungen, eine gute Lösung für die nächsten fünf Jahre hinzubekommen. Chapeau, Frau Finanzministerin; das haben Sie gut gemacht.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Beide Seiten übernehmen Verantwortung dafür, dass die Schuldenbremse eingehalten wird und dass die Kommunen Planungssicherheit für die Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen. Denn klar ist: Das Einhalten der Schuldenbremse ist eine Aufgabe, die alle betrifft: die Ministerien, die ihren Beitrag leisten müssen, die Kommunen, die ihren Beitrag leisten, aber auch uns als Landtag, der eben die Mehrausgaben in einem engen Rahmen halten muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir unterstützen die Kommunen bei ihren wichtigen Aufgaben. Sie werden vom Land für die Integration von Flüchtlingen in den nächsten zwei Jahren jeweils 160 Millionen € erhalten. Menschen, die vor Krieg flüchten oder wegen politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten, bieten wir unseren Schutz und unsere Fürsorge an. Mit der finanziellen Unterstützung für unsere Kommunen unterstützen wir unsere Partner bei dieser wichtigen Aufgabe.

Es gibt aber auch Kräfte hier im Landtag, die kein Interesse an einer Lösung haben, denen Humanität nichts wert ist. Wer Grundrechte von Flüchtlingen einschränken oder die Flüchtlinge in Sonderwirtschaftszonen unterbringen möchte, der tritt unser Werteverständnis mit Füßen

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und hat sich von der Ebene des Grundgesetzes und einer Politik für das Gemeinwohl schon längst verabschiedet, sage ich in Richtung der AfD.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

(Andreas Schwarz)

Ich sage es ganz ehrlich: Ich bin stolz darauf, in Baden-Württemberg zu leben, und ich bin stolz auf das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und auf die Bereitschaft der Kommunen, Flüchtlingen Schutz und ein Dach über dem Kopf anzubieten. Wir unterstützen die Kommunen dabei; das ist für uns selbstverständlich. Die Kommunen übernehmen den Hauptteil der Integration. Wir können stolz darauf sein, dass wir so starke Kommunen in Baden-Württemberg haben, die sich jeden Tag dieser Aufgabe stellen und diese Aufgabe mit Brauvour meistern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Uns ist es wichtig, die Kommunen bei ihren weiteren Aufgaben und Herausforderungen mit voller Kraft zu unterstützen. In den Jahren 2017, 2018 und 2019 wird sich das Land mit 10 % an einem kommunalen Sanierungstopf beteiligen. Mit diesem kommunalen Sanierungstopf unterstützen wir die Kommunen bei Sanierungen, bei der Modernisierung ihrer Infrastruktur, bei Schulsanierungen, beim Erhalt des Straßennetzes oder bei Ersatzinvestitionen für den öffentlichen Nahverkehr.

In vielen Städten steht eine Modernisierung des Straßenbahn- und Stadtbahnnetzes an, und auch bei den kommunalen Zweckverbänden steht die Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen an. Durch den kommunalen Sanierungsfonds können nicht nur Stuttgart und Mannheim profitieren, sondern auch die Schönbuchbahn und weitere kommunale Bahnstrecken. Unsere nachhaltige Haushaltspolitik kommt somit unmittelbar bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Einigung zwischen Land und Kommunen zu den Finanzbeziehungen ist ein Meilenstein. Sie bietet den Kommunen eine solide Grundlage für ihre Arbeit und unter dem Strich mehr Geld als heute. Die Städte und Gemeinden werden 2017 dank dieser Vereinbarung deutlich mehr Geld in der Kasse haben als 2016. Wir stehen für starke Kommunen.

(Zurufe von der SPD: Falsch! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Diese Vereinbarung ist der Beweis dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Eine Voraussetzung für starke Kommunen und ein starkes Land sind eine innovative Wirtschaft, ein leistungsfähiger Mittelstand und ein solides Handwerk. Genau diese haben wir in Baden-Württemberg. Sie behaupten sich erfolgreich in einem schwierigen globalen Wettbewerbsumfeld.

Unsere Wirtschaft befindet sich in einem gewaltigen Transformationsprozess. Dieser Transformationsprozess betrifft gerade die Kernbranchen der Automobil- und Zulieferindustrie und des Maschinenbaus. Er stellt diese vor gewaltige Herausforderungen. Das Ende des fossilen Zeitalters im Verkehrs- und der Siegeszug der Elektromobilität führen zu einem tief greifenden Wandel für die großen Flaggsschiffe unserer Automobilindustrie, aber auch für die vielen mittelständischen Zulieferer. Energiewende und Klimaschutz sind Herausforderungen,

die viele Unternehmen und Handwerker längst als Chance erkannt haben und aktiv angehen.

Die Digitalisierung schließlich wird alle Bereiche unserer Wirtschaft tief greifend verändern. Die Digitalisierung erfolgreich zu gestalten ist eine enorme Herausforderung, aber auch eine große Chance. Dieser Wandel ist für Baden-Württemberg deshalb so bedeutsam, weil alle großen Player unserer Industrie unmittelbar betroffen sind, auch die vielen Mittelständler, die mit der Kernindustrie vernetzt sind.

Heute stellt der Automotivesektor in Baden-Württemberg rund 230 000 Arbeitsplätze zur Verfügung; das entspricht rund 18 %. Gleichzeitig ist dieser Bereich mit einer Exportquote von 75 % extrem international aufgestellt. Er muss sich den Herausforderungen der Globalisierung unmittelbar stellen. Nicht zuletzt die Anforderungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen erfordern gewaltige Anstrengungen für das Gelingen der Verkehrswende. Für uns ist daher klar: Wir wollen das Autoland von heute zum nachhaltigen Mobilitätsland von morgen machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Abschaffung der Verbrennungsmotoren!)

Ich bin froh, dass die Automobilindustrie im Land klar erkannt hat, dass sie den angehenden Strukturwandel aktiv mitgestalten muss. Sie wissen ja: Wir Grünen haben Herrn Zetsche zu unserem Parteitag eingeladen, und er hat sich dort klar zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens

(Zurufe von der AfD)

bekannt. Dieses Bekenntnis des größten Unternehmens in unserem Land greifen wir aktiv auf. Wir unterstützen die Unternehmen im Land bei allen damit verbundenen Herausforderungen, und wir unterstützen den Wandlungsprozess durch optimale Rahmenbedingungen für Innovation und Nachhaltigkeit. Die Landesregierung und die Wirtschaft ziehen hierbei in Baden-Württemberg an einem Strang. Wir tun dies aus der Position der Stärke heraus.

Die Rahmenbedingungen sind gut: Wirtschaft und Politik in Baden-Württemberg haben die Chance, sich dem Wandel nicht als Getriebene anpassen zu müssen, sondern den Wandel selbst aktiv gestalten zu können und die Richtung dieses Wandels aus der Position der Stärke mitzubestimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen, dass die baden-württembergischen Automobilhersteller und Zulieferer künftig die Weltspitze bei elektrifizierten, digitalisierten, autonomen und integrierten Mobilitätslösungen bilden. Denn nur so wird es gelingen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung dauerhaft im Land zu halten und neue Jobperspektiven – gerade für die junge Generation – zu schaffen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So ist es!)

Im Haushalt 2017 schaffen wir für den Beitrag des Landes, für diesen Transformationsprozess, eine solide Grundlage. Zusammen mit Herstellern und Wissenschaft werden wir zukunftsgerichte Mobilitätskonzepte entwickeln und im eigenen Land erproben und umsetzen.

(Andreas Schwarz)

Ein erster Schritt ist das Testfeld Autonomes Fahren. Für dieses stellen wir im kommenden Jahr 2,5 Millionen € zur Verfügung. Im Haushalt sind zudem 8 Millionen € an Projektmitteln für die Landesinitiative Elektromobilität III vorgesehen. Mit der Landesinitiative Elektromobilität III wollen wir den nächsten Schritt gehen und die Elektromobilität breiter im Markt verankern. Wir werden dazu die Ladeinfrastruktur ausbauen, Fahrzeugflotten elektrifizieren und weitere innovative Projekte fördern. Die Elektroautos der Zukunft sollen nicht aus China oder den USA kommen, sondern sie sollen aus Baden-Württemberg kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichzeitig gilt es aber auch, den öffentlichen Verkehr zu stärken. Hier sind die Signale auf Grün gestellt. Wir sind auf einem guten Weg, zum Land der Bus- und Bahnfahrer zu werden. Steigende Fahrgastzahlen belegen dies eindrucksvoll. Diesen Weg gehen wir mit dem Haushalt 2017 konsequent weiter; denn nur mit einem attraktiven, leistungsfähigen und zuverlässigen öffentlichen Nahverkehr werden wir noch mehr Menschen davon überzeugen können, umzusteigen und gerade an Feinstaubtagen Bus und Bahn zu nutzen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Im Schienennahverkehr bauen wir durch kluge Ausschreibungsverfahren das Zugangebot weiter aus. Die neuen Verträge sehen neue, komfortable und barrierefreie Züge vor, die im Landesdesign durch Baden-Württemberg fahren werden. Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz klar: Wir haben eine klare Forderung an die Deutsche Bahn AG. Die Deutsche Bahn AG muss an erster Stelle ihre Pünktlichkeit verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir erwarten von der Bahn einen zuverlässigen und pünktlichen Nahverkehr.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Mit der neuen Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs bieten wir den Stadtkreisen und Landkreisen neue Handlungsspielräume. Wir binden dabei die mittelständischen Busunternehmen in unserem Land gut ein und eröffnen ihnen Zukunftsperspektiven. Wir werden die Busförderung erhöhen und mit einem neuen Verfahren dafür sorgen, dass die Vergabe transparenter erfolgt.

Auch die Bürgerbusinitiativen in unserem Land können sich sicher sein, dass sie durch die Koalition unterstützt werden. Die Bürgerbusinitiativen sorgen für Teilhabe und Mobilität in den Stadtteilen. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt vor Ort.

(Beifall bei den Grünen)

Last, but not least kommt den Kommunen auch hier die Sanierungsrücklage zugute, wenn sie Ersatzinvestitionen im öffentlichen Nahverkehr durchführen oder ihren Sanierungsstau im Straßen- bzw. Verkehrsbereich abbauen wollen. Wir schaffen somit Mobilität, und zwar Mobilität im ganzen Land – von Tauberbischofsheim bis Konstanz. Dafür steht unsere Fraktion.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für das Querschnittsthema Digitalisierung haben wir über 100 Millionen € eingestellt. Unter dem Stichwort „digital@bw“ – wir sind unserem Digitalisierungsminister dankbar, dass er diese Bündelung vorgenommen hat – wollen wir Baden-Württemberg zum Digitalisierungsstandort Nummer 1 in Europa machen.

Ministerpräsident Kretschmann hat bereits im Oktober 2014 den Startschuss für diese Innovationsoffensive gegeben. Ich freue mich, dass sich inzwischen alle Ressorts auf den Weg gemacht haben, ihren Beitrag zu liefern. Für die nötige Ausstattung sorgen wir jetzt in diesem Haushalt. Wir stocken die Mittel für den Breitbandausbau nochmals um 40 Millionen € auf. Im nächsten Jahr stehen insgesamt 110 Millionen € zur Verfügung.

Wir rüsten unsere Schulen sukzessive dafür aus, die Kinder auf die digitale Ausbildung und Berufswelt vorbereiten zu können, und wir werden dabei Informatik an allen Schularten stärken.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da haben wir anderes gehört!)

Wir treiben die Nutzung intelligenter Energiesysteme voran, um die Energie- und Ressourceneffizienz zu verbessern. Wir unterstützen die Entwicklung innovativer, digitaler Dienstleistungen im medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich, und wir unterstützen die Verbreitung des elektronischen Ticketing im öffentlichen Nahverkehr.

Sie sehen, wir begreifen die Digitalisierung als Chance für unser Land, als Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Chance für Unternehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Andere wichtige Wegmarken haben wir bereits vor Jahren aufgestellt, und sie entfalten heute ihre Wirkung und tragen Früchte. Mehr als 100 neue Windkraftanlagen sind in Baden-Württemberg im Jahr 2016 ans Netz gegangen.

(Zuruf von der AfD: Leider!)

Während manche in diesem Haus noch den Klimawandel leugnen, setzen wir hier zum nächsten Schritt an.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir leugnen ihn nicht! So eine Lüge!)

Wir werden Baden-Württemberg zum Solarstromland Deutschlands machen.

(Beifall bei den Grünen)

Wo, wenn nicht im Süden Deutschlands, wo die Sonne am meisten scheint, wäre das besser?

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie die letzte Debatte verpasst, oder was?)

Denn bei uns wird nicht nur der Wein von der Sonne verwöhnt, sondern eben auch viele Tausend Dächer. Es gibt noch viele Dächer, die für Fotovoltaikanlagen und Solaranlagen geeignet sind. Mit der Solaroffensive für ein 50 000-Dächer-Programm starten wir hier den nächsten Schritt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)



(Andreas Schwarz)

Ich bitte Sie, einfach einmal anzuerkennen, dass die Energiewende für Baden-Württemberg auch ein Jobmotor ist,

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ein Desaster!)

ein Jobmotor für Handwerk, Wirtschaft, Industrie und Arbeitnehmer.

(Zurufe von der AfD)

Schon heute verdient jeder hundertste Arbeitnehmer sein Geld mit der Energiewende, sei es im Bereich der energetischen Gebäudesanierung, des Netzausbaus oder der erneuerbaren Energien. Mehr als 56 000 Arbeitsplätze verschafft die Energiewende in Baden-Württemberg. Hierauf wollen wir aufsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dafür benötigen wir kluge Köpfe,

(Zuruf von der AfD: Die Sie nicht haben!)

Denker, Tüftler, Ingenieurinnen und Ingenieure, Schafferrinnen und Schaffer. Und die gibt es in Baden-Württemberg. Gerade deshalb bin ich so stolz auf meine Heimat, auf unsere Heimat, den Fleiß und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb investieren wir im Haushalt 2017 erneut gezielt in Bildung und Wissenschaft, in kleine und große Köpfe.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, auf den Anfang kommt es an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Diesen Satz nehmen wir ernst und setzen bei der Bildung in diesem Haushalt einen deutlichen Schwerpunkt. Von den vorgesehenen 150 Millionen € für politische Schwerpunktsetzungen kommt ein Drittel, also ca. 50 Millionen €, dem Bereich Bildung zu. Wir werden im nächsten Jahr rund 700 zusätzliche Lehrerstellen schaffen für eine Stärkung der Grundschulen, für eine gelungene Inklusion an unseren Schulen, für erfolgreiche Ganztagschulen und für das Zukunftsfach Informatik.

Baden-Württemberg steht im deutschlandweiten Vergleich bei der Lehrerversorgung heute schon sehr gut da.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Diese Spitzenstellung werden wir ausbauen. Wir wollen dieses Potenzial in Zukunft noch besser einsetzen und gezielt die Qualität in der Bildung verbessern.

Vor allem auf den Anfang kommt es an und auf Qualität und Kontinuität an unseren Schulen. Wir sind uns in der Koalition einig, für Qualität und Leistung an allen Schulen in Baden-Württemberg einzustehen. Wir haben uns darauf verständigt, dass dazu die Stärkung aller Schularten gehört. Mit dem Ausbau von Kinder- und Familienzentren und weiteren Ganztagschulen unterstützen wir Familien. Wir fördern das soziale Miteinander und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Im Vordergrund dieses Haushalts steht eine Stärkung der Grundschulen. Mit mehr Zeit für Deutsch und Mathematik stärken wir die Vermittlung von grundlegenden Kompetenzen von Anfang an. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich habe es vorweg gesagt –, auf den Anfang kommt es an. Das machen wir mit diesem Haushalt.

Auch in die Hochschulausbildung investieren wir. Wir geben unseren Hochschulen eine verlässliche Perspektive. Die nächste Exzellenzinitiative fördern wir mit einer Anschubinvestition von 11 Millionen €. Das ist für uns von zentraler Bedeutung. Deshalb tragen wir auch den Vorschlag der Wissenschaftsministerin mit, dass die Hochschulen bei der Konsolidierung gerade nicht belastet werden, sondern dass das Wissenschaftsministerium seinen Konsolidierungsbeitrag über Einnahmeerhöhungen erbringen kann.

Dabei wird es keine allgemeinen Studiengebühren geben. Wir haben die allgemeinen Studiengebühren abgeschafft. Ich sage es an dieser Stelle noch einmal ganz klar: Das Erststudium bis zum Master bleibt gebührenfrei, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD: Für alle? – Ausgerechnet die Grünen!)

Auch Kunst und Kultur sind stark in diesem Haushalt verankert. Kunst und Kultur leisten einen wesentlichen Beitrag für gutes Zusammenleben und hohe Lebensqualität. Mir ist die Blasmusik mit ihren Jugendensembles genauso wichtig wie die Museumsbesucherin in der Staatsgalerie.

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Die Jugendkunstschule ist mir genauso wichtig wie die Filmhochschule oder die Musikschulen. Für die Amateurmusik, das neue Gebäude der Akademie für die Blasmusik in Plochingen und für die Musikakademie Staufen stellen wir zusätzliche Landesmittel zur Verfügung. Damit unterstützen wir das breite bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Amateurmusik. Kunst und Kultur halten zusammen und verbinden. Die Förderung von Kunst und Kultur ist auch immer eine Förderung des Zusammenhalts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Eine wichtige Voraussetzung für ein gutes und friedliches Miteinander ist ein hohes Maß an innerer Sicherheit und sozialem Frieden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Unsere freie Gesellschaft hat eine enorme Anziehungs- und Integrationskraft. Zugleich ist sie auch verletzlich. Die Errungenschaften unserer freiheitlichen Demokratie werden wir dennoch nicht preisgeben. Das schreckliche Ereignis am Montagabend in Berlin macht es deutlich – Herr Minister, Sie haben es auch angesprochen –: Eine hundertprozentige Sicherheit wird es nicht geben. Gleichwohl tun wir alles, um solche Anschläge zu verhindern und die Sicherheit zu erhöhen, ohne unsere Freiheit einzuschränken.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

(Andreas Schwarz)

Mit drei Antiterrorpaketen haben wir bereits frühzeitig auf mögliche Bedrohungslagen reagiert und die Sicherheitsbehörden gestärkt. Mit gezielten und nachhaltigen Maßnahmen von Polizei und Justiz sowie mit Präventionsarbeit werden wir Bedrohungslagen und Verunsicherung begegnen. Wir müssen Gewalt, Kriminalität und Terrorismus zurückdrängen. Wir dürfen Terrorismus keinen Nährboden bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der AfD – Zuruf von der AfD: Wie?)

Der Schutz aller Menschen, die bei uns leben, vor Straftaten und ein Höchstmaß an innerer Sicherheit gehören für uns zu den Kernaufgaben staatlichen Handelns. Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer. Das zeigt, dass unsere Sicherheitsbehörden gut arbeiten. Ich will daher auch heute die Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich bei denjenigen zu bedanken, die täglich für unsere innere Sicherheit eintreten. Insbesondere möchte ich den vielen Polizeibeamtinnen und -beamten und den Menschen in der Justiz meinen herzlichen Dank aussprechen. Sie leisten eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die innere Sicherheit ist im kommenden Haushalt ein wichtiger Posten. Wir stärken die Justiz mit zusätzlichen Stellen, und bei der Polizei schaffen wir 381 zusätzliche Stellen. Hierdurch leisten wir einen wichtigen Beitrag, damit sich alle Menschen in Baden-Württemberg frei und sicher fühlen können. Das ist ein ganz wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Land.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir machen Politik für den sozialen Zusammenhalt, damit sich Menschen in einer offenen Gesellschaft zu Hause fühlen. Jede und jeder soll die Chance auf freie und selbstbestimmte Teilhabe und Partizipation haben.

Nicht allen Menschen in Baden-Württemberg geht es gut. Es gibt Menschen in schwierigen wirtschaftlichen oder in schwierigen sozialen Lebenssituationen,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Menschen, die außen vor sind, Menschen, die ausgegrenzt sind oder sich ausgegrenzt fühlen. Wir arbeiten deshalb weiter an einem engmaschigen, tragfähigen sozialen Netz. Wir wollen für alle, die auf Unterstützung angewiesen sind, Angebote machen, die sie möglichst passgenau unterstützen und passgenau fördern.

Gemeinsam mit den Partnern in der Jugendarbeit entwickeln wir den „Zukunftsplan Jugend“ weiter. Wir sehen dafür 2,5 Millionen € vor.

Wir setzen die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege“ Schritt für Schritt um. Im nächsten Haushalt stellen wir dafür 3 Millionen € zur Verfügung. Damit schaffen wir Schritt für Schritt die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und eine qualitativ hochwertige Pflege.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Für alle, die in Baden-Württemberg wohnen, wollen wir sicherstellen, dass sie ein gutes Dach über dem Kopf haben, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Der verbreitete Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der größten Herausforderungen für Baden-Württemberg, insbesondere für die Ballungsräume. Wir brauchen dringend mehr günstige und bezahlbare Wohnungen,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

gerade für ältere Menschen, für Auszubildende, für Studierende, für Familien und für Menschen mit geringem Einkommen. Wie schaffen wir das?

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Grundlage hierfür ist das neue Landeswohnraumförderungsprogramm. Die Koalition aus Grünen und CDU geht dieses Problem aktiv an. 2017 werden wir für die Landeswohnraumförderung insgesamt 250 Millionen € zur Verfügung stellen – ein starkes Signal für mehr bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Entscheidend ist aber meines Erachtens folgender Punkt: Wir müssen dringend mehr privates Kapital dafür aktivieren. Wir brauchen mehr privates Kapital für die Schaffung von Wohnraum. Hier muss sich auch der Bund engagieren und neue Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau und die energetische Gebäudesanierung auf den Weg bringen. Nur mit mehr Kapital können auch mehr Wohnungen gebaut werden. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Sie sollten eher die Landesbauordnung angehen!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Haushalt 2017 schaffen wir einen verlässlichen Rahmen für Nachhaltigkeit und Innovation in Baden-Württemberg. Wir halten Kurs und justieren dort nach, wo sich neue Bedarfe ergeben haben oder sich neue Herausforderungen auf-tun. Wir setzen die Politik der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung fort. Wir schaffen für künftige Generationen neue Spielräume.

Baden-Württemberg wird gut regiert, und der Haushalt 2017 zeigt, dass dies auch im kommenden Jahr so sein wird. Mit guten Ideen am Puls der Zeit, dabei Maß und Mitte haltend, das Ziel der Generationengerechtigkeit immer im Blick – wenn wir so weiterregieren, wird unser Land auch künftig erfolgreich regiert.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

*Wir sind jetzt erschüttert, aber diese Taten erschüttern nicht unsere Überzeugungen.*

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Das hat der Bundespräsident gestern gesagt. Ich will hier auch im Namen unserer Fraktion ausdrücklich sagen: Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Deshalb stehen wir hinter den Sätzen des Bundespräsidenten, aber auch hinter den Sätzen, die die Landtagspräsidentin heute hier gesagt hat.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

2016: Jahr der Überraschungen, titelte der SPIEGEL sinngemäß in seiner Sonderausgabe von Dezember. In der Tat: In diesem Jahr ist häufig das Unerwartete eingetreten; dazu gehört nicht zuletzt auch unsere grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg. Dieses Jahr hat manche Gewissheit auf den Prüfstand gestellt. Es scheint, als werde der politische Grundkonsens in den westlichen Demokratien in mancher Hinsicht gerade neu verhandelt.

Nach einer aktuellen Studie der Universität Harvard halten es gerade viele jüngere Menschen in den Ländern des Westens gar nicht mehr für wichtig, in einer Demokratie zu leben. Das ist das durchaus irritierende Lagebild am Ende des Jahres 2016. Damit ist klar: Die Demokratie selbst als weltweites politisches, gesellschaftliches und auch kulturelles Leitbild ist herausgefordert. Dem, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns auch im kommenden Jahr mit besonderem Nachdruck stellen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wir müssen unsere demokratische Identität behaupten und neu gewinnen; denn mit dieser Aufgabe stehen wir jetzt an der Schwelle zum neuen Jahr.

Nach einem Jahr der Überraschungen wird 2017 aller Voraussicht nach ein Jahr der Entscheidungen sein. In den europäischen Kernländern stehen 2017 entscheidende Wahlen an: im März in den Niederlanden, im April in Frankreich, zudem wahrscheinlich auch in Italien, im September die Bundestagswahl. Außerdem haben wir drei Landtagswahlen vor uns. Das heißt, es stehen nicht nur wichtige nationale Richtungsentscheidungen bevor, sondern im 60. Jubiläumsjahr der Römischen Verträge geht es um nicht weniger als um den Kurs und die Zukunft Europas.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die europäische Schuldenkrise wird weiterhin unsere volle Konzentration erfordern. Wir werden entscheiden müssen, welche nachhaltigen Antworten wir auf die weiter drängende Migrationsfrage geben wollen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Griechenland!)

In den Kriegen und Krisen der Welt, wie in Syrien, wird sich zeigen, was die Werte der zivilisierten Völkergemeinschaft überhaupt noch gelten. Der Amtsantritt Donald Trumps könnte die Achsen der Geopolitik insgesamt verschieben.

Neben den politischen Weichenstellungen bringt 2017 aber auch ökonomische Unsicherheiten. Gestern war ein Vertreter der fünf Wirtschaftsweisen bei uns. Die fünf Wirtschaftsweisen nennen in ihrem Jahresgutachten vor allem die Folgen des Brexit-Referendums, Turbulenzen an den Finanzmärkten, die

unsichere Dynamik Chinas, aber auch geldpolitische Entscheidungen; die neue Protektionismuswelle und die disruptive Kraft des digitalen Wandels schaffen Risiken.

(Abg. Emil Sänze AfD: Italien nicht vergessen!)

Die großen Themen Digitalisierung, Globalisierung und „Demografischer Wandel“ werden im neuen Jahr und damit auch im Haushalt auf uns zukommen.

Wir in Baden-Württemberg standen bisher auf der Sonnenseite des globalen Geschehens. Seit 2010 haben wir im Land einen anhaltenden Aufschwung. Auch im Jahr 2016 ist die Wirtschaft um gut 2 % gewachsen; das hat der Kollege zu Recht ausgeführt. Für 2017 zeigen die Indikatoren zumindest weiter nach oben. Kalenderbedingt werden wir etwa 1,5 % Wachstum erwarten können.

Ich will dabei auch einmal feststellen: Wir profitieren heute auch hier bei uns von einer bemerkenswerten Entwicklung, die Deutschland insgesamt gelungen ist. Vor elf Jahren, als Kanzler Schröder die Legislaturperiode vorzeitig beendete, haben alle Zeitschriften, vor allem der „Economist“, getitelt: Der „kranke Mann Europas“. Jetzt ist Deutschland zum Musterland für Reformdynamik, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftskraft und Lebensqualität aufgestiegen. Wir haben auf diesem Weg übrigens – im Unterschied zu Ländern wie aktuell z. B. Italien – nie auf Europa geschimpft und nie die Schuld bei anderen gesucht. Dazu gehört auch die Agenda, dazu gehören wichtige Reformen. Wir haben in Deutschland angepackt und uns sozusagen am eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen. Ein US-Magazin kam deshalb in einer globalen Ländervergleichsstudie sogar zu dem Ergebnis, Deutschland sei heute – Zitat – „das beste Land der Welt“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren. Die Beschäftigung ist auf Rekordniveau. Die Reallöhne sind gestiegen, ebenso die Renten. Das ist ein großer gesellschaftlicher Erfolg. Aber das ist eben auch der Erfolg der richtigen Politik der Bundesregierung in Berlin in den vergangenen elf Jahren unter Kanzlerin Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der AfD – Abg. Emil Sänze AfD: Ja wann? – Zuruf: Ei, ei, ei!)

– Ja, wo stehen wir denn? – Das ist ermutigend. Aber wir können uns auf dem Erreichten und auf den günstigen Prognosen des Moments nun nicht einfach ausruhen. Die größte Gefahr wäre jetzt Selbstzufriedenheit. Wer stehen bleibt, fällt zurück, und die größten Fehler werden in guten Zeiten gemacht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! So wie in diesem Haushalt!)

Das ist wie beim Ruderer auf dem Fluss. Wenn er die Ruder aus der Hand legt, steht er nicht nur still, sondern wird abgetrieben. Deshalb brauchen wir weiter eine Politik, die wirtschaftliche Dynamik ermöglicht. Wir brauchen auch in Deutschland weitere Reformimpulse, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Sachverständigenrat hat sein Jahresgutachten „Zeit für Reformen“ betitelt. Wir müssen wissen: Die Schönwetterphase hält nicht ewig. Das Klima wird rauer, und auch wir in Baden-Württemberg werden nicht immer von allen Tiefaus-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

läufern verschont bleiben. Das ist die Großwetterlage, in der wir im Moment, jetzt, heute, den Landeshaushalt 2017 beraten.

Es ist wichtig, dieses Umfeld einzubeziehen, weil es Auswirkungen hat, auch auf unseren Haushalt. Das stellt natürlich anspruchsvolle Anforderungen an die Haushaltspolitik. Die günstigen Rahmenbedingungen laufen aus, die haushaltspolitischen Bilanzgewinne – beispielsweise durch den Niedrigzins – sind nahezu ausgeschöpft, die Ölpreiswende ist eher im Kommen, die Wachstumserwartungen der Weltwirtschaft trüben sich laut IWF und OECD spürbar ein.

Im Haushalt geht es also darum, äußere Unsicherheiten mitzudenken, Spielräume zu öffnen und Sparscheidungen klug zu treffen. Der Haushaltsplan, den wir heute beraten, ist das Dokument einer Politik mit dem Sinn für das Mögliche, mit dem Mut zum Nötigen und mit der Entschlossenheit zum Richtigen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Unsere Eckpunkte waren von Anfang an:

Erstens: Neue Schulden sind tabu. Das ist wichtig und selbst in Zeiten der Steuereinnahmerekorde keine Selbstverständlichkeit. Wir alle kennen die Gefahr. Der einzige Regen, der schon verdunstet ist, bevor er den Boden erreicht, ist der Steuerregen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb müssen wir in der Tat immer klug und sorgsam Prioritäten setzen. Wenn wir z. B. nach Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen schauen, sehen wir: Dort wird der Weg in die Verschuldung im Jahr 2017 fortgesetzt. Das halten wir für falsch, und deshalb haben wir gesagt: Keine neuen Schulden in diesem Haushalt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Zweitens war für eine weitere Ecksäule entscheidend: Steuererhöhungen wird es nicht geben.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Das war gerade uns in der CDU-Fraktion wichtig, und das ist mit dieser Haushaltsaufstellung auch klargestellt worden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Auf Landesebene!  
Nicht auf kommunaler!)

– Ja.

Und drittens: Das strukturelle Haushaltsloch wird kleiner. Das ist ein entscheidender Punkt, den ich gern besonders betone. Denn dieser Haushalt ist in seiner Struktur deutlich gesünder als mancher Vorgängerhaushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben hier 800 Millionen € strukturell eingespart. Das ist ein Kraftakt, mit dem wir den Haushalt für kommende Risiken ein gutes Stück wetterfester machen. Ich gebe ja zu: Es ist schade, dass Baden-Württemberg heute zu den Ländern

zählt, die immer noch ein strukturelles Defizit mit sich schleppen. Wir hätten uns das anders gewünscht. Aber das ist die Realität, und Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.

Zwischen 2010 und 2016 verbuchte das Land ein Plus bei den Steuereinnahmen von 40 %, von 24 auf 34,5 Milliarden €. Trotzdem haben wir in dieser Zeit noch einen Schuldenberg von 3 Milliarden € obendrauf bekommen.

Deshalb will ich schon sagen: Es muss jetzt Schluss sein mit der gemütlichen Sanierungspause. Die Pause ist vorbei. Wir müssen uns wieder an die Arbeit machen, den Haushalt wetterfest zu machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

Ich habe es natürlich gelesen – der Kollege Hofelich schreibt gerade mit; schreiben Sie bitte auch mit –, dass Sie – es könnte nach einer Fake-News-Kampagne aussehen – vergangene Woche öffentlich gesagt haben, das Land würde jetzt im Geld schwimmen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Da kann ich nur sagen, die Wahrheit ist: Wir haben ein strukturelles Haushaltsloch nach der mittelfristigen Finanzplanung der Vorgängerregierung – Sie wissen, Stichtag Mai –

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wann war die aufgestellt worden?)

von nahezu 3 Milliarden € hinterlassen bekommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wann ist die aufgestellt worden? Haben Sie das noch auf dem Schirm? Das war letztes Jahr im November! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erblast! – Abg. Peter Hofelich SPD: Sie haben sich noch nicht auf die neuen Zahlen eingestellt!)

Das ist natürlich ganz entscheidend.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Zahlen von vorgestern!)

Der Kollege Rülke ruft es gerade zu: Diese Erblastproblematik haben wir fünf Jahre lang vom SPD-Finanzminister hier erzählt bekommen. Insoweit müssen wir das heute schon noch einmal bilanzieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD:  
Über 40 Milliarden € Schulden! – Abg. Peter Hofelich SPD: So richtig schlüssig war das gerade nicht!  
– Gegenruf von der CDU: Doch!)

– Herr Kollege Stoch, ich empfehle einfach: Man soll sich nicht mit postfaktischen Methoden hervortun. Das ist, glaube ich, der wichtige Punkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut! Aber dann auch selbst daran halten!)

Wir mussten feststellen, dass wir an vielen Stellen handfeste Finanzierungslücken geerbt haben. Da sind querbeet zum Teil dauerhafte Ausgaben veranlasst und Projekte begonnen wor-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

den, ohne dass schon die Finanzierung eingeplant war. Das wissen wir beide, Herr Kollege Stoch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie wissen, wie die mittelfristige Finanzplanung aussieht!)

– Ja, natürlich.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, eben! – Abg. Andreas Stoch SPD: Dann ist es gut!)

Das waren nicht finanzierte Lehrerstellen, „Handwerk 2025“, um nur einige Beispiele zu nennen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Es wurden zu Recht die Musikschulen angesprochen. Bei den Musikschulen hat man sogar eine Förderbugwelle auflaufen lassen. Diese werden wir jetzt abbauen. Bei der Musik werden wir darangehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Auch das gehört zur haushaltspolitischen Realität: Wir müssen für etwas aufkommen, so wie Konsul Buddenbrook für den insolventen Grünlich, und müssen jetzt die Gläubiger Ihrer Politik beruhigen – um vielleicht diese Anleihe an die Literatur zu machen. Wir stehen jetzt ein Jahr neu in der Verantwortung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Um zusätzliche Spielräume für den Haushalt 2017 zu erschließen, wollen wir die Steuermehreinnahmen im Haushalt auch für Sanierungen nutzbar machen. Das ist die Diskussion um § 18 LHO. Wir müssen sehen: Das ist sicherlich eine ganz entscheidende, zentrale, schwierige Frage. Die Abwägung muss man immer treffen: Was für Möglichkeiten der Gestaltung in einem solchen Haushalt hat man noch als Landespolitiker? Es sind gerade einmal 1,5 %, die politisch wirklich frei verwendet werden können. Fast alles Übrige ist gebunden. Wir wollen aber nicht nur verwalten, sondern wir wollen auch – das ist unser Anspruch – gestalten. Wir wollen das Geld des Landes im laufenden Betrieb nicht nur konsumtiv, sondern vor allem auch investiv einsetzen.

Deshalb ändern wir jetzt die Verwaltungsvorschrift zur LHO. Das haben wir uns nicht leicht gemacht. Wir finden aber: Es ist klüger, in einer Nullzinsphase – da sind wir noch – Straßen, Gebäude, Brücken zu sanieren, als nur Altschulden zu tilgen, für die sich im Moment – das muss man auch sehen – von den Finanzierungsmöglichkeiten her eine ganz andere Ausgangslage darstellt.

Wenn man uns hier Trickserei vorwirft, dann hat man nicht verstanden, was wir hier tun.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Doch! Sehr gut sogar! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man hat es nicht nur verstanden, sondern sogar durchschaut!)

– Kollege Rülke, man muss es auch ökonomisch klug betrachten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Nettonull steht. Das haben wir dargelegt. Das Land macht 2017 keine neuen Schulden. Wir verzichten nur auf die Tilgung, legen das Geld aber im öffentlichen Landesvermögen an. Das heißt, wir sichern Vermögen. Das ist absolut legitim. Es ist sinnvoll, es ist nachhaltig, und es rechnet sich auch für Land und Leute, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Denn:

*Genauso wichtig wie die Rückführung der offenen Kreditmarktverschuldung ist es, die implizite Verschuldung des Landes anzugehen.*

Was meinen Sie, wer das gesagt hat?

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das wissen wir! Wir! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben fünf Jahre dagegen gewettert!)

Das sind nicht meine Worte, sondern das ist ein O-Ton aus der Haushaltsrede im Jahr 2014 von Finanzminister Schmid.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Er sprach aber nicht von Sanieren oder Tilgen!)

Er hat das nur mit Worten angemahnt. Wir schaffen aber Taten. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Man muss ganz nüchtern sehen: Sanierungen, die wir heute angehen, sparen uns morgen bares Geld. Haushaltspolitik ist nie eine Frage der Ästhetik oder der reinen Lehre, sondern ein Produkt der Machbarkeit und der praktischen Vernunft.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir geben dieser praktischen Vernunft mit diesem Haushalt eine kluge Form. Dazu gehört, dass wir Vorsorge treffen, damit wir die Schuldenbremse – und zwar dauerhaft – einhalten – sie gilt ab 2020 –, damit das Landeseigentum nicht verfällt und damit wir auch der langfristigen Verantwortung für unsere Landesbediensteten und ihre Familien gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Denn wir haben es gestern vom Sachverständigenrat gehört: Die Demografie wirkt bereits ab 2019. Deshalb müssen wir immer auch die Lasten aus der Versorgung unserer Beamten langfristig im Blick haben.

Die CDU-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich die klaren inhaltlichen Schwerpunkte, die der neue Haushaltsentwurf setzt. Mit diesen starken Impulsen – z. B. innere Sicherheit, Bildungspolitik, Digitalisierung, auch Wirtschaft, Europa, ländlicher Raum – verstärken wir die Politik für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes für die kommenden Herausforderungen.

Ein zentrales Handlungsfeld ist vor allem aber auch die Bildungspolitik. Sie wurde angesprochen. Unser Kurs in der Koalition ist klar: Qualität und Leistung stehen für uns absolut im Mittelpunkt.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die Vergleichsstudie hat gezeigt: Diese Priorität ist richtig. Sie ist notwendig, und vor allem ist sie überfällig.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Wir wollen, dass Baden-Württemberg an die Spitze der Bildungs-Bundesliga zurückkehrt. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist aber viel Arbeit!)

Deshalb haben wir unser Konzept zur Stärkung der Realschule auf den Weg gebracht – mit zusätzlichen Poolstunden für mehr individuelle Förderung, mit echter, qualitätsgesicherter Leistungsdifferenzierung. Dieses Konzept ist ein Meilenstein. Es stärkt nicht nur die Realschule als attraktive und leistungsfähige Schulart, es stabilisiert auch unser gesamtes Bildungswesen in seiner breiten Mitte und bekräftigt das zentrale Bildungsversprechen: Kein Kind bleibt zurück, jedes hat seine Chance.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dafür haben wir schon im Nachtrag 2016 zusätzlich 111 Deputate für die Gymnasien und 320 Stellen für Deutsch und Mathematik an den Grundschulen geschaffen. Jetzt schieben wir noch einmal 160 Stellen für die Grundschulen nach und weitere 160 Stellen für gezielte Schwerpunkte. Das alles zeigt: Qualität ist das Kennzeichen und der Maßstab unserer Bildungspolitik. Darauf kommt es an. Das werden wir 2017 konsequent umsetzen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der AfD)

Ich will jetzt nicht auf das Vermächtnis eingehen. Es wurden viele Versprechungen gemacht. Wir vollziehen teilweise auch einen Stellenabbau, der in der Miffrifi förmlich und verbindlich verankert war. Sie kennen das, Herr Kollege Stoch. Aber seien Sie dann bitte auch so redlich, und stehen Sie insgesamt zu den Spätfolgen dessen, was wir übernommen haben.

(Zuruf von der CDU: Genau! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das Stellenabbauprogramm kam doch noch von Ihnen! Mein Gott! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Nicht wirklich!)

Ich will es offen sagen: Klar ist, dass mehr Geld und mehr Stellen nicht automatisch auch bessere Bildung garantieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage muss lauten: Wie bekommen wir beste Bildung für das vorhandene Geld? Was im Unterricht geschieht, ist das Entscheidende.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Ich habe schon einmal gesagt: Auf den Lehrer kommt es an. Deshalb wird die reflexhafte Forderung nach immer mehr Stellen unser Problem nicht lösen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Wir haben vorhin gehört, dass auch andere mit weniger Lehrern bessere Ergebnisse haben. Hier brauchen wir intelligentere und präzisere Argumente in der bildungspolitischen Diskussion. Deshalb ist es gut, dass die Finanzministerin und die Kultusministerin jetzt zusätzlich auch den Rechnungshof beauftragt haben, zu evaluieren, wo noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen – auch beim Einsatz unserer Ressourcen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn klar ist: Es muss etwas geschehen. Das untere Tabellendrittel ist nicht der richtige Ort für Baden-Württemberg, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Neben der Bildungsqualität setzen wir 2017 einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Gestaltung des digitalen Wandels. Die Digitalisierungsstrategie unter Federführung des Digitalisierungsministers rollt an. Allein in den Breitbandausbau investieren wir im kommenden Jahr 109 Millionen €, übrigens zusätzlich zu den Förderprogrammen des Bundes. Das kann sich sehen lassen. Wir unterstreichen damit: Schnelle Datenleitungen sind die Kerninfrastruktur des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit diesen schnellen Datenleitungen sorgen wir dafür, dass Baden-Württemberg Anschluss an die digitale Zukunft hält, und zwar in Stadt und Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn es ist auch ein Stück Politik für unseren ländlichen Raum, wenn derzeit nicht nur für die großen Zentren, sondern im ganzen Land Förderbescheide übergeben werden können. Die Stärke Baden-Württembergs waren immer seine dezentralen Strukturen. Wir müssen schauen, dass das auch so bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir haben Weltmarktführer auch auf den Dörfern, von Hohenlohe bis Oberschwaben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Überwiegend im ländlichen Raum!)

Das ist eine Stärke, die wir ausbauen müssen. Dazu gehört erstmals auch die Telemedizin, die wir mit 4,3 Millionen € in diesem Landeshaushalt neu verankert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist ein wichtiger Ansatz. Damit kommt die Digitalisierung nämlich überall im ländlichen Raum an. Der ländliche Raum ist für uns nicht nur ein hübsches Idyll, sondern ein Lebensraum mit Perspektive, eine starke Basis des Landes und Rückgrat unserer Wirtschaftskraft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Auch der Main-Tauber-Kreis!)

– Herr Kollege Bullinger, es ist gut, dass Sie auch die ländlichen Räume in diesem Land kennen. – Das wird auch in Zukunft so bleiben. Jetzt kann man immer sagen: „Gut 100 Mil-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

lionen € für die Breitbandversorgung sind auch noch zu wenig.“

(Abg. Anton Baron AfD: Umsetzen müssen Sie es!)

So habe ich es gelesen. Aber ich will einmal an die Vergleichszahlen erinnern:

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Jetzt wird es spannend!)

In den fünf Jahren zuvor sind gerade einmal 75 Millionen € – in fünf Jahren! – in den Breitbandausbau geflossen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist aber wenig!)

Wir vervielfachen diesen Betrag jetzt im Haushalt 2017 und starten endlich durch ins digitale Zeitalter, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Martina Braun GRÜNE – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Baden-Württemberg ist auch eine Innovationsregion, und zwar die Innovationsregion Nummer 1. An dieser Spitze wollen wir bleiben. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen an der Wirtschaftsleistung hier im Land ist weltweit konkurrenzlos. Wir liegen hierbei um Längen vor den USA, vor China und vor sämtlichen europäischen Regionen.

Wir alle kennen GAFA – Google, Apple, Facebook, Amazon. Nicht nur Kalifornien, sondern auch Baden-Württemberg ist ein globaler Hotspot der Innovation. Und um Innovation muss es gerade jetzt, in den zukünftigen Haushalten gehen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade für die Chancen der Industrie 4.0, von Mittelstand 4.0 sind wir hervorragend gerüstet. Dabei sind wir anderen auch schon entscheidende Schritte voraus. Das Silicon Valley hat in der ersten Runde mit Anwendungen im Privatbereich gepunktet. Wenn es jetzt aber um die intelligenten Fabriken der Zukunft geht, ist Know-how aus Baden-Württemberg, sind unsere Stärken gefragt.

(Abg. Anton Baron AfD: Vor allem im Main-Tauber-Kreis!)

Es sind die Flaggschiffe der Industrie und des Mittelstands in unserem Land, die hier den Kurs vorgeben. – Ja, der Mittelstand, Herr Kollege, ist der Joker im Standortpoker. Deshalb sind wir in Baden-Württemberg so stark.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir müssen hier weiter in Führung gehen und unsere klassischen Kompetenzen – übrigens auch in der Old Economy – mit den neuen Möglichkeiten und digitalen Chancen ergänzen und verknüpfen. Dazu gehört der Start des Cyber Valley, mit dem unser Land vor wenigen Tagen rund um die Welt Aufmerksamkeit erregt hat. Wir senden damit die klare Botschaft: Baden-Württemberg wird auch in der digitalen Welt von morgen um die Weltspitze mitspielen. Das ist für unsere Zukunftsfähigkeit ganz wichtig und entscheidend.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Zu dieser Zukunftsfähigkeit gehören genauso unsere Ressourceneffizienzstrategie und eine neue Gründerkultur. Dazu gehört im Autoland Baden-Württemberg – das das Land immer noch ist –

(Abg. Stefan Teufel CDU: Und auch bleibt!)

natürlich unser klares Engagement – wie angesprochen – für die Elektromobilität, auch für die automobilen Zukunft insgesamt. Dazu gehört, dass wir mehr für die Gründerdynamik tun. Wir brauchen eine neue Gründerkultur im Land, denn auch die etablierten Branchen und die Hightechleuchttürme sind auf die Impulse hoch innovativer Start-ups dringend angewiesen.

Deshalb heißt unser Ziel: Baden-Württemberg muss zur dynamischsten Gründerregion Europas werden. So haben wir das im Koalitionsvertrag vereinbart.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das unterstützen wir im Landeshalt mit dem neuen Innovationsfonds Baden-Württemberg. Das war uns wichtig. Wir werden damit ein Mehrfaches der eingesetzten Landesmittel an zusätzlichem privaten Wagniskapital heben können.

(Zurufe von der SPD)

Außerdem setzen wir mit der neuen Innovationswerkstatt auf unkonventionelle Modelle zur Förderung junger Innovatoren. Hier kommen viele spannende Dinge auf uns zu. Auch das ist Zukunft „Made in Baden-Württemberg“. Wir sorgen mit unserer Politik dafür, dass wir nicht Opfer, sondern Gestalter des digitalen und technologischen Wandels sind. Dafür steht dieser Haushalt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wirtschaftliche Dynamik braucht Wege. Straßen sind die Lebensadern in einem Wirtschaftsland.

(Abg. Anton Baron AfD: 25 Millionen €!)

Denn auch im virtuellen Zeitalter bewegen sich immer mehr Menschen und Güter ganz real auf Schiene und Straße. Kollege Schwarz hat viele Punkte angesprochen; die kann ich alle nur unterstreichen. Wir waren vor wenigen Tagen beim Tunneldurchschlag Cannstatter Tunnel, S 21 und auch Stuttgart-Ulm. Ich finde, das war eindrucksvoll. Es ist das größte Projekt, das Europa verbindet, und es entlastet auch die Straßen. Auch das ist ein Zukunftsprojekt, ganz wichtig für unser Land.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Unserer Fraktion war es wichtig, die Mittel für den Straßenbau im Vergleich zum ursprünglichen Planansatz um 60 Millionen € aufstocken zu können. Das ist ein wichtiger Erfolg und wahrscheinlich auch nur ein erster Schritt für eine moderne und leistungsfähige Straßeninfrastruktur im Land.

(Abg. Anton Baron AfD: Die zerfällt! In den Kommunen muss es ankommen!)

– Ja, wir müssen auch darauf achten. – Dass wir weiterhin nicht alles Geld vom Bund für unsere Bundesstraßen abrufen

(Dr. Wolfgang Reinhart)

konnten, kann uns nicht zufriedenstellen. Auch das gehört natürlich dazu.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Hier müssen wir besser werden. Das ist eine Hausaufgabe, der wir uns in der Koalition auch widmen werden. Aber ich will bewusst sagen: Verkehr ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wenn wir alle einmal 70 Jahre in der Geschichte dieses Landes zurückblicken, müssen wir feststellen: Wenn es ein Defizit über alle Regierungen hinweg in Bund und Land gibt, dann ist es die Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Anton Baron AfD: Eine Katastrophe!)

Das ist ein Punkt, den man einfach ansprechen muss. Das betrifft nicht den jetzigen Haushalt, sondern das hat mit Versäumnissen in Jahrzehnten zu tun.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Das muss man hier festhalten. Deshalb müssen wir alles tun, dass wir im Verkehr vorwärtskommen.

Daneben hat auch die Politik der inneren Sicherheit eine klare Top-Priorität. Wir haben vorgestern erneut leidvoll erlebt, welche Dimension dies einnimmt. Im neuen Haushalt – es wurde angesprochen – setzen wir einen Schwerpunkt für innere Sicherheit. Freiheit gibt es nicht ohne Sicherheit. Deshalb ist Sicherheit wichtig. Mit den ersten 381 zusätzlichen Stellen für die Polizei steigen wir ein in den großen Stellenaufwuchs, den wir im Koalitionsvertrag auch festgeschrieben haben. 1 500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten sollen und werden es bis 2021 werden. Parallel erhöhen wir auch die Zahl der Richter und Staatsanwälte, damit überführte Straftäter tatsächlich verurteilt werden können. Es wurde zu Recht bilanziert, die Justiz fühlt sich wieder stark vertreten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Außerdem werden 16 Millionen € in moderne und bessere Ausrüstung für die Polizei investiert. Deshalb an dieser Stelle dem Innenminister und dem Justizminister herzlichen Dank. Es sind wichtige Investitionen in die Zukunft für die innere Sicherheit dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Staat muss handlungsfähig sein und darf den Gefahren nicht hinterherlaufen. Deshalb ist auch der Vorschlag richtig, DNA-Spuren bei schweren Verbrechen stärker für die Fahndung zu nutzen. Hier haben Sie unsere Unterstützung, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz  
GRÜNE)

Terrorismus, Computerspionage, organisierte und internationalisierte Kriminalität verlangen ein neues, ein vernetztes Sicherheitsdenken. Wir geben mit unserer Politik Antworten auf alte, aber auch auf neue Bedrohungen bis hin zur Cyberkri-

minalität. Wir bereiten uns auf neue Gefahrenlagen vor und verzahnen Fähigkeiten und Ressourcen zum Schutz der Menschen im Land, wie etwa mit der Einigung von Grün-Schwarz, dass wir im kommenden Jahr eine geplante gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr in diesem Land durchführen werden. Auch das gehört dazu.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Polizeistaat!)

Wir geben damit der offenen Gesellschaft einen sicheren Rahmen.

Zwischen Offenheit und Sicherheit bewegen sich auch die Aufgaben bei der Betreuung und Integration der Flüchtlinge im Land. Wir müssen den konkreten Beweis antreten, dass die Integration so vieler Menschen tatsächlich schnell und vor allem konkret gelingen kann. Denn nur dann schaffen wir es, dem Populismus den Boden zu entziehen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das wird eine wichtige Aufgabe sein – und auch ein Kraftakt. Allein die Kosten der vorläufigen Unterbringung haben sich in Baden-Württemberg zwischen 2014 und 2016 von 290 Millionen € auf 2,2 Milliarden € fast verachtfacht. Die Aufgabe, vor der Land und Kommunen weiterhin stehen, ist groß, sie ist ohne Beispiel. Aber wir werden dieser Aufgabe nachkommen und sie auch erfüllen müssen. Denn wir wollen keine Parallelgesellschaften bei uns im Land haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Emil Sänze AfD: Die sind aber schon da!)

In den letzten 15 Monaten wurde wirklich Außergewöhnliches geleistet. Ich möchte an dieser Stelle all den Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe danken, die gezeigt haben, wie viel Mitmenschlichkeit in unserem Land steckt, aber darüber hinaus auch allen weiteren Ehrenamtlichen. Das Ehrenamt ist unbezahlt, aber unbezahlbar. Es ist eine Stärke unseres Landes, die wir auch betonen sollten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Ich danke an dieser Stelle auch allen Mitarbeitern in den Verwaltungen für ihren engagierten und professionellen Einsatz. Überhaupt gilt: Die 540 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Land und Kommunen leisten Tag für Tag eine hervorragende Arbeit, und dafür haben sie unsere Anerkennung und unseren Dank verdient.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Vor Monaten ging es noch darum, dass jeder Flüchtling ein Dach über dem Kopf und ein Bett hat. Inzwischen ist die Lage geordnet. Es gelten klare Regeln. Verfahren werden durchgesetzt.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja!)

Wir haben vom Krisenmodus in den Gestaltungsmodus umgeschaltet. Das heißt, wir lassen niemanden allein, wenn es jetzt um die Bewältigung der gesellschaftlichen Folgen der Zuwanderung geht – nicht die Kommunalpolitiker im Land, die vor Ort das Zusammenleben organisieren, nicht die Schu-



(Dr. Wolfgang Reinhart)

len, die Vereine und die Arbeitgeber, die den Kern der Integrationsleistung erbringen, nicht die Familien, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung jetzt vielleicht noch mehr Druck auf dem Wohnungsmarkt fürchten – deshalb setzen wir uns sehr für die Schaffung von Wohnraum ein –,

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Anton Baron AfD: Das langt nicht! Das schaffen Sie niemals!)

und auch nicht die Menschen, die zu Recht erwarten, dass Sicherheit in Baden-Württemberg garantiert bleibt, und die beunruhigt sind über Vorkommnisse, über schlimme kriminelle Fälle wie in Würzburg, in Freiburg oder jetzt in Berlin.

Unser Ziel ist: Wer hier in Baden-Württemberg dauerhaft bleiben kann, den wollen wir schnell und erfolgreich integrieren und für unser Gemeinwesen wirksam in die Pflicht nehmen. Wer aber kein Bleiberecht erhält, der muss Baden-Württemberg und Deutschland auch wieder verlassen,

(Abg. Anton Baron AfD: Wir nehmen Sie beim Wort!)

und zwar konsequent, nach Recht und Gesetz.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Wenn das so wäre! Das hat man bei Ihrem Koalitionspartner gesehen!)

Nur dann, wenn diese doppelte Bedingung wirklich gilt, hat die humanitäre Entscheidung zur Aufnahme überhaupt die Chance auf nachhaltige Akzeptanz in der Gesellschaft, und nur dann schützen wir auch das Grundrecht, indem wir es eben nicht beliebig werden lassen, sondern Regeln einhalten und auch durchsetzen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich bin überzeugt davon: Global gesehen stehen wir erst am Beginn von möglicherweise noch größeren Migrationsbewegungen. Deshalb ist es wichtig, dass wir mehr zur Bekämpfung der Fluchtursachen tun, gerade auch in Afrika. Es ist allemal besser – ich habe es hier schon einmal gesagt –, Menschen in Not die Angel vor Ort zu geben und nicht nur den Fisch in Deutschland. Auch das muss ein Thema sein, um das wir uns kümmern.

Nach der Erstaufnahme und der vorläufigen Unterbringung lenken wir den Fokus jetzt auf die Integration. Dafür haben wir den Pakt für Integration. Wir stellen den Städten und Gemeinden dafür 160 Millionen € in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr bereit. Der größere Teil davon – das sind allein 90 Millionen € – geht direkt und pauschal an die Kommunen, damit sie schnell handlungsfähig sind. Das war uns in der Union wichtig.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

weil die Kommunen den Bedarf vor Ort selbst am besten kennen

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

und nicht von Antrags- und Programmbürokratie ausgebremst werden sollten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir reichen zudem die Bundesmittel für die Kosten der Unterkunft 1 : 1 an die Kommunen weiter. Der Vorwurf der angeblich „klebrigen Hände des Landes“ hat hier wirklich keine Berechtigung. Um die Struktur des Landeshaushalts insgesamt zu verbessern, haben wir auch einen Konsolidierungsbeitrag der Kommunen ausgehalten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Kommunen haben es ausgehalten! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ausgehandelt. – Die Kommunen haben es mit dem Land ausgehandelt, oder andersherum, die Regierung hat es mit den Kommunen ausgehandelt. Fakt ist – –

(Zurufe der Abg. Sascha Binder und Andreas Stoch SPD)

– Hier rufen gerade zwei Juristen dazwischen. Was setzt ein Vertrag voraus? Zwei übereinstimmende Willenserklärungen. Hier haben wir drei Unterschriften der kommunalen Landesverbände.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie schon einmal von Sittenwidrigkeit gehört? – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Martin Rivoir SPD – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Deshalb handelt es sich um eine Einigung im Einvernehmen, die erfolgt ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit diesen Unterschriften haben wir die Belastungen für die Städte und Gemeinden maßvoll gehalten. Wir haben sogar noch klare Verbesserungen erreicht. Im Gegenzug für den Vorwegabzug bekommen die Kommunen sogar wieder zusätzliche Mittel, etwa über den neuen kommunalen Sanierungsfonds, mit dem wir den Investitionsstau bei kommunalen Einrichtungen abbauen helfen. Sie profitieren von dem Schulhausbau, dem ELR in der Stadtsanierung und von der Tourismusförderung im KIF, der um 35 Millionen € aufgestockt wird.

Unter dem Strich stehen den Belastungen von 200 Millionen € im Jahr 2017 zusätzliche Zuflüsse von rund 380 Millionen € gegenüber. Dabei sind die Förderbescheide im Rahmen der Digitalisierung für das Breitband noch gar nicht mitgerechnet. Das muss man insgesamt betrachten. Deshalb verstehen wir, dass die Kommunen drei Unterschriften geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wichtig war – da will ich den Kollegen zitieren –, dass die Steuerverbundquote seit 1967 unverändert bleibt, nämlich bei 23 %. Andere Länder wie Bayern haben diese auf 12,75 % reduziert, weil sie mehr goldene Zügel anlegen wollen. Insgesamt werden die Kommunen – das hat der Kollege Schwarz zu Recht gesagt – 2017 nicht schlechtergestellt, sondern bessergestellt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! – Abg. Sascha Binder SPD: Aber doch nicht durch Sie! – Abg. Anton Baron AfD: Deshalb die Steuererhöhungen!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Statt 12,1 werden es 12,6 Milliarden € sein. – Es ist kein Zufall, Herr Kollege, dass im Vergleich aller 16 Bundesländer gerade die baden-württembergischen Kommunen – Gott sei Dank – die niedrigste Verschuldung haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist auch ein Zeichen für faire Partnerschaft von Land und Kommunen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich will Ihnen sagen: Mehrere Landkreise haben die Kreisumlage dieses Jahr senken können

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es! – Zuruf von der AfD)

und haben trotzdem noch höhere Einnahmen erzielt. Also, wir wissen, wovon wir da reden.

Damit will ich noch kurz zum Föderalismus kommen. Deutschland ist ein politisches Mehrebenensystem, wie Föderalismusforscher völlig zu Recht sagen. Kommunen, Länder und Bund teilen sich die Aufgaben nach den Prinzipien Eigenverantwortung und Subsidiarität. So weit die Theorie. In der Praxis stellen wir jedoch fest, wie der Bund gerade Scheibchen für Scheibchen auf die Länderhoheit zugreift. Ich will schon sagen: Statt im Garten der Länder zu wildern, sollte der Bund lieber versuchen, sich eigene Zuständigkeiten von Europa zurückzuholen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl! – Abg. Anton Baron AfD: Sie haben es doch zugelassen!)

Das wäre notwendig, damit sich Europa auf die wirklich großen Fragen konzentrieren kann. Wir haben Migrationskrise, Schuldenkrise, Terrorabwehr. Es gibt viel zu tun in Europa. Deshalb ist nicht alles in Europa eine Sache für Europa. Wir wollen ein Europa der Regionen,

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Das gibt es ja nicht, was ich da höre!)

der Subsidiarität. Deshalb empfehlen wir, dass im Grunde genommen eher Zuständigkeiten zurückgeholt werden, bei denen Europa nicht selbst handeln muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Vereinbarung, auf die sich Bund und Länder im Oktober geeinigt haben und die verkündet wurde, ist natürlich ein zweischneidiges Schwert. Der gordische Knoten konnte nach jahrelangen Verhandlungen durchschlagen werden. Dafür ein Kompliment. Dazu hat auch unser Ministerpräsident erfolgreich beigetragen und daran mitgewirkt. Aber mehr als zehn Verfassungsänderungen werden die föderale Balance natürlich auch spürbar zulasten der Länder verschieben. Es drängt sich momentan der Eindruck auf: Der Bund winkt mit den Geldscheinen,

(Zuruf von der AfD: Ja!)

und die Mehrheit der Länder beginnt bereitwillig mit dem Ausverkauf.

(Zurufe)

Man würde sich wünschen, dass in manchen Ländern – nicht Baden-Württemberg – Eigenstaatlichkeit und Eigenverantwortlichkeit auch noch einen Wert und nicht bloß einen Preis haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Der Tausch Geld gegen Macht schwächt die Länder und den Föderalismus insgesamt. Er opfert die föderale Freiheit dem flüchtigen fiskalischen Vorteil.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! So ist es!)

Für selbstbewusste Länder reicht es in der Tat nicht, sich immer nur „an den Rockzipfel des Bundes“ zu klammern, wie es in der FAZ vom 9. Dezember hieß.

Das Grundgesetz ist keine Verwaltungsvorschrift.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der AfD)

Wir sollten uns gut überlegen,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau das machen Sie nicht!)

mit welcher Begründung man Hand daran legt. Ein paar Millionen Euro Investitionshilfen sind nicht die Rechtfertigung, Staatsarchitektur in diesem Umfang zu verändern. Ich bin deshalb mit dem Ministerpräsidenten, der eine Protokollerklärung abgegeben hat, der dies deutlich gesagt hat, der Meinung: Die Einfallstore für weitere Eingriffe des Bundes in unsere Länderhoheit dürfen sich nicht noch weiter öffnen. Das muss unsere Haltung auch als Landesparlamentarier sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn wir wollen als starkes Land in einem vitalen, föderalen Deutschland erfolgreich bleiben.

Ich möchte zum Schluss kommen. Die Koalition aus CDU und Grünen stellt mit diesem Haushalt zentrale Weichen für diese Wahlperiode.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Steile These!)

Es ist ein Haushalt der klaren Schwerpunkte, der nachhaltigen Verantwortung und auch der klugen Gestaltung. Er spiegelt auch den guten Geist dieser grün-schwarzen Koalition wider, die für manch einen vielleicht unerwartet gut gestartet ist.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben den Willen zum Gelingen – das will ich hier wiederholen –, auch in den Mühen der Ebene zu diesem Jahreswechsel.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf von der AfD)

Jeder Partner braucht da und dort auch seine Freiräume; das gehört dazu. Aber daraus beziehen wir alle unsere Stärke.

Ich will an dieser Stelle unserem Koalitionspartner, insbesondere auch den Mitgliedern der Landesregierung, herzlich vorweihnachtlichen Dank sagen, weil die Regierungsfractionen

(Dr. Wolfgang Reinhart)

sehr gut mit der Regierung zusammenarbeiten, und zwar konstruktiv und positiv für dieses Land.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das hört sich aber nicht danach an!)

Wir haben unseren Weg gefunden und sind gemeinsam auf Kurs. Wir beweisen, wie Innovation und Identität, Investition und Konsolidierung, Wirtschaftskraft und gutes Leben, Offenheit und Sicherheit miteinander möglich sind. Wir halten das Land zusammen und bewahren, was Baden-Württemberg ausmacht. Wir machen dieses Land stark für eine Zukunft voller Herausforderungen, aber vor allem auch voller Chancen. Das ist unsere Roadmap für Baden-Württemberg. Wir sind immer noch glücklich, hier in diesem wunderschönen Land zu leben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

(Zuruf: Jetzt wird es lustig!)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Das, was unsere werbe Finanzministerin Sitzmann in der vergangenen Woche hier im Plenum abgeliefert hat, war eine 33-minütige Aneinanderreihung von Plattitüden, ein wahres Phrasenfestival.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir können froh sein, dass das Land nicht für jede dieser Phrasen einen Euro ins Phrasenschwein hat einzahlen müssen. Denn das hätte zu einer kaum je zu zählenden Neuverschuldung geführt.

Dann machte Herr Kollege Schwarz als erster Redner des heutigen Tages gerade so weiter. Ihre Heile-Welt-Fantasien, lieber Herr Schwarz, sind angesichts der Realitäten schon geradezu von unfreiwilliger Komik. Das will ich Ihnen doch einmal sagen.

(Beifall bei der AfD)

Neue Schulden sind also durch diese Phrasendrescherei glücklicherweise nicht entstanden, wie wir gerade feststellen konnten. Alte Schulden bleiben hingegen bestehen. Denn Grün-Schwarz denkt gar nicht daran, diese abzubauen. Das mutet seltsam an, wenn man sich den Titel der Haushaltsrede von Frau Sitzmann einmal vor Augen führt: „Solide Haushalten, Zukunft sichern, Zusammenhalt stärken“.

Das klingt alles ganz schön. Die Voraussetzungen, um das zu erreichen – das muss man sagen –, sind derzeit geradezu ideal. Dank der fleißigen Bürger im Land hat Baden-Württemberg die mit weitem Abstand höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. In einer solchen Situation bestünden solides Haushalten, die Sicherung der Zukunft und die Stärkung des Zusammenhalts – von Ihnen eingefordert – definitiv darin, mit dem Schuldenabbau zu beginnen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: Jawohl!)

Ich frage Sie: Wenn nicht in dieser fiskalischen Lage, wann denn dann?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

Das weiß doch jedes Kind: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“ – ein Grundsatz des haushaltspolitischen Wirtschaftens, ganz kleines haushaltspolitisches Einmaleins. Doch unsere grün-schwarze Landesregierung schafft es nicht einmal in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen, von dem über 47 Milliarden € schweren Schuldenberg auch nur einen winzig kleinen Teil zu tilgen. Von Sparen in der Zeit kann also keine Rede sein.

Sich dann in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen auch noch damit zu rühmen, wie Sie, Herr Schwarz, und auch Herr Reinhart es getan haben, lediglich keine neuen Schulden zu machen, ist der beste Beleg für die mangelnden haushaltspolitischen Ambitionen von Grün-Schwarz.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja-wohl! Bravo!)

Mir wird klar: An ihrem eigenen Ehrgeiz wird diese Regierung gewiss nicht scheitern;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

sie entwickelt ja erst gar keinen. Dabei wäre gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, um zu sparen und Schulden abzubauen, um die Weichen für die Zukunft zu stellen, um dort zu sparen, wo es möglich ist, und dort zu investieren, wo es nötig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es geht um Effizienzsteigerungen in allen Bereichen und Gesundheitschumpfung in den meisten Bereichen – mit Ausnahme der Sicherheit, der Bildung und der Infrastruktur. Dort, wo keine Bürokratie nötig ist, muss sie abgebaut werden.

Der Ökonom Ludwig von Mises sprach schon vor Jahrzehnten von den Gefahren einer allzu ausufernden Bürokratisierung und wusste, wovon er sprach. Ich zitiere:

*Die Bürokraten vermehren sich und sind eifrig bemüht, schrittweise die Handlungsfreiheit des einzelnen Bürgers einzuschränken.*

Das sollte uns auch hier in Baden-Württemberg irgendwie bekannt vorkommen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir müssen den Bürgern Baden-Württembergs wieder mehr Handlungsfreiheit geben, damit sie sich besser entfalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dazu bedarf es eines angemessenen ordnungspolitischen Rahmens und einer Landesregierung, die bei der Erstellung des Haushaltsplans die Prioritäten richtig setzt. Das heißt auch, haushaltspolitisch den Fokus auf die wenigen eigentlichen staatlichen Kernaufgaben zu richten. Genau das tut Grün-Schwarz leider nicht. Aber der Reihe nach.

(Dr. Jörg Meuthen)

Frau Finanzministerin Sitzmann hat, als sie über Infrastruktur sprach, völlig zutreffend angemerkt – ich erlaube mir, mit Ihrer Erlaubnis zu zitieren –:

*Je länger man eine Sanierung aufschiebt, desto teurer wird sie am Ende für die ... Steuerzahler.*

Ja, Frau Sitzmann, da haben Sie recht. Schade nur, dass Ihnen das nicht früher aufgefallen ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist doch ein Witz!)

Wir haben für Sie ein wenig in der jüngeren Geschichte dieses Parlaments nachrecherchiert. Wir von der AfD waren ja nicht beteiligt. In der letzten Legislaturperiode haben bekanntlich die Damen und Herren von den Grünen die größte Regierungsfraktion gestellt, in der Legislaturperiode davor die Kollegen der Union. In dieser gesamten Zeit ist ein riesiger Investitionsstau angefallen. Und nun möchten uns die Damen und Herren von Grün und Schwarz etwas vom Abbau dieses Sanierungsstaus erzählen, den Sie in den letzten zehn Jahren selbst verursacht haben. Welch eine Ironie!

Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die Bürger es vergessen haben, wer hier die letzten Jahre regiert und diesen Investitionsstau verursacht hat, oder?

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Schwarz hat nicht genug saniert. Grün hat nicht genug saniert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt überhaupt nicht! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wieso sollte dann Grün-Schwarz genug sanieren? Wer soll Ihnen das denn glauben?

(Beifall bei der AfD)

Sanieren, meine Damen und Herren, beginnt beim Staatshaushalt, und wenn man dessen Sanierung auf die lange Bank schiebt, dann wird es für die Steuerzahler letztlich umso teurer. Niedrige Zinsen auf dem Kreditmarkt sind nun einmal kein Naturgesetz.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Auch die Niedrigzinsphase wird irgendwann wieder zu Ende gehen. Wir müssen uns das eigentlich sogar wünschen. Wenn das der Fall ist, wird man die bestehenden Altkredite bei deutlich höheren Zinsen tilgen müssen, als dies gegenwärtig der Fall ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

Solides Haushalten, Sichern der Zukunft, Stärkung des Zusammenhalts: bei Grün-Schwarz drei Mal Fehlanzeige. Das Aufschieben der Sanierung des Staatshaushalts führt in eine ungewisse Zukunft und belastet künftige Generationen enorm. Die an sich anzustrebende Generationengerechtigkeit verkommt mit einer solchen Politik zur Makulatur und ist aus dem Munde der Landesregierung nichts als eine weitere Worthülse.

Apropos Generationengerechtigkeit: Diese zu erreichen wird zunehmend zu einer Mammutaufgabe, was einem klar wird,

wenn man sich die demografische Entwicklung unseres Landes vergegenwärtigt. Seit 1972 befinden sich die Geburtenziffern unterhalb des Bestandsniveaus. Soll heißen: Es gibt hier immer weniger Menschen, die dafür im Durchschnitt aber immer älter sind und werden, was ja an sich begrüßenswert ist. Darunter leiden vor allem die nachkommenden Generationen, die immer größere Lasten zu tragen haben. Das wurde in den letzten Jahrzehnten von vier der fünf hier anwesenden Parteien aufgrund politischer Opportunität, aus wahltaktischen Gründen und wegen ihrer kurzen Zeitpräferenz geflissentlich ignoriert.

(Beifall bei der AfD)

Etwas zynisch muss man sagen: Danke Grün, danke Schwarz, danke Rot, danke Gelb.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie haben jahrzehntelang geschlafen, und die Jugend von heute und die Jugend von morgen dürfen deswegen nun die Zechen zahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die familienfeindliche Politik der vergangenen Jahrzehnte wird derweil fortgesetzt. Ich habe übrigens in Ihrer Rede, Herr Kollege Reinhart – das sei nur am Rande angemerkt –, das Wort „Familie“ gar nicht gehört. Das hat mich etwas verblüfft.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Familien werden nach wie vor diskriminiert, etwa durch die Nichtberücksichtigung ihrer generativen Leistung bei der Rente. So schafft sich – das muss man in aller Deutlichkeit sagen – Deutschland ab, und mir scheint fast: Damit haben manche Kollegen hier im Plenum nicht einmal ein Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Nun ernsthaft anzunehmen, dass die Menschen, die nach wie vor in großer Zahl in unser Land strömen, als Reparaturbetrieb unseres demografischen Problems herhalten könnten, ist im wahrsten Sinn des Wortes grenzenlos naiv.

(Beifall bei der AfD)

Das wird im Übrigen von der Wissenschaft bestätigt. Berechnungen des ifo-Instituts zufolge ist die fiskalische Nettobilanz der aktuellen Migranten massiv negativ. Das nimmt ja auch nicht wunder. Auch Lars Feld, einer der fünf Wirtschaftsweisen, die das Jahresgutachten vorgelegt haben, und Berater der Regierung, sieht in den derzeitigen Migrationsströmen ein deutliches fiskalisches Verlustgeschäft.

Je nach Kapazitätsauslastung der Verwaltung dauern die Asylverfahren in unserem Land zwischen einem und über anderthalb Jahren. Zudem dauert der Integrationsprozess anerkannter Flüchtlinge in der Regel mindestens fünf Jahre, was dem schon erwähnten niedrigen Qualifizierungsniveau geschuldet ist.

Selbst die formal qualifizierten, Diplome und Zertifikate besitzenden Migranten sind am Arbeitsmarkt zumeist nicht sofort integrationsfähig, da nun einmal ein Abschluss an der Universität Damaskus vom Niveau her nicht mit einem Abschluss etwa an der Universität Heidelberg vergleichbar ist.

(Dr. Jörg Meuthen)

Selbst der Bund räumt inzwischen ein, dass die Integration der Migranten teuer wird. Bis zum Jahr 2020 sollen etwa 94 Milliarden € für die Integration dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden. 94 Milliarden €! Gleichzeitig rechnet der Bund mit zusätzlichen Steuereinnahmen – die seien nicht verheimlicht – von etwa 42 Milliarden €. Das macht netto ein Minus von etwa 52 Milliarden €.

Doch derlei Fakten stoßen bei Ihnen, wertere Damen und Herren von der Landesregierung, offenbar auf taube Ohren. 59,3 % der Jugendhilfe – das sind satte 324 Millionen € – sind für die Integration jugendlicher Flüchtlinge vorgesehen – vergleichen Sie das übrigens einmal mit den Zahlen, die Sie für den Straßenbau haben; dann werden Sie die Diskrepanz feststellen –, also für Menschen, die ohnehin lediglich eine temporäre Aufenthaltserlaubnis haben, Menschen, die absehbar nicht dazu beitragen werden und auch nicht sollen – das muss man sagen –,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die Herausforderungen der Zukunft, die Herausforderungen, die wir mit der demografischen Entwicklung erleben, zu bewältigen.

Es ist schon interessant, dass für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge fast dreimal so viel Geld ausgegeben wird wie für Familienförderung. Diese wurde nämlich in den letzten acht Jahren sukzessive heruntergefahren, von über 200 Millionen € im Jahr 2009 auf etwa 110 Millionen € im nächsten Jahr. Das halten wir, mit Verlaub, für skandalös.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie ernsthaft das demografische Problem auf diese Weise lösen möchten, machen Sie sich noch unglaublicher, als Sie es nach unserem Dafürhalten ohnehin schon sind.

(Beifall bei der AfD)

Ein Witz, und zwar ein schlechter, sind auch die von der Landesregierung geplanten Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft und der Demografie. Vorgesehen ist die Planung von zentralen Anlaufstellen für internationale Fachkräfte, sogenannte Welcome Center. Gleichzeitig baut die etablierte Politik Deutschland faktisch immer weiter zu einem riesengroßen Goodbye Center aus, einem Goodbye Center, das dafür sorgt, dass hierzulande jährlich etwa 140 000 hoch qualifizierte Deutsche auswandern, von denen nach aktuellen Schätzungen nur etwa 60 000 zurückkehren werden.

Auch Baden-Württemberg ist von diesem Exodus massiv betroffen. Halten wir fest: Die hoch qualifizierten Einheimischen wandern aus, weil sie Leistung bringen wollen, Leistung aber von diesem Staat bestraft wird. Der Merkel-Staat tut nichts, aber auch wirklich gar nichts, um einheimische Fachkräfte im Land zu halten – und Herrn Kretschmanns Landesregierung leider auch nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was? „Merkel-Staat“?)

Ich nehme eine Einschränkung vor, Herr Ministerpräsident: Das Projekt Cyber Valley, das letzte Woche vorgestellt wurde, ist wirklich eine ruhmreiche Ausnahme. So stellen wir es

uns auch vor. Das ist mal ein gutes Projekt der Landesregierung; das gibt es auch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber leider ist es nur ein kleines Pflänzchen.

Dass in der Bildungspolitik nach dem katastrophalen Abschneiden Baden-Württembergs beim IQB-Bildungstrend die Prioritäten nicht wirklich neu gesetzt werden, dass keine Rückkehr zum Altbewährten, dass keine Abkehr von den linksideologisch motivierten und bereits jetzt gescheiterten Schulexperimenten der grün-rot-schwarzen Bildungsscharlatane stattfindet, ist bedauerlich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bitte was? Welchen Begriff benutzen Sie hier?)

– Sie haben mir doch zugehört. Oder?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Deshalb bin ich ganz erstaunt, mit welcher Sprache Sie hier im Parlament auftreten!)

– Dann wiederhole ich das gern: Sie betreiben Bildungsscharlatanerie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wahnsinn!)

Ziehen Sie die empirischen Resultate der letzten Studien heran. Dann sehen Sie, dass Ihre vollmundigen Versprechen, was Sie alles erreichen wollen, exakt das Gegenteil der Realität darstellen. Das ist Scharlatanerie, was Sie betreiben; so ist das. Ich halte definitiv an dieser Aussage fest. Daran gibt es nichts zu relativieren oder zurückzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Innerhalb weniger Jahre ist das Bildungssystem unseres Landes von der Champions League in die Kreisliga abgestiegen. Da müsste allmählich ein Umdenken stattfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Jawohl!)

Wir waren ganz oben, und wir sind es jetzt nicht mehr. Sie erzählen hier Wunder, was Sie hier tun. Tatsächlich ist es nur abwärtsgegangen. Die neuesten Resultate sind erschütternd. Sie wissen es; wir haben hier erst kürzlich darüber diskutiert.

Bei den verbohrtten Bildungsideologen in den Reihen der grün-schwarzen Regierung ist die Hoffnung, dass sich etwas ändert, vergebens. An der Gemeinschaftsschule wird nach wie vor festgehalten, ebenso an der Ganztagschule und an dem Projekt der Inklusion, gegen das sich Lehrer, Schüler und ihre Eltern sträuben.

Bereits als wir über die Ergebnisse des Bildungstrends hier in einer Aktuellen Debatte diskutiert haben, habe ich gesagt: Wir erleben Ideologie statt Verstand. Wir erleben Gemeinschaftsschulförderung statt Gymnasialförderung. Wir erleben Einheitsbrei statt Mehrgliedrigkeit, Kuschelpädagogik statt Kompetenzorientierung,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Gender-Gaga statt Wissenschaftlichkeit, Inklusion und Gleichheitswahn statt bedarfsorientierter und individueller Förderung, Leistungsnevellierung nach unten statt Leistungsoptimierung, Schulplansozialismus statt Schulwettbewerb und Bildungseinfalt statt Bildungsvielfalt.

(Beifall bei der AfD)

Vermutlich gibt es in den Lehrplänen bald Hip-Hop und Techno statt Beethoven und Mozart und womöglich Charlotte Roche und Elfriede Jelinek statt Goethe und Schiller.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte!)

Was nun die innere Sicherheit anbelangt, so zündet Finanzministerin Sitzmann eine Platzpatrone nach der anderen. Sie lobt sich und ihre Mitstreiter dafür, dass die Polizei nun ausgebaut werden soll. Und tatsächlich: Der Staat, der sich ansonsten aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auch nach unserem Dafürhalten zurückziehen sollte, sollte dies gerade bei der Produktion von Sicherheit nicht tun. Hier hat Frau Sitzmann völlig recht.

Wir brauchen einen Ordnungsstaat, der den Menschen ihre Freiheit lässt, aber hart und rigoros durchgreift, wenn diese Freiheit gefährdet ist. Sie ist aktuell gefährdet wie schon lange nicht mehr. Die Vorfälle in Würzburg, Ansbach, Reutlingen, Köln, München, Freiburg und vorgestern der grauenhafte Anschlag in Berlin sollten uns Warnung genug sein. So etwas hat es bis vor wenigen Jahren in unserem Land nicht gegeben, und an so etwas – darüber sollte es bitte Konsens geben – dürfen wir uns niemals gewöhnen. Niemals!

(Beifall bei der AfD)

Mitschuld an den gegenwärtigen Missständen hat – das muss man in aller Deutlichkeit und ohne Beschönigung so konstatieren; ich weiß, dass Sie das nicht gern hören – die etablierte Politik der uns Regierenden, die etablierte Politik, die leugnet, dass es seit der Asylkatastrophe im Jahr 2015 ein Mehr an Kriminalität gibt,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

und die sich nun unverfrorenerweise auf die Schultern klopft, wenn sie mehr Geld zur Bekämpfung der von ihr selbst mit importierten Kriminalität ausgibt.

(Beifall bei der AfD)

Mit Verlaub, die Bundesregierung und die Landesregierungen – Sie inklusive – doktern nun an Problemen herum, die es ohne sie in dieser Dimension gar nicht erst gegeben hätte.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Jawohl!)

Wir, die AfD, die Rechtsstaatspartei,

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte, wie kann man so daherreden?)

stellen nicht infrage, dass die Polizei – – Ja, ja,

(Unruhe)

Wir können Rechtsstaatlichkeit einmal rauf und runter deklorieren. Das können wir gelegentlich gern einmal machen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Wir stellen nicht infrage, dass die Polizei gut ausgestattet werden muss; ganz im Gegenteil. Es ist deshalb auch nicht falsch, die Mittel für die Polizei aufzustocken. Das ist richtig. Nur: Ob einige Millionen Euro für 381 neue Polizisten wirklich ausreichen, wenn die Politik der offenen Grenzen

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

ein unkontrolliertes Abtauchen vieler potenzieller Aggressoren ermöglicht, darf wohl mit Fug und Recht bezweifelt werden. Das ist der buchstäbliche Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der AfD)

Uns wäre es ohnehin viel lieber, wenn wir hierzulande gar nicht so viel Kriminalität hätten. Die Bürger spüren die Folgen der illegalen Masseneinwanderung, und es ist bedauerlich, dass die Landesregierung es verpatzt hat, beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen unsere „Selfie-Kanzlerin“ Merkel einzureichen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Denn nur die Landesregierungen sind in dieser Hinsicht klageberechtigt. Ein Untersuchungsausschuss zu den jetzt multiplen Rechtsbrüchen der Regierung Merkel ist längst überfällig.

(Abg. Anton Baron AfD: Was sagt die CDU dazu? – Abg. Nicole Razavi CDU: Würden Sie sich denn von dem Beitrag Ihres Kollegen Rapple distanzieren?)

– Was tut denn das jetzt hier, bitte schön, zur Sache?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, das gehört genau zu dem Thema! – Zuruf: Genau!)

Es geht um Rechtsbrüche der Regierung Merkel. Die habe ich erwähnt. Lassen wir es damit gut sein.

Ich komme zu meinem nächsten Thema, Frau Kollegin.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es ist interessant, dass Sie nichts dazu sagen!)

– Ja, ja. Sie wollen uns immer in Distanzierungen hineintreiben, von denen ich ganz wenig halte.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Auch beim geplanten Haushalt für den Verkehr haben Sie, Frau Finanzministerin, leider die falsche Ausfahrt gewählt. Sie tönen zwar groß herum, auf der Überholspur zu sein – das war wohl Ihre Wortwahl –, doch in Wirklichkeit halten Sie auf dem Pannestreifen. Ja, tatsächlich, wir haben es gleich mit mehreren Pannen zu tun, fast schon mit einem Totalschaden. Bereits in der vergangenen Woche ist ja medienwirksam bekannt geworden, dass der grüne Verkehrsminister Hermann Bundesmittel in Höhe von 25 Millionen € nicht abgerufen hat,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Hört, hört!)

(Dr. Jörg Meuthen)

25 Millionen €, die sinnvoll in die Lebensadern des Industrie- und Automobillands Baden-Württemberg hätten investiert werden können. Weil dem Herrn Verkehrsminister insbesondere bei der Planung von Verkehrsprojekten offenbar Personal fehlt – oder jedenfalls hoch qualifiziertes Personal fehlt –, wurde hier in der Vergangenheit schlichtweg falsch kalkuliert. Derart falsche Kalkulationen kann sich unser Land aber nicht leisten.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Minister Hermann erweist sich einmal mehr als verkehrspolitischer Geisterfahrer.

(Beifall bei der AfD)

Da reicht ein simpler Strafzettel nicht mehr aus. Besser wäre es, wenn er den Bürgern Baden-Württembergs ein großes Weihnachtsgeschenk machen und zurücktreten würde.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber auch ansonsten schaut es verkehrspolitisch eher düster aus. Grün-Schwarz hat das Fernlicht nicht eingeschaltet, oder es fehlt offensichtlich der Durchblick und der Weitblick. Da ist es blumig, zu erklären, dass die Straßen wieder verkehrssicher und leistungsfähig sowie bedarfsorientiert und wirtschaftlich geplant werden sollen. Doch dafür reichen die veranschlagten Mittel dann bei Weitem nicht aus.

Schauen wir uns einmal eines der verkehrspolitischen Oberziele an: die Erfüllung des Maßnahmenplans Landesstraßen im Generalverkehrsplan 2010. 2010! Der Erfüllungsgrad beträgt aktuell gerade einmal 1,6 %

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

und soll im Jahr 2017 auf 11,4 % ansteigen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Schön!)

Die Investitionen für die Erhaltung der Landesstraßeninfrastruktur, die sich oft in einem desolaten Zustand befindet – das weiß jeder, der diese Straßen befährt –, steigen jedoch von 120 Millionen € im Jahr 2016 auf lediglich 140 Millionen € im Jahr 2017. Nun sei doch einmal die Frage gestattet, wie denn mit dieser geringfügigen Erhöhung der Gelder ein derart dramatischer Erfolg überhaupt erzielt werden soll. Das entbehrt doch schon vom Ansatz her jeder Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Für eine nachhaltige Sanierung der Landesstraßen fehlt häufig das nötige Geld. Anstatt nachhaltig saniert zu werden, werden sie häufig nur notdürftig zusammengefflickt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Mehr ist aufgrund der bescheidenen Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, nicht drin. So verschiebt man das Problem auf die nächsten Jahre, ohne es wirklich zu lösen. Ich kann keine Nachhaltigkeit darin entdecken, so sehr ich sie auch suche. Das löst nicht etwa den Sanierungsstau, das steigert ihn sogar noch.

Richtig planwirtschaftlich wird es bei der geplanten Anhebung der Verkehrsnachfrage an Personenkilometern im Schie-

nenpersonennahverkehr, die um etwa 3,3 % erhöht werden soll. Der Radweganteil soll von 11 auf 12 % ansteigen und der Fußweganteil von 23 auf 24 %,

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

all dies natürlich, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß herunterzufahren, Stichwort Klimarettung. Für die Pflege von Straßen und der mit ihnen verbundenen Nebenanlagen sind gerade einmal 73 Millionen € veranschlagt. Schon in den letzten Jahren wurden ähnliche Summen hierfür veranschlagt, und sie wurden jedes Jahr bis zum letzten Euro ausgeschöpft. Das ist ein recht klares haushaltspolitisches Indiz dafür, dass die Mittel erfahrungsgemäß zu niedrig angesetzt sind.

Frau Finanzministerin Sitzmann, Sie haben letzte Woche richtig erkannt, dass eine schlechte Infrastruktur uns Wohlstand kostet. Doch Sie sind nicht bereit, für eine gute Infrastruktur die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, und das ist bedauerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dann sprachen Sie – ich habe genau zugehört – davon, das Landesvermögen „mehren“ zu wollen. Was sollen wir uns denn, bitte schön, darunter vorstellen? Umfassende Verstaatlichung? Du liebe Güte! Bringen Sie doch bitte erst einmal das vorhandene Vermögen –

(Zuruf: So ist es!)

Gebäude, Straßen, Brücken – halbwegs in Ordnung. Das wäre schon einmal etwas. Dann hätten wir einen Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stattdessen werden die Mittel für nachhaltige Mobilität erhöht, also für Planung und Bau von Radschnellwegen und Fußwegen. All das geschieht, während die Landesstraßen weiter verfallen. Eine solide Infrastruktur als Basiselement einer florierenden Wirtschaft wird zunehmend einer Fahrradmanie geopfert.

(Heiterkeit bei der AfD)

Sie werfen uns ja immer wieder vor – ziemlich unsinnig, aber Sie tun es –, wir wären die Partei, die zurück in die Fünfzigerjahre wollte. Was für ein Blödsinn! Wir wollen lediglich zurück zur Normalität. Sie hingegen wollen offensichtlich zurück ins autofreie 19. Jahrhundert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja-wohl! Bravo!)

Was den Bereich Umwelt, Klima und Energiewirtschaft anbetrifft: Hier sind die Grünen gewillt, mit Volldampf ihr Steckenpferd Windkraftanlagen durchzuboxen, koste es auf einmal, was es wolle.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Die CDU hat offensichtlich auch in diesem Sektor alle Wahlkampfversprechen ebenso wie jede technologische und wirtschaftliche Vernunft buchstäblich in den Wind geschossen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Denn mit der Förderung der Windkraft möchte die Landesregierung weiterhin viel Geld in eine Technologie pumpen, die für ihr Funktionieren eine ergänzende Speichertechnologie und Trassen benötigt, die es jedoch noch gar nicht gibt und die es auf absehbare Zeit auch gar nicht geben wird.

Nach einer Studie des Fraunhofer-Instituts aus dem Jahr 2013 ist der weitere Ausbau von Windstrom sogar kontraproduktiv. Das ist auch leicht zu erklären: Weht kein Wind, so können auch zusätzliche Windanlagen keinen Strom produzieren. Weht indessen viel Wind, entsteht eine Überproduktion, so dass Strom exportiert oder die Anlage abgeregelt werden muss. Wir müssen ja zum Teil sogar Geld dafür draufzahlen, dass überschüssiger Strom überhaupt ins Ausland abfließen kann.

(Zuruf von der AfD: Unfassbar!)

Alles lange bekannt.

Aber was kümmert das unsere Ökoideologen? Es muss Windkraft sein, koste sie, was sie wolle.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das deutsche Stromnetz ist schon heute nicht mehr in der Lage, die Spitzen beim Strom aus erneuerbaren Energien aufzunehmen. Mit dem Ausbau der Windkraft wird sich dieses Problem nochmals deutlich verschärfen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Der angeblich günstig produzierte Windstrom zieht auf diese Weise Folgekosten nach sich, die von den Windkraftenthusiasten aus dem Umweltministerium regelmäßig unter den Tisch gekehrt werden. Sehen Sie, das sind die falschen Prioritäten, die da gesetzt werden, die wir monieren.

Damit die Stimmen Andersdenkender nicht zu laut rufen und bloß nicht zu viele kritische Fragen gestellt werden, sieht der Haushaltsentwurf der Landesregierung auch üppige Mittel für Propagandazwecke vor: von der massiven Unterstützung kommunaler Windindustrieprojekte bis hin zur ökoideologischen Infiltrierung von Kleinkindern durch Bastel-, Mal- und Vorlesebücher. Ich meine, so etwas hat es früher schon mal woanders gegeben.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer Punkt, der beim Haushaltsentwurf ins Auge sticht: Gegenüber dem Vorjahr sind auffallend viele Mittel für Dienstleistungen Dritter und für Investitionen privater Unternehmen vorgesehen, insgesamt mehrere Millionen Euro zusätzlich. Hier drängt sich irgendwie der Verdacht auf, dass eine bestimmte Klientel üppig mit Steuergeldern gefüttert werden soll. Dieser mit staatlichen Mitteln künstlich geförderte Boom wird uns dann wohl als ideologisches Wirtschaftswunder verkauft werden.

(Beifall bei der AfD)

Zur naturwissenschaftlichen und technologischen Ignoranz gesellt sich auch ein wirtschaftswissenschaftlicher Analphabetismus hinzu.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aber das kennen wir ja nicht anders von den grünen Sozialisten, deren obskure Agenda nun leider auch von der einst so stolzen Union weitgehend kritiklos übernommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es! Leider, leider!)

An der Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik der Landesregierung merkt man schnell: Der Ökologismus mutiert immer mehr zur Ersatzreligion, und er greift immer weiter um sich.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Auch in der CDU – das bedaure ich sehr – scheint es immer mehr Konvertiten zu geben, seitdem das Christentum dort zunehmend aus der Mode gekommen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Ging es früher um die Rettung der Seelen, so geht es heute um die Errettung der Natur vor den Menschen: Kröte und Lurch vor Mensch – so die Marschroute. Der Umweltschutz hat mittlerweile eine psychisch-emotionale Dimension einer Ersatzreligion angenommen, an die man sich wie an einen letzten Strohalm klammert, nachdem sich alle Sozialismen dieser Welt als gescheiterte Utopien herausgestellt haben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Ich sage Ihnen: Auch der Ökosozialismus ist eine solche Utopie. Auch der Ökosozialismus wird scheitern. Er geht schon jetzt zulasten einer soliden Infrastruktur und Energieversorgung, die wir dringend benötigen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Ebenfalls besonders abenteuerlich – ich komme zu einem anderen Punkt –, verehrte Frau Ministerin, waren Ihre Ausführungen zu den kommunalen Finanzen. Sie spiegeln aus unserer Sicht einen deutlichen Realitätsverlust wider.

(Lachen der Ministerin Edith Sitzmann)

Die Haushaltssanierung auf dem Rücken der Kommunen auszutragen, die im nächsten Jahr auf 200 Millionen € verzichten müssen, ist verquer. Es ist zu erwarten, dass die Kommunen letztendlich die Gewerbe- und die Grundsteuerhebesätze erhöhen werden –

(Abg. Anton Baron AfD: In Heilbronn beispielsweise!)

das hat schon eingesetzt –, sodass Ihr so heiter formuliertes Diktum von keinen neuen Steuern zu einem Luftschloss verkommt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Lieber Kollege Reinhart, Sie haben bei Ihrer Rede auch etwas pathetisch von keinen neuen Steuern gesprochen und haben dabei – vielleicht etwas unabsichtlich – übersehen: Natürlich kann man, wenn wir die Lasten den Kommunen aufbürden und diese in der Folge die Steuern erhöhen, sagen: „Wir haben keine Landessteuern erhöht.“ Ja. Das ist das Spiel, das da gespielt wird.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja-wohl! Bravo! So ist es! So wird das gemacht!)



(Dr. Jörg Meuthen)

Diese ganze Geschichte ist aber, mit Verlaub, doch einigermaßen durchschaubar.

Darüber hinaus zeugen diese Ausführungen aber auch von einer gering ausgeprägten Verantwortung für die vorgeblich unterste und damit dem Menschen nächste Verwaltungsebene.

Wissen Sie – ich kann mir das nicht verkneifen, Herr Kollege Reinhart –, Ihre Ausführungen zum Föderalismus halte ich für ausgezeichnet. Das ist genau unsere Position. Diese habe ich hier auch schon vertreten. Was ich daran nicht verstehe, ist: Sie fordern das, aber Ihre Partei und die mit Ihnen Regierenden machen permanent das Gegenteil.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Ja! Das ist das Problem!)

Ihre Kritik ist berechtigt. Hier klaffen aber einfach Worte und Taten meilenweit auseinander. Das ist das Problem.

Sie nennen den Griff in die Stadt- und Gemeindekassen angemessen und verkräftbar und sprechen von einer guten Finanzausstattung der Gemeinden, die sich in den letzten Jahren verbessert habe. Das Problem ist: Dabei vermischen Sie fröhlich 1 101 völlig unterschiedliche Gemeinden miteinander. Für einige stimmt das, aber für andere nicht. Es trifft ja zu, dass es vielen dieser Gemeinden gut geht und dass manche von ihnen völlig schuldenfrei sind – wie schön –, doch einigen anderen hingegen geht es gar nicht gut.

Damit meine ich vorrangig die größeren Städte. Diese fanden sich durch ihre zusätzlichen Angebote wie Theater, Museen, Schwimmbäder, weiterführende Schulen und vieles mehr schon immer mehr Belastungen ausgesetzt, die aus ihren zentralörtlichen Aufgaben resultieren. Die Konzentration von SGB-II-Beziehern in den anonymen Städten hat darüber hinaus zunehmende weitere Belastungen geschaffen, welche die Sozialerlets in manchen Städten auf über ein Drittel des Gesamthaushalts anschwellen ließen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Dazu kamen schon seit Jahren von außen Zuzüge in die Sozialsysteme, welche das Finanzproblem weiter verschärften. Denn das Verhältnis zwischen Leistungsempfängern und Leistungsträgern, das Sie ansprachen, ist leider Gottes mehr als unbefriedigend. Die Migrationswelle, die wir erleben, wird sich auch im nächsten Jahr an dieser Stelle ganz massiv niederschlagen. Das ist schon jetzt sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Der sogenannte Pakt für Integration – auch so ein schöner Begriff: „Pakt für Integration“; klingt toll – ist letztlich nichts weiter als ein Ablassbrief für das politische Versagen auf höherer Ebene.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So ein Quatsch!)

Es wäre wünschenswert, wenn das Land die Kommunen mit diesem Pakt tatsächlich entlasten würde. Doch handelt es sich hier lediglich um einen finanziellen Ausgleich für die Kom-

munen, die durch die völlig verantwortungslose Politik der offenen Grenzen mit zuvor so nie gekannten Herausforderungen konfrontiert wurden.

Es waren nicht die Kommunen, die um Einwanderung gebeten haben, sondern die Bundesregierung, flankiert von der Landesregierung.

(Beifall bei der AfD)

Ein finanzieller Ausgleich für die Kommunen ist in diesem Licht betrachtet eine Selbstverständlichkeit. Es wäre fast schon ein Euphemismus, ihn als Schadensersatz zu bezeichnen. In Wirklichkeit ist es doch so: Der Staat schafft Probleme, schiebt diese auf die Kommunen ab und möchte sich nun als Wohltäter darstellen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sind die Kommunen nicht der Staat?)

Das ist, mit Verlaub, perfide – und da halte ich mich noch zurück.

Frau Sitzmann hat letzte Woche hier im Haus wörtlich ausgeführt – ich zitiere die Frau Ministerin noch einmal –: „Eine gelingende Integration der Flüchtlinge ist von enormer Bedeutung für unser Land“ und Baden-Württemberg müsse „das Musterland für Integration“ sein. Da frage ich doch einmal konkret nach: Wer soll hier eigentlich alles integriert werden und wer nicht? Was genau ist das Ziel? Alle vermeintlichen Flüchtlinge? Ernsthaft? Und das wollen Sie den Kommunen aufbürden? Wissen Sie eigentlich, was Sie da fordern und dass das durch die Rechtslage im Übrigen nicht gedeckt ist? Das sind vorübergehende Aufenthaltserlaubnisse, die wir da erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist durch die Rechtslage gar nicht gedeckt.

Drei Städten – Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim – steht das Wasser bereits bis zum Hals, so hoch, dass sie Haushaltsstrukturmaßnahmen großen Stils eingeleitet haben. Anstatt ihnen zu helfen, tun Sie das Gegenteil: Sie greifen den Kommunen im Rahmen Ihrer Geheimabreden selbst und zusätzlich in die Taschen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Daher frage ich Sie konkret: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um umgehend, das heißt in diesem anstehenden Haushaltsjahr, gezielte Hilfen anbieten zu können? Denn derer wird es bedürfen.

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, kennen Sie die Geschichte von Dumbo, dem kleinen Elefanten mit den großen Ohren? Die großen Ohren erweisen sich zunächst als Schwäche und werden ihm anfangs zum Verhängnis. Er stolpert ständig über seine großen, tief herunterhängenden Ohren, sodass er nur noch als Attraktion in einer Clownnummer im Zirkus eingesetzt wird. Er fristet fortan ein tristes Dasein. Aber Dumbo schafft es, aus seiner Schwäche eine Stärke zu machen: Während einer Zirkusaufführung schafft er es dank seiner großen Ohren, zu fliegen. Aus Dumbo, dem einstigen Gespött, wird so der Star der Manege.

(Dr. Jörg Meuthen)

Sie, liebe Regierungsdarsteller, haben auch so Ihre Schwächen.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Nur schaffen Sie es im Gegensatz zu Dumbo nicht, aus Ihren Schwächen Stärken zu machen. Das ist das Problem.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Im Gegenteil: Ihre Schwäche, nämlich dass Sie nicht solide Haushalte – und das ist eine zentrale Schwäche, die Sie haben: die mangelnde Sicherung der Zukunft und das fehlende Stärken des Zusammenhalts –, bleibt eine Schwäche. Der vorgelegte Haushaltsplan mit seinen falschen Prioritätensetzungen, die das Kernproblem dieses Haushalts sind, ist der beste Beweis dafür. Sie schaffen es nicht, wie Dumbo hoch hinaus zu fliegen, sondern legen, wie erwartet, eine schmerzhaft haushaltspolitische Bruchlandung hin,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und das bereits mit Ihrem ersten Haushaltsentwurf,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist nicht der erste!)

überdies in fiskalisch goldener Zeit. Mit Verlaub, Frau Ministerin – ich komme zum Ende –: Bereits Ihr erster Haushaltsentwurf ist in dieser fiskalischen Lage ein Armutszeugnis. Nicht auszumalen, was das erst heißen wird, wenn die Lage einmal rauer wird. Und seien Sie sicher: Das wird sie.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Gott sei Dank ist es vorbei! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von den Regierungsfractionen haben wir heute in der Aussprache zum Landeshaushalt sicherlich das bekommen, was wir erwartet hatten,

(Zuruf von der AfD: Nichts!)

nämlich eine Rede fürs Schaufenster, die sich ganz wesentlich auf Überschriften konzentriert und es bei diesen auch belässt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte deswegen versuchen, einige Punkte etwas konkreter zu beleuchten, denn im Konkreten werden wir die Schwächen dieses Haushalts erkennen können.

Ich möchte mit einem Zitat von Ferdinand Lassalle beginnen:

*Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.*

Deswegen müssen wir uns einmal damit beschäftigen, Frau Finanzministerin, was ist. Was ist die finanzpolitische Herausforderung, die Sie in der vergangenen Woche hier im Landtag angesprochen haben? Sie haben von einem strukturellen Defizit in Höhe von 2,8 Milliarden € für das Jahr 2020 gesprochen – gemäß der mittelfristigen Finanzplanung der alten Landesregierung, die ziemlich genau ein Jahr alt ist.

Zu dieser mittelfristigen Finanzplanung möchte ich nur am Rande erwähnen, dass sie von den damaligen Regierungspartnern Grüne und SPD unisono und in großer Überzeugung von der Richtigkeit verabschiedet wurde. Wenn Sie hier den Eindruck erwecken – das passiert durch Sie selbst, durch Ihre Staatssekretärin und manche Redner der grünen Fraktion –, als hätten Sie in den letzten fünf Jahren hier nicht mitregiert, dann – das muss ich sagen – ist das nicht nur Heuchelei, sondern aus meiner Sicht auch eine Frage des Charakters, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Diese Finanzplanung gab den Stand Ende 2015 wieder; das muss sie nämlich auch. Zu diesem Zeitpunkt sind viele Menschen nach Baden-Württemberg geflohen. Das heißt, die Finanzplanung musste Aufwendungen für die hohe Zahl von Flüchtlingen – auch für das Jahr 2016 und die folgenden Jahre – einpreisen. Dies war eine Finanzplanung auf der Basis der Steuerschätzung vom November 2015, die sich mittlerweile – das haben Sie gemerkt – verändert hat, eine Finanzplanung, die für 2018 ein Defizit von 2,3 Milliarden € und für 2020 ein Defizit von 2,8 Milliarden € vorsah.

Herr Kollege Reinhart – da darf ich Sie direkt ansprechen –, Sie haben den Eindruck erweckt, dass das das Ergebnis von unsolidem Wirtschaften sei. Sie haben gesagt, dass die Zahlungen für die Unterbringung von Flüchtlingen auf 2,2 Milliarden € gestiegen sind und sich damit quasi verachtfacht haben. Ich glaube, sogar Ihre Fantasie reicht aus, um herauszufinden, warum in der alten mittelfristigen Finanzplanung ein solches Defizit entstanden war.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Aber diese Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit im Dezember 2016 zu tun. Bei den Flüchtlingszahlen haben wir einen deutlichen Rückgang. Wir wissen heute, dass wir in diesem Bereich mindestens 1 Milliarde € weniger brauchen als geplant. Die aktuelle Steuerschätzung prognostiziert Steuermehreinnahmen von durchschnittlich 1,1 Milliarden €, und zwar netto, also nach Länderfinanzausgleich und kommunalem Finanzausgleich. Auch die Zinsausgaben fallen wesentlich niedriger aus.

Hinzu kommt – auch das für die neuen Kolleginnen und Kollegen vielleicht noch einmal als Merkposten –: Wir hatten in den letzten zehn Jahren am Ende eines Jahres immer einen erheblichen Kassenüberschuss. Die Istzahlen sind also in jedem Jahr deutlich besser als die Sollzahlen. Dabei geht es im Durchschnitt um einen Betrag von rund 1 Milliarde €, im Haushaltsjahr 2015 gar von 1,6 Milliarden €. Darüber können wir uns freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Andreas Stoch)

Eine große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist. Also sollten wir sagen: Dieser Haushalt in Baden-Württemberg ist in einer guten Verfassung. Es gibt keine Deckungslücke mehr im Haushalt des Landes Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist die Wahrheit im Dezember 2016.

(Beifall bei der SPD)

Diese Wahrheit existiert deswegen, weil hier in den letzten fünf Jahren – auch dank einer SPD-Finanzpolitik – solide gewirtschaftet wurde.

(Oh-Rufe von den Grünen – Zuruf von der AfD: Eijejei! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Steile These!)

Für den Fall, dass dieser Eindruck hier erweckt werden sollte: Es ist nicht so, dass das Sanieren jetzt auf einmal ein Schluss der Weisheit der grün-schwarzen Landesregierung gewesen wäre. Wir, die SPD – insbesondere auch Finanzminister Schmid –, haben in unserer Regierungszeit immer gesagt: Es geht um die Wahrung des Dreiklangs, der aus Investieren, Sanieren und Konsolidieren besteht.

(Zuruf: Genau! – Abg. Anton Baron AfD: Deswegen geht er in den Bundestag!)

Das ist solide und verantwortliche Haushaltspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir sollten uns – das ist richtig – auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Denn es gibt Risiken: Die Zinsen können steigen, die Konjunktur kann an Fahrt verlieren, und es können auch wieder mehr Flüchtlinge Schutz in unserem Land suchen. Aber mit finanziellen Reserven von 4,4 Milliarden € Ende 2015 und noch deutlich über 3 Milliarden € Ende dieses Jahres sind wir auch dafür gewappnet.

Ich kann Ihnen, Frau Finanzministerin, deswegen nur dazu raten: Erzählen Sie den Menschen nicht weiter zur Rechtfertigung Ihres Tuns das Märchen von der strukturellen Deckungslücke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Märchen haben wir aus der letzten Legislaturperiode übernommen!)

Denn dann brauchen Sie den Menschen auch nicht das Märchen zu erzählen, dass diese Regierung aus eigenen Verdiensten einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt.

(Beifall bei der SPD)

Genau hier liegt das Problem – das haben wir heute in den Reden von Herrn Schwarz und Herrn Reinhart und auch letzte Woche in Ihrer Rede, Frau Finanzministerin, vorgefunden –: Sie sagen nicht, was ist. Denn es geht Ihnen nicht in erster Linie um verantwortliche Gestaltung von Politik, sondern um die Inszenierung von Politik. Sie wollen als harte Saniererin gesehen werden. Sie brauchen eine solche grüne Dramaturgie, um Ihre Macht zu erhalten.

(Lachen der Ministerin Edith Sitzmann)

In dieser Dramaturgie – gestatten Sie mir diesen Hinweis – spielt das Wohl des Landes nur eine nachgeordnete Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Am Beispiel der Städte und Gemeinden können wir das hervorragend nachweisen. Sie machen nämlich Druck auf andere, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Sie sprechen aus Erfahrung!)

Vielleicht gehört dies ja auch zum kleingeistigen Teil des politischen Geschäfts; ich weiß es nicht. Ich halte es da eher mit Ferdinand Lassalle. In der Haushaltsordnung steht es eindeutig;

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

dort ist von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit die Rede.

Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsste es viel eher heißen: Tricksen, Tarnen und Täuschen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das erste Täuschungsmanöver – das, was das strukturelle Defizit angeht – habe ich Ihnen, glaube ich, bereits dargelegt: Die von Ihnen verwendeten Zahlen sind völlig veraltet.

Aber wir können auch über weitere Täuschungsmanöver sprechen. Sie, Frau Ministerin, haben noch in der vergangenen Woche davon gesprochen, dass alle Ressorts, um dieses angebliche Loch zu stopfen, diese Deckungslücke zu schließen, insgesamt 370 Millionen € strukturell einsparen. Im Oktober 2016 verkündeten Sie Vollzug, und in Ihrer Pressemitteilung vom 25. Oktober 2016 hieß es:

*In den Ressorts werden im kommenden Jahr 370 Millionen € strukturell eingespart ...*

Ja, es gibt echte strukturelle Einsparungen, z. B. im Bildungsbereich. Im Bildungsetat werden Lehrerstellen gestrichen, und im Wissenschaftsbereich wollen Sie nicht Ausgaben kürzen, sondern im weltweiten Baden-Württemberg ausländische Studierende abkassieren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist genau der falsche Weg für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir wollen uns ja mit den Daten und Fakten beschäftigen. Wie ist es also mit den 370 Millionen € genau? Mein Kollege Peter Hofelich wollte das genauer wissen und hat hierzu eine Anfrage an das Ministerium gestellt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Kleine Anfrage!)

Er hat bereits im November die eigentlich simple Frage gestellt, in welchen Ressorts und auf welche Weise strukturell 370 Millionen € eingespart werden. Das Ergebnis der Anfrage war interessant: Die Landesregierung bat um eine Verlängerung der dreiwöchigen Antwortfrist.

(Lachen bei der SPD)

(Andreas Stoch)

Das Finanzministerium brauche nicht drei und nicht vier, nein, acht Wochen Zeit, um dem Parlament zu sagen, wie das eigentlich ist, was man schon im Juli verkündet hat.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ach nee! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Frau Ministerin, dieses Ersuchen um eine Fristverlängerung zeigt, dass es hier um Politikmarketing und nicht wirklich um Politik geht.

(Beifall bei der SPD)

Gestern Abend haben Sie uns nun Ihre Liste zugeschickt. Mir war dann auch klar, warum diese Liste erst so kurzfristig vor dem heutigen Tag kam. Ich darf Ihnen ein paar Beispiele für die strukturellen Einsparmaßnahmen dieser Landesregierung nennen: 86 Millionen € weniger bei den Zinsausgaben – ein großes „Verdienst“ dieser Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

45 Millionen € kürzen Sie bei der Förderung der Kleinkindbetreuung im FAG. Aber kürzen Sie diese Mittel tatsächlich? Denn der Sollansatz steigt von 795 Millionen € im Jahr 2016 auf 810 Millionen € im Jahr 2017. Wahrscheinlich passen Sie auch hier einfach nur die erfundenen, zu hohen Planansätze der Ausgabenwirklichkeit an.

14 Millionen € holen Sie angeblich bei Energiebewirtschaftungskosten,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer hat das denn erfunden?)

die Sie für 2017 mit 110 Millionen € veranschlagen, obwohl es im Jahr 2015 nur 93 Millionen € waren. Strukturelle Einsparungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind das nicht. Das ist Spiegelfechterei.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wer war denn damals Minister? – Gegenruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ich weiß nicht! Ist schon so lange her!)

Dann finden wir noch die üblichen Verdächtigen in der Haushaltsplanung, eine globale Minderausgabe von 74 Millionen €. Frau Finanzministerin, wer da davon spricht, dass man aus eigenem Verdienst jetzt einen ausgeglichenen Haushalt produziert, der täuscht die Öffentlichkeit. Das, was Sie betreiben, ist im besten Fall Bilanzkosmetik.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aber ich halte diese Trickserie, dieses Täuschungsmanöver für das Weitreichendste. So, wie Sie mit der Schuldenbremse umgehen, hat sich das bisher noch niemand getraut.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Oh!)

Viele, insbesondere aufseiten der CDU, haben vielleicht noch gar nicht gemerkt, was die Folge Ihrer Handlungsweise zur Änderung der Verwaltungsvorschrift zu § 18 LHO ist. Sie, die CDU, haben im Jahr 2012 noch vollmundig kritisiert, dass die Landeshaushaltsordnung in der damaligen Fassung, nämlich

gerade mit diesem § 18, zu lasch sei. Sie haben damals gefordert, dass man sehr viel ambitionierter an dieses Ziel herangehen müsse.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Also!)

Herr Ministerpräsident, ich halte das, was jetzt mit der Änderung der Verwaltungsvorschrift zu § 18 LHO gemacht wird, für einen kapitalen finanzpolitischen Fehler,

(Beifall des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

weil es ein Einstieg in eine finanzpolitische Unverantwortlichkeit ist, die in späteren Jahren für Baden-Württemberg noch schwere Auswirkungen haben wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Denn was tun Sie an dieser Stelle? Durch das Umetikettieren von Sanierungsmaßnahmen als Abbau von impliziten Schulden höhlen Sie das Instrument der Schuldenbremse von innen aus. Das heißt, wenn Sie darauf „Schuldenbremse“ schreiben, dann können Sie damit irgendwann nicht mehr ernst genommen werden. Das gilt ausgerechnet für die CDU, die sich ja immer als Hüterin der Schuldenbremse bezeichnet hat, die sogar so weit ging, für sich zu reklamieren – damals war es Herr Hauk als Fraktionsvorsitzender –, die Schuldenbremse quasi erfunden zu haben.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Haben wir gemacht!)

All diese Lippenbekenntnisse werden nun ad absurdum geführt. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wer dies tut, braucht in Zukunft nicht mehr von der Einhaltung der Schuldenbremse zu reden, sondern ist Teil einer Politinszenierung, die für die nachfolgenden Generationen in Baden-Württemberg unverantwortlich ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Nicht dass wir uns falsch verstehen: Ich habe Ihnen vorhin etwas von dem Dreiklang aus Investieren, Konsolidieren und Sanieren gesagt. Wir sind nicht der Meinung, dass das Land nicht in die Sanierung gehen sollte. Wir sind aber der Meinung – und genau diesen Fall trifft § 18 der Landeshaushaltsordnung –, dass, wenn die Einnahmen exorbitant gut sind, sowohl in die Sanierung gegangen werden kann als auch gleichzeitig in die Schuldentilgung; konkret sollte für das kommende Jahr mit 300 Millionen € in die Schuldentilgung gegangen werden. Aber keinen müden Euro an Schulden tilgen Sie tatsächlich, Herr Hauk und Herr Reinhart. Wo ist denn jetzt die CDU als Hüterin der Schuldenbremse? Jetzt, da es ernst wird, schlagen Sie sich in die Büsche.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Herr Hauk hat ja im Rahmen der Nebenabsprachen – wir wissen es – 20 Millionen € mehr für das ELR bekommen. Lassen sich die Erfinder der Schuldenbremse tatsächlich mit so wenig Schweigegeld mundtot machen? Das ist ein Armutszeugnis, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Andreas Stoch)

Es kommt aber noch besser. Wenn man nämlich genauer hinschaut, dann stellt man fest, was alles implizite Schulden sind. Denn die selbst ernannten Erfinder der Schuldenbremse tilgen nicht nur keine Schulden – selbst wenn die Steuereinnahmen so hoch sind, dass wir gesetzlich dazu verpflichtet sind, Schulden zu tilgen. Nein, damit Ihr rechtswidriges Verhalten überhaupt möglich wird, tricksen Sie bei der Verwaltungsvorschrift zu § 18 und deklarieren z. B. die 123 Millionen €, die Sie für auflaufende Verluste bei der NECKARPRI zurücklegen, als Schuldentilgung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Meine Güte!)

Sie bezeichnen das als Tilgung impliziter Schulden. Wir erinnern uns an den EnBW-Deal von CDU und FDP/DVP, das „Geschäft der schwäbischen Hausfrau“.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Das Stopfen von schwarzen Löchern als Schuldentilgung zu deklarieren ist grotesk, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Heinrich Kuhn AfD und Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Lassen Sie mich neben der Konsolidierungslücke, der Lücke im Haushalt, der Frage der Einsparung zu einem weiteren Täuschungsmanöver kommen, nämlich den Geheimabsprachen von Grünen und CDU. Weil Ihre Politinszenierung ja glaubwürdig sein soll, erklären Sie gleich zu Beginn in Ihrer Koalitionsvereinbarung machtvoll:

*Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.*

Das klingt ambitioniert. Am gleichen Tag aber, an dem Sie öffentlich auf einer Pressekonferenz Ihren Koalitionsvertrag präsentieren, unterschreiben Sie, Herr Ministerpräsident, und ein paar wenige Auserwählte eine geheime Zusatzvereinbarung, in der es im ersten Satz ausdrücklich heißt – ich zitiere wörtlich –:

*Es wird in der Nebenabrede eine Liste mit vom Haushaltsvorbehalt ausgenommenen Mehrbedarfen beigelegt.*

(Zuruf von der FDP/DVP: Hört, hört!)

Dann werden in der Folge strukturelle Mehrausgaben von 754 Millionen € aufgelistet. Zusammen mit den strukturellen Mehrausgaben aus dem Dritten Nachtrag macht dies dann schlappe 800 Millionen €. Frau Ministerin Sitzmann, wie passt denn das mit einem angeblichen strukturellen Defizit von 2,8 Milliarden € zusammen?

(Zuruf der Ministerin Edith Sitzmann)

Wenn die Lage so dramatisch ist, wie Sie behaupten, wie können Sie sich dann Mehrausgaben in dieser Höhe genehmigen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Das passt doch vorn und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Vielleicht passt es aber doch irgendwie zusammen. Denn in Wahrheit wissen Sie ja, dass die strukturelle Deckungslücke in dem Maß, wie Sie es behaupten, nicht existiert und längst geschlossen ist. Sie brauchen aber zusätzliches Geld, um Ihre strukturellen Mehrausgaben, die Sie sich ja in die Hand versprochen haben, überhaupt erst mal finanzieren zu können.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Wo holen Sie sich das Geld dafür her? Sie holen es sich aus dem Bildungsbereich, und Sie holen es sich bei den Kommunen, und da wird auch die Öffentlichkeit getäuscht.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden bei den Kommunen von 200 Millionen €. Es sind aber tatsächlich – das sieht man beim Blick in den Haushalt und auf die komplizierte Systematik im Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen – 321 Millionen €, die Sie dort kürzen.

Der Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes liegt jetzt auch vor. Das heißt, man kann es schwarz auf weiß nachlesen. Er steht heute auch auf der Tagesordnung. Lesen Sie es nach. Die Kürzungen zulasten der Kommunen über die sogenannte Vorwegentnahme sollen nach dem Willen von Grünen und CDU mit 861 Millionen € einen Rekordwert erreichen, einen Wert, der um exakt 321 Millionen € über dem Niveau des Jahres 2016 liegt. 321 Millionen €, das sind fast 30 € pro Einwohner.

Herr Kollege Reinhart, wenn Sie hier ernsthaft behaupten, die Kommunen würden von der Landesregierung gestärkt,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lächerlich! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU – Weitere Zurufe von der SPD)

dann handelt es sich schlicht um eine Negierung der Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir uns den nächsten Betrag vor, den Sie auch genannt haben. Frau Finanzministerin, Sie behaupten, die Kommunen bekämen vom Land 160 Millionen € jährlich für die Integrationsarbeit vor Ort. Auch das ist falsch. 70 Millionen € gibt es in der Tat – vom Sozialministerium auf Antrag. Diese 70 Millionen € stammen aber nicht vom Land; sie stammen vielmehr vom Bund.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Der Bund gibt dem Land jedoch nicht nur 70 Millionen €, sondern sogar 200 Millionen €. Deswegen frage ich Sie: Wollen Sie ernsthaft vor die Menschen treten und sagen, es sei eine Leistung dieser Landesregierung, die Kommunen bei der Integration zu unterstützen?

Woher kommen die verbliebenen 90 Millionen € der verkündeten 160 Millionen €? Auch die kommen nicht vom Land. Die kommen von den Kommunen selbst. Sie werden aus der allgemeinen Finanzausgleichsmasse der Kommunen entnommen, um sie dann nach der Flüchtlingszahl zu verteilen und nicht nach der Finanzkraft. Es handelt sich daher nur um ei-

(Andreas Stoch)

ne andere Verteilung kommunalen Geldes, nicht um zusätzliche Mittel vom Land. Auch hier wurde zulasten von Städten, Gemeinden und Landkreisen getrickst, getarnt, getäuscht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Wenn wir von den Städten, den Gemeinden und den Landkreisen im Land sprechen, dann spreche ich von dem, was unser Land im Kern ausmacht. Baden-Württemberg ist wie kaum ein anderes Bundesland seit Jahrhunderten von selbstbewussten, starken Städten und Gemeinden geprägt. Viele von ihnen waren früher einmal Freie Reichsstädte mit einer Bürgerschaft, die Verantwortung für ihr Gemeinwesen übernimmt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist aber schon lange her, Andi!)

Heute sind wir stolz auf die Flächenstärke von Baden-Württemberg, die Sie aber mit dieser Politik riskieren. Auch in den kleineren Gemeinden wird sozialer Zusammenhalt gelebt. Wir alle wissen es: Wenn es um die Lösung der großen Aufgaben unserer Zeit geht, wenn es um das Organisieren des Zusammenhalts von Gesellschaft geht, dann sind heute – gerade heute – unsere Städte und Gemeinden und unsere Landkreise gefordert.

Herr Ministerpräsident, auf Bundesebene verstehen Sie sich als Verfechter der föderalen Staatsordnung. Sie wettern gegen goldene Zügel und wollten noch nicht einmal Geld des Bundes für marode Schulgebäude annehmen. Aber, Herr Ministerpräsident: Im Verhältnis zum Bund die goldenen Zügel zu kritisieren, aber im Land, im Verhältnis zu den Städten und Gemeinden, diese goldenen Zügel immer stärker anzuziehen und gleichzeitig die Finanzierungsbasis der Kommunen zu schwächen, das passt hinten und vorn nicht zusammen, und das passt auch nicht zu einem Land wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Jörg Meuthen und Anton Baron AfD)

Sie betrachten die Gemeinden ja auch nicht wirklich als Gesprächspartner auf Augenhöhe. Sie sagen ihnen: „Gekürzt wird auf jeden Fall. Ihr dürft jetzt nur noch mitreden, wie gekürzt wird.“

Ihr Blick auf die Kommunen ist aus meiner Sicht auch ein Zerrbild sondergleichen. Sie haben z. B. noch nicht verstanden, dass die Kommunen zwar, was die Einnahmen angeht, gut dastehen, aber dafür ein veritables Ausgabenproblem haben. Die Ausgaben galoppieren ihnen nämlich davon.

Wenn Sie die Finanzierungssalden von Land und Kommunen vergleichen, blenden Sie dabei völlig aus, dass die kommunalen Haushalte von den Regierungspräsidien genehmigt werden müssen. Die politischen Rahmenbedingungen sind also zwischen dem Land und den Kommunen überhaupt nicht vergleichbar. Zumindest die Grünen in dieser Landesregierung sind meilenweit von der kommunalen Wirklichkeit entfernt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach woher!)

Deshalb ist es kein Zufall, dass der Freiburger Oberbürgermeister über die Arbeit dieser Landesregierung im Verhältnis zu den Kommunen entsetzt ist.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch! Er hat uns gelobt!)

Und nur, weil ja hier im Haus auch öfter Geschichtsklitterung betrieben wird: Wir, die SPD, haben in der Vergangenheit – in den letzten fünf Jahren – als Regierungspartei, als Kommunalpartei die Leistungen des Landes an die Kommunen um 70 % ausgeweitet. Die Vorwegentnahme wurde kontinuierlich abgebaut: Von 708 Millionen € im Jahr 2011 sank sie auf 540 Millionen € im Jahr 2016.

Was macht die grün-schwarze Landesregierung? Sie verlässt diesen kommunalfreundlichen Kurs der vergangenen Jahre. Jetzt wird die Vorwegentnahme in einem Schritt auf 861 Millionen € erhöht. Grün-Schwarz finanziert damit die Mehrausgaben mit Kürzungen bei Städten, Gemeinden und Landkreisen. Das ist der völlig falsche Weg für Baden-Württemberg; er ist eine Belastung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Deswegen möchte ich Ihnen ein paar Beispiele nennen, warum die Kommunen heute eine besondere Unterstützung brauchen. Ihr kommunalfeindlicher Kurs ist falsch,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er ist kommunalfreundlich!)

weil er nicht zum Baden-Württemberg der Städte und Gemeinden passt, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

Ihr kommunalfeindlicher Kurs ist auch deswegen falsch, weil der soziale Zusammenhalt genau in Städten und Gemeinden entsteht oder eben nicht entsteht.

Sozialer Zusammenhalt entsteht insbesondere dann – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Kollegen!

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Das ist mir klar. – Sozialer Zusammenhalt entsteht beispielsweise dann, wenn in meinem Wahlkreis in Heidenheim eine alte Arbeitersiedlung saniert wird und die Mieten nach der Modernisierung deshalb noch bezahlbar sind, weil Stadt, Land und der Bund Gelder investieren. Er entsteht dann, wenn die Stadt Mannheim Kulturprojekte für gelingende soziale Integration von Migranten bereitstellt, oder eben dann, wenn sich die Gemeinden wieder Schulsozialarbeiter leisten können.

Deswegen setzen wir, die Sozialdemokraten, uns für starke Städte und Gemeinden ein. Deswegen ist es auch so wichtig, dass die SPD in Berlin 5 Milliarden € für die Kommunen durchgesetzt hat; denn von diesem Paket profitieren die Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg ab 2018 mit rund 600 Millionen €. Sie, meine Damen und Her-

(Andreas Stoch)

ren von der CDU und den Grünen, konterkarieren diese Politik, indem Sie den Kommunen einen großen Teil dieser Entlastung wieder wegnehmen. Das ist der falsche Weg. Wir sollten gerade jetzt die Städte und Gemeinden in unserem Land stärken und nicht schwächen.

(Beifall bei der SPD)

Was die politischen Schwerpunkte angeht, macht es eben doch einen Unterschied, ob die SPD regiert oder nicht. Bei den Kommunen ist der Unterschied sehr genau zu benennen. Wir haben die Vorwegentnahme um 90 Millionen € reduziert, CDU und Grüne erhöhen sie um 321 Millionen €. Das macht genau 400 Millionen € Unterschied.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch gerechnet!)

Auch in der Bildungspolitik macht es einen großen Unterschied, ob die SPD regiert oder ob sie nicht regiert. Denn das Damoklesschwert des massiven Stellenabbaus hängt ja über dem Schulbereich. Spätestens seit der Verkündung des Streichens von 11 600 Lehrerstellen in der letzten Legislaturperiode kennen wir diese Diskussion zur Genüge. Die SPD konnte hier in den vergangenen Jahren das Schlimmste verhindern.

(Vereinzelt Lachen bei den Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die 11 000 habt ihr nicht mitgerechnet!)

Ihnen, Frau Eisenmann, ist das leider im Vorfeld der Haushaltsberatungen nicht mehr gelungen. 1 074 Lehrerstellen werden zum nächsten Schuljahr gestrichen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen und vor allem Herr Kollege Schwarz, wenn Sie 700 Stellen mehr reingeben, gleichzeitig aber 1 074 Stellen rausnehmen – ganz unabhängig von der Frage, wie die Stellen verwendet werden –, und dann von der Stärkung von Bildung sprechen, ist das gelebter Zynismus im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr und Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Denn was passiert denn, wenn – angeblich – die zusätzlichen Fördermöglichkeiten z. B. an der Realschule durch Erhöhung der Poolstunden verbessert werden, aber gleichzeitig die Grundversorgung mit Unterricht nicht mehr gewährleistet ist? Wenn im nächsten Schuljahr bei sogar leicht steigenden Schülerzahlen zu befürchten ist, dass die Grundschulen in eine starke Unterversorgung fallen werden, dann kommt es nämlich tatsächlich auf den Anfang an. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, man sollte etwas anderes meinen, wenn man diese Politik von Grünen und CDU sieht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Unterrichtsausfall wird wieder zunehmen. Wie Sie mit weniger Lehrern bei mehr Schülern die Qualität im Unterricht steigern wollen bei gleichzeitigem Ausbau von weiteren Ganztagschulen, bei erfolgreicher Umsetzung der Inklusion und bei dem Anspruch, besser individuell fördern zu wollen, das müssen Sie mir dann in einer ruhigen Stunde einmal erklären. Sie werden jedenfalls mit dieser Rechenkunst die Schulen in Baden-Württemberg nicht besser machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang, weil es Kollege Reinhart vorhin auch wieder angesprochen hat, möchte ich schon noch einen Satz zur mittelfristigen Finanzplanung sagen. Frau Kollegin Eisenmann, auch Sie haben in Ihrer Rede hier im Landtag bereits einmal die mittelfristige Finanzplanung bemüht. Um es Ihnen vielleicht einfacher zu machen, darf ich ein Bild aus dem Fußball – das ist ja sehr populär – verwenden. Manche kennen vielleicht den Satz des legendären Trainers von Rot-Weiß Oberhausen, Adi Preißler:

(Zurufe von der SPD: Ah! – Abg. Dr. Jörg Meuthen  
AfD: Ja! Das ist gut!)

*Grau is alle Theorie – entscheidend is auf'm Platz.*

Der Platz, Frau Eisenmann, sind die Haushaltsberatungen. Da entscheidet es sich nämlich, was für die Bildung getan wird und was nicht. Die mittelfristige Finanzplanung ist in den Worten von Adi Preißler zunächst einmal die graue Theorie. Hier werden z. B. nur Investitionen berücksichtigt, die im letzten Nachtragsetat bereits beschlossen wurden, und das trifft für vieles nicht zu.

Deshalb, Frau Ministerin: Entscheidend ist „auf'm Platz“, und auf diesem Platz haben Sie leider nichts erreicht. Lassen Sie es mich so sagen: Als Sie eingewechselt wurden, stand es 2 : 0 für das Bildungsteam gegen den Ministerpräsidenten bzw. die Finanzministerin. Die von Ihnen so gefeierten zusätzlichen Stellen – wir haben es vorhin wieder gehört: 320 Stellen zum Ausbau der Studentafel an den Grundschulen für Mathematik und Deutsch – waren Entscheidungen der Vorgängerregierung.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

Die von Ihnen so gefeierten zusätzlichen Stunden fürs Gymnasium – 111 Deputate – waren eine Entscheidung der Vorgängerregierung. Das heißt, wenn wir so wollen: Sie sind mit einem 2 : 0 auf den Platz gegangen.

So, und jetzt kommen Sie auf den Platz. Die Haushaltsgespräche laufen, und Sie kassieren ein Tor nach dem anderen. Insgesamt 1 074 Stellen werden im Kultusetat gestrichen, um eine Deckungslücke zu schließen, die es – wir haben es vorhin gehört – gar nicht gibt. Es steht nur noch 2 : 1.

Von den 320 neuen Stellen für die Grundschulen, die Sie offensichtlich begrüßen und die schon längst beschlossen wurden, wird die Hälfte wieder gestrichen, und die andere Hälfte müssen Sie durch Umschichtung aus anderen Bereichen Ihres Etats finanzieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 2 : 2!)

Ausgleich der Finanzer! Es steht 2 : 2.

(Zuruf: Genau!)

In der letzten Woche haben wir erfahren – jetzt kommen wir wieder zu Ihren großen Überschriften vom Digitalisierungsland Baden-Württemberg –, dass von der Informatikoffensive, die der Ministerpräsident noch im November letzten Jahres verkündet hat, fast nichts mehr übrig bleibt: nur noch 60 Deputate. Informatik wird nur an den Gymnasien eingeführt. Die entsprechenden Arbeitsgruppen im Landesinstitut für

(Andreas Stoch)

Schulentwicklung für die anderen Schularten werden kurzerhand abgeschafft.

Wer so mit der Zukunft des Landes Baden-Württemberg umgeht, liebe Kolleginnen und Kollegen, der geht unverantwortlich mit diesem Land um.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!)

Wir brauchen gute Bildung. Wir brauchen Bildung für Digitalisierung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das heißt, das Spiel ist fast aus, und es steht jetzt 2 : 3. Die Financer liegen vorn. Es geht in die Nachspielzeit, die noch bis zur dritten Lesung geht, meine Damen und Herren.

(Zurufe der Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich kann Ihnen deswegen nur empfehlen: Stimmen Sie den Änderungsanträgen der Bildungsmannschaft der SPD zu! Baden-Württemberg bleibt nur dann stark, wenn wir für Bildung an der richtigen Stelle mehr und nicht weniger investieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es macht eben auch für das weltoffene Wissenschaftsland Baden-Württemberg einen Unterschied, ob die SPD regiert oder nicht. CDU und Grüne wollen nämlich Geld von ausländischen Studierenden kasieren, so eine Art Ausländermaut an den Hochschulen.

(Zurufe von der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Grünen-Fraktion, vielleicht könnten Sie mir einmal in einer ruhigen Minute erklären, wie die Ausländermaut an den Hochschulen zu Ihren Bekenntnissen für ein weltoffenes Baden-Württemberg passen soll.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Machen wir!)

Wir Sozialdemokraten verstehen unser Land als weltoffenes Bundesland, das gerade davon lebt, dass Menschen aus anderen Ländern hierherkommen, hier lernen, an unseren Hochschulen studieren, hier bleiben, um zusätzlich zur Wirtschaftskraft des Landes beizutragen, oder in ihre Heimatländer zurückkehren und dort wichtige Ansprechpartner für unsere Wirtschaft sind. Wie das mit Ihren Konzepten einer Studiengebühr für ausländische Studierende in Einklang gebracht werden soll, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt mir beim besten Willen verschlossen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Uns auch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen liegt die Zukunft unseres Landes – damit möchte ich das Thema Bildung abschließen – in den besten Bildungschancen, die wir allen Kindern, Jugendlichen, aber auch den Erwachsenen in Kitas, Schulen und Hochschulen, aber auch in der dualen Ausbildung bieten können.

Aber Baden-Württemberg ist aus unserer Sicht gerade deshalb ein starkes Land, weil hoch motivierte und bestens ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Kapital unserer Wirtschaft sind. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Sie können es sich gern noch einmal anschauen – sind in Ihrer Rede, Frau Sitzmann, nicht vorgekommen. Zumindest kann ich mich nicht daran erinnern.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das ist auch kein Wunder. Denn Sie haben nichts Besseres zu tun, als ausgerechnet jetzt, da z. B. die Automobilindustrie in einer Umbruchphase steckt, die sich gewaschen hat, das Recht auf Weiterbildung infrage zu stellen. Was für eine Fehleinschätzung, und was für eine Ignoranz gegenüber den Gewerkschaften, gegenüber vielen Betriebsräten und gegenüber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Land! Wir brauchen doch gerade mehr Weiterbildung und nicht weniger Weiterbildung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Denn eines steht doch fest: Mit künstlicher Intelligenz allein werden wir Baden-Württemberg nicht in eine gute Zukunft führen. Wir brauchen und wir wollen auch noch Menschen, die im realen Wirtschaftsleben ihr Bestes geben und die letztlich auch Profiteure dieser Entwicklung sein müssen. Deswegen müssen diese Menschen bestens ausgebildet sein, und dafür haben sie auch die besten Chancen auf Weiterbildung verdient. Die Gestaltung der Arbeitswelt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss ein Topthema dieser Landesregierung sein. Nur: Grüne und CDU haben das überhaupt noch nicht erkannt.

(Beifall bei der SPD)

Basis unseres Wohlstands ist natürlich auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Wir haben deshalb in unserer Regierungszeit mit dafür gesorgt, dass die Mittel für den Straßenerhalt – Verkehrsminister Hermann wird das bestätigen – deutlich erhöht worden sind. Wir haben dies noch zu Oppositionszeiten zum Thema gemacht und die Erhaltungsmittel auch bei Landesstraßen auf 120 Millionen € erhöht – Minister Hermann erinnert sich –, denn unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung wurden lediglich 40 Millionen € in die Sanierung gesteckt.

Herr Kollege Meuthen, Sie haben vorhin das Thema Sanierungsstau angesprochen. Er ist durch eine Verdreifachung der Sanierungsmittel allein im Straßenbereich in der Tat bereits ab 2011 angegangen worden. Aber in diesem Bereich war eine solche Hypothek aufgelaufen, dass wir heute immer noch einen erheblichen Stau haben.

Um Baden-Württemberg zum Mobilitätsland zu machen bzw. Mobilität für alle zu gewährleisten, muss jetzt nach unserer Auffassung eine Investitionsoffensive für den ÖPNV folgen. Denn wer mit offenen Augen durch unser Land – vor allem durch unsere Städte – fährt, wird feststellen, dass wir es immer häufiger mit chaotischen Verkehrsverhältnissen und überlasteten Straßen zu tun haben.

Die Oberbürgermeister einiger größerer Städte haben sich deshalb mit einem Brief an Sie, Herr Ministerpräsident, gewandt, weil sie dringend mehr Landesunterstützung für den ÖPNV



(Andreas Stoch)

brauchen. Aber auch hier ist der Haushaltsentwurf – trotz aller Reden hier im Parlament – eine einzige Enttäuschung.

Wir, die SPD-Fraktion, werden hier einen deutlichen Akzent setzen – das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig –, damit der Verkehr besser läuft, als dies derzeit der Fall ist.

Wenn wir dann irgendwann womöglich über Fahrverbote diskutieren müssen, darf Mobilität nicht zur neuen sozialen Frage werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg – unabhängig von ihren Einkommensverhältnissen – mobil bleiben, und es darf nicht eine Frage des Geldes sein, ob sich jemand ein neues schadstoffarmes Auto leisten kann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Emil Sänze AfD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege Zimmermann, wenn Sie schon auf meinem Abgeordnetenplatz sitzen, dann benehmen Sie sich auch entsprechend.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich war 16 Jahre auf den hinteren Rängen!)

Bitte, Herr Kollege, fahren Sie fort.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Herr Präsident, ich hätte es nicht schöner sagen können. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auch deshalb mit dem Auto zur Arbeit unterwegs, weil sie sich das Wohnen in unseren Städten nicht mehr leisten können. Aus Stuttgart ziehen so viele Familien mit Kindern fort wie seit 20 Jahren nicht mehr – häufig eben deswegen, weil sie sich auch bei ordentlichem Einkommen eine Wohnung in der Stadt nicht mehr leisten können.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Frau Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut – sie ist jetzt leider gerade nicht da – verantwortet ja die Wohnungspolitik im Land. Sie hat eine Initiative von Nils Schmid fortgesetzt und die Gespräche in der Wohnraum-Allianz fortgeführt. Das fanden wir zunächst richtig und gut. Wir fanden es auch gut, dass Sie zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau angekündigt hatten. Wir waren aber vielleicht ein bisschen naiv. Wir dachten, Sie sprechen von Landesmitteln. In Wirklichkeit reichen Sie nicht einmal die vollen zusätzlichen Mittel des Bundes weiter, die Bundesministerin Barbara Hendricks lockergemacht hat.

Der eigentliche Hammer ist aber, dass Sie die Wohnraum-Allianz binnen kürzester Frist an die Wand gefahren haben. Welchen Sinn machen denn Gespräche mit Experten, wenn Sie deren Meinung bei dem wichtigen Thema der mittelbaren Belegung von Sozialmietwohnungen einfach ignorieren?

Mit 7 : 2 Stimmen haben sich die Experten in der Wohnraum-Allianz gegen das Infragestellen der mittelbaren Belegung ausgesprochen. Und was machen Sie? Sie stellen die mittelbare Belegung infrage, mit der Städte und kommunale Wohnungsunternehmen eine gute soziale Mischung in Stadtquartieren sicherstellen können.

Sie konterkarieren damit den sozialen Mietwohnungsbau und sorgen dafür, dass die Wohnungsbaugenossenschaften, die endlich wieder mitmachen, die endlich investieren, aus der sozialen Mietwohnraumförderung aussteigen. Der Stuttgarter Oberbürgermeister sieht sogar sein Bündnis für Wohnen infrage gestellt. Die „Stuttgarter Nachrichten“ schreiben: „Ministerium torpediert Wohnbaupläne“.

Das, was Sie ansonsten vorschlagen, hat Ihr grüner Koalitionspartner gleich ganz abgelehnt. Deswegen zitiere ich den „Mannheimer Morgen“, der Teilnehmer einer Sitzung mit den Worten zitiert: „Eine unsägliche Sitzung der Wohnraum-Allianz“. So werden Sie, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mehr bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg nicht schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Mir ist es, gerade in der Vorbereitung dieser Haushaltsrede, natürlich auch darum gegangen, Dinge zu loben, die gut gemacht wurden. Ich habe allerdings wenig Nennenswertes bzw. Neues entdeckt.

Diese sogenannte Komplementärkoalition, von der der Ministerpräsident gern spricht, wird durch ein offensichtlich immer stärker werdendes Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit charakterisiert. Man könnte es, wenn man Absicht unterstellt, als einen Fall von Doppelmoral bezeichnen, „Regieren ist eine Stilfrage“ zu plakativ, jedoch Rekordspenden von Finanzinvestoren zu kassieren, Transparenz und Zivilgesellschaft zu versprechen, jedoch Nebenabsprachen vorzunehmen und rigoroses grün-schwarzes Postengeschachere zu betreiben, Weltoffenheit, Wissenschaft und Innovation in den höchsten Tönen zu loben, jedoch die Ausländermaut an den Hochschulen einzuführen, den Föderalismus hoch zu loben, jedoch die Städte und Gemeinden im Land abzukassieren, Verantwortung für die Zukunft zu beanspruchen, jedoch gleichzeitig die Schuldenbremse auszuhöhlen und abzuschaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer in diesem Haushalt trickst, tarnt und täuscht, wer an der völlig falschen Stelle spart, nämlich in der Bildung und bei den Kommunen, der macht mit seinem ersten Haushalt für das Land Baden-Württemberg einiges falsch. Dieses Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat eine bessere Politik verdient als die von Grünen und CDU.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie auch mich zu Beginn kurz darauf zu sprechen kommen, was dieser Tage passiert ist und was uns alle bewegt. Ich glaube, wir alle sind über die Ereignisse in Berlin gleichermaßen entsetzt. Der Landtag von Baden-Württemberg hat das heute in würdiger Form in Erinnerung gerufen.

Ich glaube, es ist notwendig, dass alle Demokraten im Schulterschluss daran arbeiten, unsere offene und freie Gesellschaft

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

zu erhalten und gleichzeitig den Bedrohungen, die auf diese Gesellschaft zukommen, wirksam zu begegnen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Wie wahr!)

Das schließt durchaus ein, dass man politische Entscheidungen kritisieren darf. Ich habe das oft genug auch gegenüber der Politik der Bundeskanzlerin getan. Aber was nicht geht, Herr Meuthen, ist,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Und Herrn Seehofer!)

bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem der Täter noch nicht ermittelt ist,

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

ein Urteil zu sprechen, zu erklären, es sei ein Flüchtling gewesen, und in erkennbarer Weise den Versuch zu unternehmen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Das ist widerwärtig.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Noch nie getan, Herr Rülke! Noch nie!)

– Jetzt behaupten Sie plötzlich wieder, Sie hätten das nie getan. Herr Räßle hat wahrscheinlich auch nicht das Bild der Kanzlerin mit blutigen Händen auf Facebook gepostet. Herr Meuthen, das ist typisch für Sie.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Mit keinem Wort habe ich das getan! Sie reden dummes Zeug! – Gegenruf der Abg. Sabine Wölflé SPD: Genau das habt ihr gemacht! Das ist widerlich!)

Nun zum Haushalt der grün-schwarzen Landesregierung. Herr Kollege Reinhart, ich darf Sie zitieren. Sie sagten: Die Fehler werden in guten Zeiten gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Recht hat er!)

Recht haben Sie.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dieser Haushalt ist ein Beleg dafür, dass die Fehler in guten Zeiten gemacht werden. Denn es gibt Fehlentwicklungen. Die Chance zur Schuldentilgung wird im Grunde genommen versemelt, die Landeshaushaltsordnung wird geändert, um noch unsolider wirtschaften zu können, und dergleichen mehr.

Ich schätze Sie, Herr Kollege Reinhart, als Mann des hintergründigen Humors.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oh!)

Vermutlich deshalb haben Sie aus den „Buddenbrooks“ von Thomas Mann zitiert. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie den Untertitel, den Thomas Mann diesem Roman gegeben hat, im Hinblick auf den Landeshaushalt und diese Landesregierung im Sinn hatten.

(Zuruf: Oje!)

Thomas Mann hat nämlich seinen Roman „Buddenbrooks“ mit dem Untertitel „Verfall einer Familie“ versehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Heiterkeit)

Es geht Generation für Generation abwärts in dieser Familie. Der Letzte ist Hanno Buddenbrook, der dann im Elften Teil des Romans sagt – ich zitiere –:

*Ich kann beinahe nichts, ich kann nur ein bisschen fantasieren ...*

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Da haben Sie vielleicht die Finanzministerin und deren Haushaltsrede aus der vergangenen Woche gemeint.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn diese Haushaltsrede, Frau Sitzmann, war – da hat Kollege Reinhart recht mit dem „Buddenbrooks“-Vergleich – lyrisch. Es gab einige Gemeinplätze, die Ankündigung: „Wir halten die Schuldenbremse ein.“ Aha! Nur, dazu sind Sie rechtlich verpflichtet. Dann haben Sie sich dafür gerühmt – ich zitiere –, auf Steuererhöhungen zu verzichten. Wie war denn das mit den geheimen Nebenabreden, die Kollege Stoch schon angesprochen hat? Da stand drin: „Wir wollen die Grunderwerbsteuer erhöhen.“ Jetzt sind Sie ertappt worden, weil diese geheimen Nebenabreden in die Öffentlichkeit kamen, und Sie stellen sich hier hin und sagen mit unschuldigem Augenaufschlag: „Wir wollen auf Steuererhöhungen verzichten.“ Wie eine ertappte Sünderin!

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

By the way, Frau Sitzmann: Ist das, was Sie jetzt hier vorgelegt haben, der offizielle Haushalt, der tatsächliche Haushalt? Oder gibt es noch einen geheimen Nebenhaushalt dieser Landesregierung?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das hätten wir gern gewusst.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe schon gedacht, er redet von schwarzen Kassen!)

– Bitte?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie reden aber nicht von schwarzen Kassen?)

– Nein, nicht von schwarzen Kassen. Aber vielleicht, Herr Kollege Zimmermann, wissen Sie ja mehr als ich.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich bedanke mich für den Hinweis. Wir werden dem nachgehen.

(Unruhe)

In Bezug auf den offiziellen Haushalt – also den, den Sie vorgelegt haben, Frau Sitzmann; was es mit einem geheimen Nebenhaushalt, mit schwarzen Kassen auf sich hat, werden wir

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sehen – schrieb die „Stuttgarter Zeitung“ am 14. Dezember dieses Jahres – ich zitiere –:

*Der Etat ist nicht wetterfest, sondern ein Sommerkind, das auf den Winter nicht vorbereitet ist.*

In der Tat: Sie haben einen Schönwetterhaushalt vorgelegt. Was aber kommt später? Frau Kollegin Sitzmann, was passiert, wenn die Zinsen irgendwann einmal steigen? Was passiert, wenn eine Rezession kommt?

(Zuruf: Weil die FDP an die Regierung kommt!)

Was passiert, wenn die Situation insgesamt schwieriger wird, Frau Kollegin Sitzmann? Oder um es mit einem friesischen Sprichwort zu sagen: Wenn die Ebbe kommt, sieht man, wer ohne Hose badet.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der AfD sowie Abgeordneten der CDU – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Also: Auf diese Entwicklung sind wir gespannt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Der größte Unfug bei Ihrer Argumentation ist das Geschwätz von den niedrigen Zinsen. Herr Ministerpräsident, auch Sie machen sich das ja zu eigen. Sie erklären: Jetzt sind die Zinsen niedrig; jetzt muss man keine Schulden tilgen. Das ist eine wohlfeile Argumentation. Wenn die Zinsen dann irgendwann einmal steigen, werden Sie wahrscheinlich behaupten: Jetzt können wir nicht tilgen, weil wir so viele Zinsen zahlen müssen. Vor diesem Hintergrund werden dann nie Schulden getilgt, meine Damen und Herren.

Bei einer Gesamtverschuldung des Landes von 47 Milliarden € verursacht ein Zinsanstieg um einen Prozentpunkt 470 Millionen € mehr an Belastungen für das Land Baden-Württemberg, und zwar Jahr für Jahr. Vor diesem Hintergrund müssen Sie doch irgendwann einmal anfangen, den Schuldenberg abzubauen.

Jetzt einmal ganz unter uns, Herr Ministerpräsident: Wann, wenn nicht in dieser Situation, wollen Sie denn noch Schulden tilgen? Wann überhaupt?

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Kuhn AfD)

Das hätten wir schon gern von Ihnen erfahren. Wollen Sie vielleicht in einer Situation, in der die Zinsen wieder steigen, in der die Steuereinnahmen wegbrechen, in der wir eine Rezession haben, Schulden tilgen? Wollen Sie uns das ernsthaft erzählen?

Da wird die Lehre von Keynes immer nur halb vollzogen. Auf Keynes beruft man sich und sagt, man solle antizyklisch agieren und in der Krise investieren, damit die Situation besser wird. Aber Keynes sagte auch: In guten Zeiten muss man die Schulden wieder zurückzahlen. Denn sonst drohen irgendwann Entwicklungen wie in Griechenland. Das ist doch der Punkt.

Wir würden schon gern von Ihnen wissen: Wie muss denn die wirtschaftliche Situation in diesem Land sein, wie muss die Haushaltssituation sein, wie müssen die Steuereinnahmen

sein, damit Sie einmal tilgen? Das hätten wir gern gewusst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen sollte man sich über diese niedrigen Zinsen auch nicht freuen. Denn es gibt Opfer dieser niedrigen Zinsen, dieser Politik von Mario Draghi: Das sind die Bürger, die Sparer in diesem Land,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Kuhn AfD)

die mit ihrem Sparvermögen und mit ihrer Altersvorsorge für diese Politik zahlen. Das ist nämlich eine Umfinanzierung vom Sparer hin zu den Finanzministern, und das sollten wir auch sehr klar benennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Schauen Sie sich doch die Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten Jahren einmal an: 2013 30,1 Milliarden €, 2014 31,8 Milliarden €, 2015 33,0 Milliarden €, 2016 voraussichtlich 35,75 Milliarden € an Steuereinnahmen. Sie liegen in jedem Jahr deutlich über dem realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Ich frage noch einmal: Wann wollen Sie tilgen, wenn nicht jetzt?

Im Übrigen haben Sie 3,2 Milliarden € an Reserven, es kommen weniger Flüchtlinge, das Zinsniveau ist gering, Sie haben Steuermehreinnahmen, und Sie haben auch noch den Julisturm von Nils Schmid geerbt. – Wo ist er denn? Er macht wahrscheinlich schon Quartier in Berlin. – Sie erben diesen Julisturm, Sie nehmen die anderen Windfall-Profits locker mit und können natürlich auf diese Art und Weise ohne Einsparungen die Schuldenbremse im Jahr 2020 einhalten. Dafür wollen Sie dann gelobt werden, ohne sich anzustrengen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir treffen Vorsorge!)

Meine Damen und Herren, die CSU will ja einen Straftatbestand „Fake News“ einführen. Ich empfehle Ihnen: Wehren Sie sich im Bundesrat, wenn das auf die Tagesordnung kommt. Denn wenn das beschlossen wird, dann drohen dieser Landesregierung für die Behauptung, es handle sich um einen soliden Haushalt, schwere Strafen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Ich würde das ernst nehmen.

Der Fleiß der Bürger beschert dem Land Rekorderlöse. Es gibt gewaltige Rücklagen im Haushalt. Ich habe den Julisturm von Nils Schmid erwähnt. Da, liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, haben Sie wirklich ein Eigentor geschossen. Da hat Nils Schmid über Jahre im Haushalt Rücklagen gebunkert, damit es hinterher gut aussieht.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Jetzt ist man unglückseligerweise bei der Wahl aus der Regierung geflogen, und das Schatzkästlein geht jetzt an die nachfolgende Landesregierung. Dumm gelaufen!

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, vorausschauend!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Kennen Sie die Krimikomödie „Den Letzten beißen die Hunde“? Da geht es um ein Gaunerpärchen, das eine Bank überfällt und anschließend die Beute versteckt. Der eine von beiden wird geschnappt und sitzt im Knast, und der andere verpartnert sich neu, und die heben dann den Schatz und verjubeln das Geld. So ist es Nils Schmid gegangen. Ich kann Sie aber beruhigen: Das geht gut aus. Am Schluss wandern die zwei, das neue Pärchen, dann auch in den Knast.

(Vereinzelt Heiterkeit)

So entwickelt es sich dann auch wieder.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Er hat aber 3 Milliarden € mehr Schulden gemacht!)

Sie zweigen mehrere Hundert Millionen an Bundeszuweisungen, die der Bund den Kommunen zugedacht hat – „klebrige Hände“; Sie haben es erwähnt, Herr Kollege Reinhart –, für den eigenen Haushalt ab. Im CDU-Wahlkampf – Herr Strobl ist ja offensichtlich wohlweislich gegangen – wurde angekündigt und versprochen: Wir tilgen Schulden. Das Land kann tilgen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Von den Fraktionsvorsitzenden Hauk und Wolf wurde fünf Jahre lang erklärt: Das Land kann Schulden tilgen. Im Wahlkampf haben sie es versprochen. Dass Herr Strobl jetzt diese Politik mitmacht, ist im Grunde Wahlbetrug, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Denn wenn das ernst genommen würde, was den Wählern versprochen wurde, müsste man anders agieren.

Die Landeshaushaltsordnung wird jetzt geändert. Das ist das tollste Stück. Herr Stoch hat es ja schon angesprochen. Herr Ministerpräsident, wir erinnern uns: Es gab Zeiten – die waren gar nicht so kurz –, in denen Sie in der Opposition waren, auch als Haushalts- und Finanzpolitiker. Das, was damals die schwarz-gelbe Koalition beschlossen hat, war Ihnen immer zu weich, das war Ihnen zu wenig. Da haben Sie immer erklärt: Das muss stringenter sein, das muss nach Möglichkeit sogar in die Verfassung; denn – so der Oppositionspolitiker Winfried Kretschmann – es könnte eines Tages passieren, dass unsolide Regierungen kommen und das Ganze wieder aufheben.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Hört, hört!)

Herr Ministerpräsident, der Tag ist gekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Der Tag ist gekommen, an dem unsolide Regierungskoalitionen das Ganze wieder aufheben, damit man noch mehr Schulden machen kann, damit man auch in allerbesten Zeiten nicht tilgen muss.

Deshalb hat der Kollege Stoch recht, wenn er sagt – Kollege Schwarz hat gesagt, Sie hätten es bei mir geklaut; ich habe es nicht mehr so genau gewusst, aber es könnte von mir sein –: Täuschen, Tricksen, Tarnen. Das stimmt genau. Das ist bei der Haushaltspolitik dieser Landesregierung erkennbar.

Die Änderung der Landeshaushaltsordnung wird mit impliziter Verschuldung begründet. Frau Sitzmann, da könnten Sie sich auch das Gehalt erhöhen mit der Begründung, Sie arbeiten dann besser.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist die Begründung für das Geldausgeben, ganz egal, wofür – Hauptsache man ist selbst von der Ausgabe überzeugt. Das ist die allertollste Selbstrechtfertigung, die man sich überhaupt nur vorstellen kann. Das ist so wie der Alkoholiker, der sagt, er trinke nur deshalb, damit er später keinen Durst bekommt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Diese Politik ist schon außerordentlich bemerkenswert.

Sie widersprechen sich ständig. Sie kündigen an, Sie wollen in dieser Legislaturperiode 5 000 Stellen abbauen. Jetzt fangen Sie erst einmal damit an, im Saldo 600 Neustellen zu schaffen.

(Zuruf von der FDP/DVP: Ja!)

Wie wollen Sie das überhaupt noch schaffen? Meine Damen und Herren, das ist doch ein Widerspruch an sich.

Nur bei den Kommunen und den Beamten greifen Sie zu. Die Tatsache, dass Sie bei den Kommunen zugegriffen haben, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Kollege Reinhart hat vorhin gesagt, ein Vertrag bestehe daraus, dass zwei Partner sich einigen. Sie kennen vielleicht den Film „Der Pate“:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Er machte ihm ein Angebot, das er nicht ablehnen konnte.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sonst kriegt er Betonfüße!)

So ungefähr ist das bei dieser Geschichte gelaufen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Vier Unterschriften! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einen kann man vielleicht zwingen, aber nicht drei!)

– Vier Unterschriften. Ein Angebot, das sie nicht ablehnen konnten.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die Kommunen haben Rückgrat!)

Bei den Beamten machen Sie auch Versprechungen. Den Beamten haben Sie versprochen, die abgesenkte Eingangsbesoldung zurückzunehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stufenweise!)

Dann haben die Beamten gefragt: „Bis wann?“ Sie haben geantwortet: „Bis 2022.“ Die Beamten haben nachgedacht und irgendwann gesagt: „Mensch, 2022, da ist ja zuvor die Wahl. Da ist dann eine andere Legislaturperiode, möglicherweise gibt es eine andere Regierung.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielleicht sind Sie dann wieder dabei, Kollege Rülke!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Daraufhin wurde gesagt: „Das ist ja der Witz dabei.“ So arbeiten Sie, meine Damen und Herren. Zu den Verlierern zählen die Kommunen und die Beamten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Frau Finanzministerin, die „Stuttgarter Zeitung“ schrieb am 14. Dezember 2016 über Ihren Haushalt, er sei ebenso findig wie windig.

(Lachen bei der FDP/DVP)

Die „Stuttgarter Zeitung“ fährt fort, dass Grün-Schwarz „mit Tricks arbeitet, um sich frisches Geld zu sichern.“ So ist es. Der Kollege Stoch hat zu Recht festgestellt: Es geht um Trickseriei.

Es ist schade, dass der Kollege Schmiedel – manchmal vermisst man ihn – nicht mehr im Landtag ist. Er hat damals Frau Sitzmann zu seiner „lieben Edith“ gemacht. Wäre Kollege Schmiedel aber heute noch im Landtag, würde er wahrscheinlich zu seinem Bedauern feststellen: Aus der „lieben Edith“ ist „tricky Edith“ geworden,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

so, wie sie den Haushalt aufgestellt hat und wie Sie, meine Damen und Herren, an dieser Stelle arbeiten.

Positiv ist: Es gibt 380 Stellen für die Polizei. Es gibt 170 Stellen für die Justiz. Es ist gut, dass in diesem Bereich etwas für Gerichte und für Gefängnisse getan wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist aber unnötig – da können Sie gleich weiterklatschen –, Stellen im Staatsministerium und im Innenministerium neu zu schaffen, meine Damen und Herren. Das ist unnötig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Frau Sitzmann, zum Bereich der inneren Sicherheit haben Sie gesagt – ich zitiere –:

*Für Sicherheit zu sorgen ist die erste Aufgabe des Staates.*

Gut, dass Sie das mittlerweile gemerkt haben; denn als Fraktionsvorsitzende in der zurückliegenden Legislaturperiode wollten Sie beim Landesamt für Verfassungsschutz noch Stellen abbauen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Aber da gibt es offensichtlich einen Lernprozess.

Es gibt auch zu wenige Anstrengungen bei der Flüchtlingsintegration. Aus unserer Sicht ist es notwendig, vier Maßnahmen möglichst rasch zu vollziehen: erstens ein breiteres Angebot an Deutschkursen, zweitens ein generelles System von Weiterbildungsgutscheinen, drittens eine Ergänzung der dualen Ausbildung um eine einjährige Ausbildung und viertens – ja, auch das sage ich in aller Deutlichkeit – ein konsequentes Abschieben von Flüchtlingen, die kein Bleiberecht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das muss auch nach Afghanistan möglich sein, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf: Ja!)

Denn die Bundesregierung sagt klipp und klar, dass Abschiebungen nach Afghanistan prinzipiell möglich seien. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar einzelne Abschiebungen gestoppt; es hat aber eben nicht gesagt, dass nach Afghanistan generell nicht abgeschoben werden könne.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass sich die Grünen dann sozusagen jede einzelne Abschiebung vorlegen lassen wollen, um das im Koalitionsausschuss zu entscheiden.

Es ist wirklich schade, dass Herr Strobl nicht da ist. Er ist ja auch einer der Verfechter dieser angeblichen Komplementärkoalition. Ich finde es schon interessant, wie diese Komplementärkoalition funktioniert. Komplementärkoalition heißt ja: Jeder bekommt seine Spielwiese. Bei den Grünen ist es die Umwelt- und Energiepolitik; da dürfen sie machen, was sie wollen. Bei der CDU ist es die innere Sicherheit; da darf die CDU dann tun, was sie will. Der Freiraum der CDU im Bereich der inneren Sicherheit funktioniert dann aber so, dass sich Herr Strobl jeden Abzuschiebenden, der kein Aufenthaltsrecht mehr hat, im Koalitionsausschuss genehmigen lassen muss.

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, das ist eine tolle Komplementärkoalition. Ich kann nur sagen: Ich gratuliere Ihnen zu dieser Absprache.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, unser jüngster Sohn ist sieben Jahre alt. Er beklagt sich immer über zu wenig Freiräume in der Erziehung.

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei der Mama! – Abg. Winfried Mack CDU: Meiner auch! – Weitere Zurufe)

– Ja, ich denke darüber nach. Ich habe auch schon die Lösung, Herr Sckerl. Wenn ich heute Abend nach Hause komme, werde ich ihm sagen: „Wir machen mit dir eine Komplementärerziehung. Du hast aber mehr Freiräume als Strobl in der grün-schwarzen Koalition.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten aller Fraktionen – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Das versteht er aber noch nicht! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat drei Seiten!)

– Sehen Sie, Kollege Mack freut sich. Da haben wir ins Schwarze getroffen,

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist bei ihm nicht schwierig! – Abg. Winfried Mack CDU: Bei mir zu Hause geht es ähnlich zu!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

in des Wortes doppelter Bedeutung. – Bei ihm zu Hause geht es ähnlich zu. Ich würde es auch einmal mit der Komplementärerziehung versuchen. Wenn man sagt: „Der Strobl hat nicht so viel zu melden wie du“, dann kriegt man vielleicht die Kinder wieder ins Boot.

(Heiterkeit bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Der digitale Wandel ist auch so ein Thema, meine Damen und Herren – auch eine Ankündigung von Herrn Strobl, die er sich leider nicht anhört. Er will noch den letzten Schwarzwaldhof mit Breitband verkabeln, und das möglichst rasch. Da sind wir einmal gespannt, wie schnell das geht.

Aber zum digitalen Wandel, Frau Ministerin Eisenmann, gehört natürlich auch der Informatikunterricht; das ist völlig klar. Nur fand ich es bemerkenswert, dass sich die Finanzministerin, trickreich wie sie ist, in der vergangenen Woche dafür gelobt hat, vieles für den Informatikunterricht zu tun. Sie hat Ihnen aber nur die Ressourcen für das Gymnasium zur Verfügung gestellt. Das ist vielleicht ein bisschen wenig. Aber ich hätte da vielleicht einen Tipp für die Zukunft, Frau Eisenmann.

Bei der Privilegierung der Gemeinschaftsschule geht es ja weiter. Es wurden 476 Stellen zusätzlich für Gemeinschaftsschulen vorgesehen und dafür 471 Stellen bei den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen abgezogen. Das Ergebnis der Politik, die Sie jetzt fortsetzen müssen, sehen wir bei der IQB-Bildungsstudie: Es gibt zwar Investitionen, aber zu wenige in die Qualität und zu viele in die Ideologie. Insgesamt hat man Ihnen 340 Deputate – Herr Stoch, Sie sagten, glaube ich, 700; man kann darüber streiten, wie viele – weggenommen.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Aber da habe ich einen Tipp für Sie. Frau Eisenmann, stellen Sie, wenn Sie das nächste Mal mit der Finanzministerin verhandeln, fest – so kann man durchaus argumentieren –: Dumme Kinder sind auch implizite Verschuldung. Auf diese Art und Weise schlagen Sie Frau Sitzmann mit ihren eigenen Waffen. Dann muss sie Ihnen die Stellen zugestehen. So nachdenklich, wie sie gerade blickt, sinniert sie intensiv darüber nach, wie sie das abwehren kann. – Probieren Sie es einfach mal.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt  
Beifall bei der SPD – Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist besonders jämmerlich, jetzt diese „Ausländermaut“ zu erheben. Wir, die FDP/DVP-Fraktion, konnten uns immer nachlaufende Studiengebühren vorstellen – aber wenn, dann für alle. Es gibt doch wirklich keinen vernünftigen Grund, zu sagen: „Wir bestrafen nur die Ausländer.“ Ich wundere mich sehr, dass eine grüne Fraktion, die so auf Weltoffenheit setzt – zumindest in Sonntagsreden –, eine solche engstirnige Politik gutheißt und mitmacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

In der Verkehrspolitik, Herr Hermann, blieb wieder einmal Geld liegen, nämlich 25 Millionen €. Da kann man dann schon sagen: Das übertragen wir in das nächste Jahr.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Entscheidend aber ist, dass wieder mal Ausgleichsmittel des Bundes nicht abgerufen wurden und nicht verbaut werden. Dafür explodieren dann einzelne Posten bei den Radwegen: Das Volumen eines einzelnen Haushaltstitels ist von 150 000 € auf 1,37 Millionen € gestiegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich, unglaublich!  
– Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

Also: Radwege statt Straßen. – Ja, ja. Wenn Sie die 25 Millionen € mitgenommen hätten,

(Abg. Anton Baron AfD: Genauso wie das Gutachten!)

wäre es schon einmal ein bisschen mehr.

(Minister Winfried Hermann: Mitnehmen ist nicht gebaut!)

Es enttäuscht mich auch etwas, dass die CDU das alles so mitträgt,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein! Überhaupt nicht!  
– Abg. Anton Baron AfD: Die fahren jetzt mehr Rad!)

und das auch noch relativ ruhig. Da wünsche ich mir manchmal meine alte Kollegin Razavi zurück.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Nicht alt!  
– Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist diskriminierend!)

– Die Kollegin Razavi aus der letzten Legislaturperiode – ich formuliere es einmal so –,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

die im Verkehrsbereich als Drachentöterin unterwegs gewesen ist.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wenn so etwas passiert, dass nämlich 25 Millionen € liegen bleiben und dafür die Haushaltstitel beim Radwegebau explodieren, würde ich mir schon wünschen, dass Sie mal wieder so wie Siegfried im Drachenblut baden, Frau Kollegin.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Siegfriedlinde!)

– Meinetwegen auch wie Sieglinde.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Dann rühmen Sie sich, Frau Sitzmann, für Ihre Maßnahmen für den sozialen Wohnungsbau. Aber diese Förderprogramme reichen nicht. An dieser Stelle will ich dem Kollegen Schwarz auch einmal ausdrücklich recht geben.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Er hat vorhin gesagt: „Wir brauchen privates Kapital.“ Das haben auch Sie, Herr Ministerpräsident, schon mehrfach gesagt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das sagen wir ständig!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Nur: Es hilft nichts, einfach zu sagen: „Wir brauchen privates Kapital.“ Vielmehr müssen Sie auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Die Voraussetzungen schafft man halt nicht mit Ihrer Politik, nicht mit einer Landesbauordnung mit Vorgaben zu überdachten Fahrradstellplätzen und Efeu auf dem Dach.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das ist auch so ein Thema bei der CDU. Es gab im zurückliegenden Landtagswahlkampf keine Wahlveranstaltung, bei der sich die CDU nicht über die überdachten Fahrradstellplätze und das Efeu auf dem Dach lustig gemacht hätte. Und was hat sich in der Landesbauordnung bisher geändert?

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Kommt noch!  
Nicht alles an einem Tag! – Abg. Nicole Razavi CDU:  
Kommt alles noch! Wir haben ja noch viereinhalb  
Jahre!)

– Kommt noch. Gut. Kommt alles. Sehr gut. Dann hoffe ich, dass eines nicht kommt, meine Damen und Herren, was auch in den Nebenabreden steht, nämlich die Erhöhung der Grundwerbsteuer.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Die kommt nicht! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Aha! „Die kommt nicht!“)

Die ist jetzt schon zu hoch. Deshalb gibt es auch nicht genügend privates Kapital in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wenn das Mietrecht so reguliert bleibt und Sie mit Maßnahmen wie Mietpreisbremse und Fehlbelegungsabgaben weitermachen, meine Damen und Herren, dann wird eben kein privates Kapital kommen, um das Problem zu lösen. Da können Sie Förderprogramme noch und nöcher auflegen – die werden ins Leere laufen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD  
– Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Frau Ministerin, Sie haben trickreich Überschüsse und Rücklagen kaschiert. Sie frisieren den Haushalt.

(Zuruf: Was?)

Verbesserungen bei Steuereinnahmen und Bundeszuweisungen übersehen Sie schlicht. Sie kassieren bei Kommunen und Beamten ab. Trotzdem tilgen Sie immer noch keine Schulden, sondern legen das Geld ins Schatzkästlein, um anstrengungslos die Schuldenbremse einzuhalten. Frau Finanzministerin, noch einmal die Frage: Wann wollen Sie Schulden tilgen, wenn nicht in einer solchen Situation? Oder anders gefragt: Wie muss die Situation erst noch werden, damit diese Regierung anfängt, Schulden zu tilgen?

Also: Diese Politik ist nicht nachhaltig, sie ist nicht zukunftsfähig, sie ist nicht ehrlich. Deshalb, meine Damen und Herren, lehnen wir diesen Haushalt so, wie er vorliegt, ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD  
– Abg. Nicole Razavi CDU: Oh!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Sitzmann das Wort.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der letzten Woche hier den Haushalt für 2017 eingebracht. Er steht dafür, dass diese Regierung – Grün und Schwarz – die Finanzen des Landes dauerhaft auf solide Füße stellen will und auch wird.

Wir werden die Schuldenbremse einhalten, und zwar souverän und verlässlich. Wir werden Einnahmen und Ausgaben des Landes auf Dauer ins Lot bringen. Wir nehmen 2017, aber auch in den Folgejahren keine neuen Schulden auf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir werden auch die Verschuldung des Landes abbauen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann?)

Für den Haushalt 2017 haben wir uns konkret vorgenommen, die strukturelle Deckungslücke deutlich zu reduzieren,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Die gibt es doch gar nicht!)

keine neuen Schulden zu machen und die Steuern nicht zu erhöhen. Meine Damen und Herren, wir haben diese drei Ziele alle erreicht. Das war – wie Sie jetzt hier gern glauben machen wollten – kein Spaziergang, das war kein einfacher Weg. Wir haben es trotzdem geschafft. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir Einsparungen bei den Ressorts in Höhe von 390 Millionen € vorgenommen hätten, wenn das nicht nötig gewesen wäre. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass wir sehr lange und intensiv über den Konsolidierungskurs verhandelt hätten, wenn das gar nicht nötig gewesen wäre.

(Staatssekretärin Bärbl Mielich: Ganz genau!)

Das war nötig, meine Damen und Herren. Wir haben uns alle gemeinsam angestrengt, und wir haben es auch hinbekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir sparen, wo es möglich ist, wir investieren aber auch, wo es nötig ist. Die zentralen Zukunftsinvestitionen im Jahr 2017 liegen im Bereich der inneren Sicherheit mit 381 neuen Stellen für Polizistinnen und Polizisten und 16 Millionen € für die Verbesserung der Ausrüstung. Sie liegen in den Bereichen Klimaschutz und E-Mobilität mit 6 Millionen € bzw. 8 Millionen €. Sie liegen im Bereich des Wohnungsbaus mit einer Aufstockung der Fördermittel auf 250 Millionen €. Sie liegen im Bereich der Digitalisierung mit zusätzlich 100 Millionen €, davon 40 Millionen € für den Ausbau des schnellen Internets. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Stoch, sie liegen auch im Bereich der Bildung,

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

z. B. mit Poolstunden für die Realschulen, für den weiteren Ausbau des Ganztags, für die endlich gesetzlich festgelegte Finanzierung der Musikschulen und der Jugendkunstschulen – um nur wenige Beispiele zu nennen. Sie liegen im Bereich der Wissenschaftsvorbereitung der Hochschulen für die Exzellenzinitiative, und sie liegen im Bereich der Integration.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ich kann Ihnen aus voller Überzeugung sagen, dass das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bei uns in guten Händen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Wir gehen sorgsam und verantwortungsbewusst damit um und überlegen sehr genau, wo wir Einsparungen vornehmen können und wo wir in die Zukunft investieren wollen, sollen und auch müssen.

Die Herausforderung, die Sie jetzt nicht mehr wahrhaben wollen, lieber Kollege Stoch, gibt es. Wir sind mit 47 Milliarden € am Kreditmarkt verschuldet. Wir haben aber z. B. auch – jetzt komme ich zum Thema „Implizite Verschuldung“ – Pensionsverpflichtungen in einer Größenordnung von bis zu 100 Milliarden €, wir haben 5,3 Milliarden € Schulden bei der NECKARPRI, wir haben verdeckte Schulden von mehreren Milliarden Euro aufgrund des Sanierungsstaus bei Straßen, Brücken und landeseigenen Gebäuden, und wir haben ein strukturelles Defizit, das nach Ihrer eigenen Finanzplanung

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wie alt ist die?)

– vom Januar 2016,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und was war die Grundlage?)

und solange es keine neue gibt, ist die auch gültig, meine Damen und Herren – 3 Milliarden € beträgt.

(Zurufe von der SPD)

– Hören Sie doch einfach zu. – Wie Sie wissen, wird diese mittelfristige Finanzplanung – aktualisiert gerade gestern – vom Kabinett beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Damit bleibt immer noch ein strukturelles Defizit. Wir haben es aber geschafft,

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Geschafft“!)

es um rund ein Drittel zu reduzieren. Es war schon lustig, dass Sie, Herr Kollege Hofelich, gestern Ihre eigene Finanzplanung, die Sie als Staatssekretär mitgetragen haben, als „Märchenstunde“ bezeichnet haben. Das hat mich wirklich amüsiert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben also das strukturelle Defizit in der neuen Finanzplanung um rund ein Drittel reduzieren können. Es wundert mich schon, dass Sie jetzt davon nichts mehr wissen wollen.

Unser Ziel ist, das strukturelle Defizit, das es immer noch gibt, Schritt für Schritt abzubauen. Denn wir wollen 2020 die Schuldenbremse einhalten. Ich bin mir sicher, das werden wir auch hinbekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihre Strategie ist schon durchsichtig. Jetzt sagen Sie hier, im Haushalt sei alles prima. Das war vor sieben, acht Monaten noch nicht so.

Da haben Sie das selbst auch noch anders gesehen. Jetzt rechnen Sie den Haushalt schön in der Hoffnung, dass Sie sich als Opposition, wenn Sie – wahrscheinlich – viele Anträge stellen werden, um in verschiedenen Bereichen mehr Geld auszugeben, vor der Gegenfinanzierung drücken könnten. So einfach ist das nicht. Das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Ich habe selten eine so schwache Argumentation gehört!)

– Das entscheiden dann andere.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, Herr Kollege Stoch: Es ist noch keinen Monat her, dass wir mit der Ratingagentur Moody's intensive Gespräche geführt haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah, Moody's!)

Moody's hat für Baden-Württemberg die Bestnote AAA bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Andreas Stoch SPD: Ach was! – Abg. Anton Baron AfD: Mit ein bisschen Geld!)

Das ist gut so, meine Damen und Herren. Moody's hat auch gesagt, der Ausblick sei stabil.

(Abg. Anton Baron AfD: Mit ein bisschen Geld!)

Das ist gut. Warum hat Moody's eine solche Einschätzung gegeben? Weil Baden-Württemberg eine umsichtige, vorausschauende Haushaltspolitik betreibt und für große Transparenz sorgt und weil insbesondere das Ergebnis der Verhandlungen zur Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs für Baden-Württemberg hier positiv zu Buche schlägt. Also, meine Damen und Herren: Wir haushalten ordentlich, wir haushalten verlässlich, und wir haushalten solide.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Jetzt wird hier immer die Vermutung geäußert, irgendwo würde sich noch Geld finden. Ich kann Ihnen nur empfehlen, den Haushaltsentwurf – er ist 30 cm hoch – genau zu studieren. Sie werden feststellen müssen, dass es keine Überreste mehr gibt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist in dem geheimen Nebenhaushalt, der schwarzen Kasse!)

wie Sie sich immer erträumen. Es gibt sie nicht, weil nämlich mein Amtsvorgänger, Finanzminister Nils Schmid, bereits vor dem Haushalt 2017, also im Haushalt für die Jahre 2015 und 2016 sowie in den jeweiligen Nachtragshaushalten, 2,7 Milliarden € eingeplant, eingestellt und damit auch verplant hat.

Meine Damen und Herren, von den 3,7 Milliarden €, die es einmal gab, bleiben dann nach Adam Riese noch 1 Milliarde € übrig. Sie konnten bereits in unserem Deckungskonzept sehen, dass diese 1 Milliarde € in den Haushalt 2017 einfließen, damit wir den Haushalt 2017 finanzieren können, damit wir im Haushalt 2017 investieren können und trotzdem die Nullneuerschuldung erreichen.



(Ministerin Edith Sitzmann)

Also, meine Damen und Herren, es ist eine Mär, dass irgendwo aus den Vorjahren noch Mittel vorhanden seien. Die Mittel sind mit dem Haushalt 2017 verbraucht. Es wäre natürlich netter, wenn es mehr gäbe, aber es gibt sie leider nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten wir gern, ja!)

Ich möchte hier auch noch einmal deutlich machen, worum es jetzt gehen wird: Wir haben eine Rücklage für allgemeine Haushaltsrisiken in Höhe von 282 Millionen €, wir haben eine Sanierungsrücklage, die im Jahr 2017 um 145 Millionen € erhöht wird. Wir haben vorgesehen, für die Pensionsverpflichtungen dem Pensionsfonds und der Pensionsrücklage insgesamt 720 Millionen € zuzuführen.

Ja, Herr Kollege Rülke, wir müssen leider auch für die Verluste bei der NECKARPRI 123 Millionen € zur Verfügung stellen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Hört, hört!)

Das Ganze war eben nicht nachhaltig finanziert. Es wurde auf Pump finanziert, und es würde die NECKARPRI in eine weitere bilanzielle Verschuldung treiben, wenn wir jetzt keine Gegenfinanzierung vornehmen würden. Wenn Ihnen das nicht passt, dann machen Sie doch einfach einen Änderungsvorschlag, womit wir das sonst finanzieren sollen.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

– Natürlich ist es Verschuldung. Mit 5,3 Milliarden € ist die NECKARPRI verschuldet. Damit die NECKARPRI in den vergangenen Jahren ihren Verpflichtungen nachkommen konnten, mussten immer mehr Schulden aufgenommen werden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP schüttelt den Kopf.)

Das, was am Anfang einmal vorhanden war, wurde abgetragen. Dies ist ein Resultat des Rückkaufs der EnBW-Aktien auf Pump. Deshalb stellt auch dies eine implizite Verschuldung des Haushalts dar, meine Damen und Herren.

Fazit: Das finanzpolitische Paradies, das Sie hier gerade verkünden wollten, gibt es leider nicht –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Mit Ihnen nicht!)

auch nicht in Baden-Württemberg, auch wenn wir natürlich in den letzten Jahren – Sie haben darauf hingewiesen – steigende Einnahmen hatten. Die bereinigten Einnahmen stiegen zwischen 2005 und 2010 um 47 %, die bereinigten Ausgaben um 38 %.

Tatsache ist: Wir werden jetzt 800 Millionen € einsparen, aber nur 150 Millionen € strukturell, also dauerhaft, mehr ausgeben, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen sagen: In den letzten Jahren gab es keinen Haushalt, der eine höhere Konsolidierungsleistung aufwies als der Haushalt, der Ihnen jetzt für das Jahr 2017 vorliegt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt alle über die Landshaushaltsordnung gesprochen. Sie haben gesagt: „Investieren, Konsolidieren und

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sanieren!)

Sanieren.“ Und wir werden investieren, konsolidieren und sanieren, und wir werden keine neuen Schulden machen.

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch.)

Eine wunderbare Grafik aus der letzten Legislaturperiode zeigt, dass es damals noch ganz anders war. Da wurden Rücklagen gebildet für Pensionen – hier unten: Versorgungsrücklage, Versorgungsfonds – und Mittel für den Abbau des Sanierungsstaus bereitgestellt. Aber das wurde eben nicht ohne neue Schulden gemacht, sondern es wurden, Herr Kollege Stoch,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wussten Sie davon?)

3 Milliarden € Schulden aufgenommen, um das hinzubekommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wussten Sie davon? Haben Sie da zugestimmt?)

– Natürlich wusste ich das.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gut!)

Ich habe im Gegensatz zu Ihnen nicht verdrängt, wie die Haushaltssituation in den vergangenen Jahren war.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben es nicht verdrängt!)

Auf jeden Fall zeigt das ganz deutlich: In der letzten Legislaturperiode ist es gelungen, die implizite Verschuldung abzubauen. Das war gut und richtig. Aber das ist auch nur mit der Aufnahme von 3 Milliarden € neuer Schulden gelungen, Herr Kollege Stoch. Diese Regierung wird die implizite Verschuldung abbauen, und zwar ohne neue Schulden aufzunehmen. Das ist doch ein sehr positiver Unterschied, meine Damen und Herren.

Ja, natürlich könnten wir auch Kreditmarktschulden tilgen.

(Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Ja! Warum nicht?)

Aber ich sage Ihnen einmal: Selbst der Landesrechnungshof – Herr Aden, Sie waren in der letzten Finanzausschusssitzung dabei – hat über Jahrzehnte immer gefordert, dass wir den Sanierungsstau abbauen müssen. Auch der Landesrechnungshof findet, dass es einerseits in einer Zeit einer absoluten Niedrigzinsphase, in der wir uns befinden – Herr Rülke, das können wir jetzt gut oder schlecht finden; wir werden es hier aus dem Landtag von Baden-Württemberg heraus nicht beeinflussen –, andererseits in einer Zeit mit einem hohen Sanierungsstau, mit einer hohen impliziten Verschuldung wirtschaftlicher ist, die implizite Verschuldung – u. a. den Sanierungsstau – abzubauen. Das bestätigt auch der Landesrechnungshof.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sagt der Landesrechnungshof, Sie brauchen nicht zu tilgen? Sagt das der Landesrechnungshof?)

Wenn Sie mir schon nicht glauben, vielleicht glauben Sie ja dem Landesrechnungshof. Wir tilgen, aber wir tilgen die im-

(Ministerin Edith Sitzmann)

plizite Verschuldung im Jahr 2017: 123 Millionen €. Wir brauchen 123 Millionen € für die NECKARPRI, und wir werden den Kommunen, Herr Stoch, für die Sie sich ja gerade so starkgemacht haben,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nicht gerade! Fünf Jahre lang!)

von den Mitteln, die nach § 18 LHO zur Verfügung stehen, 10 % zur Verfügung stellen, damit auch sie den Sanierungsstau abbauen können. Also, wir sind davon überzeugt, meine Damen und Herren: Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wer diesen Weg nicht gehen will, hat ja mehrere Möglichkeiten. Herr Rülke, Sie können sagen: „Dann sanieren wir halt nicht.“ Das ist in Ordnung, das ist eine Position. Dann stellen Sie, Herr Aden, bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss doch den Antrag, nicht zu sanieren, sondern stattdessen Kreditmarktschulden zu tilgen.

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Das können Sie gern tun. Der Ausschuss und letztlich der Landtag als Haushaltsgesetzgeber werden dann darüber entscheiden. Sie können auch sagen: „Wir tilgen Kreditmarktschulden, aber wir lassen die NECKARPRI weiter in eine bilanzielle Überschuldung laufen.“

(Zuruf von der SPD)

Beantragen Sie das. Dann werden wir sehen, wie die Entscheidung ausfällt. Nachhaltig wäre ein solcher Weg aber nicht, meine Damen und Herren. Sie können auch sagen: „Wir legen nichts zurück für die Pensionsverpflichtungen, wir legen nichts zurück in Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage.“ Dann beantragen Sie das. Aber Sie können nicht Kreditmarktschulden tilgen, Pensionsrücklagen erhöhen, die NECKARPRI vor der Überschuldung bewahren und noch sanieren. All das zusammen geht halt nicht. Da müssen Sie sich schon entscheiden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann wollen Sie tilgen?  
– Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es gab die sogenannte Fratzscher-Kommission, die vom Bundeswirtschaftsministerium eingesetzt wurde. Dieser Kommission ging es um die Frage: Wie können öffentliche Investitionen gestärkt werden?

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Da reicht schon der Name aus!)

Diese Expertenkommission hat am 13. April 2015 ein Zehnpunkteprogramm vorgelegt. Eine wesentliche Empfehlung lautete, mindestens in Höhe der Abschreibung auf öffentliches Vermögen zu investieren, und die Kommission empfiehlt, unerwartete Überschüsse regelmäßig für Investitionen einzusetzen.

Genau das, meine Damen und Herren, tun wir mit der Erweiterung der LHO. Genau das ist der richtige Weg. Es ist der wirtschaftliche Weg, und es ist der nachhaltige Weg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist Steinzeit, bar jeder wirtschaftlichen Kompetenz! – Abg. Andreas Stoch SPD: Machen wir Schluss!)

– Das entscheide schon ich, wann ich mit meiner Rede aufhöre, Herr Kollege Stoch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eigentlich haben Sie noch gar nicht angefangen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann wollen Sie es denn machen? – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, fahren Sie fort.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Sie können sich entscheiden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, Sie!)

ob Sie etwas anderes wollen. Unser Vorschlag, der Entwurf des Haushalts 2017, liegt auf dem Tisch: Sanierungsstau abbauen, Pensionsrückstellungen erhöhen, bilanzielle Überschuldung der NECKARPRI zwar nicht abbauen, aber aufhalten. Wenn Sie anderer Ansicht sind und etwas anderes wollen, beantragen Sie das. Wir halten unseren Weg für den richtigen.

Herr Kollege Stoch, Sie haben noch weitere Behauptungen in den Raum gestellt wie z. B. die, wir würden bei der Bildung sparen. Das ist nicht der Fall, Herr Kollege.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach so!)

Wir sparen nicht bei der Bildung. Wir haben in Baden-Württemberg Rekordausgaben pro Schülerin und Schüler, meine Damen und Herren. Wir müssen aber leider feststellen: Es gab Studien, wonach Qualität und Leistung nicht überall so gut sind, wie wir uns das wünschen. Deshalb werden wir zwar weiter in die Qualität der Schulen investieren,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie streichen!)

aber die Verwendung der Mittel auch kritisch betrachten. Die Kultusministerin und ich haben den Landesrechnungshof gebeten, zu durchleuchten, ob die Ressourcen, die wir in diesem Bereich einsetzen, auch so ausgegeben werden, dass sie tatsächlich dort ankommen, wo sie für Qualität sorgen. Der Rechnungshof wird das überprüfen, und wir hoffen, dass wir vor den nächsten Haushaltsberatungen 2018/2019 ein erstes Ergebnis haben werden.

Also: Ein Drittel der strukturellen Mehrausgaben im Haushalt fließen in die Bildung. Wir investieren in Bildung. Wir haben bereits im Dritten Nachtrag strukturelle Mehrausgaben in Höhe von 26 Millionen €. Die Punkte sind genannt worden: 320 Lehrerstellen für die Grundschulen für Deutsch und Mathematik – Sie haben es gesagt –, 111 Stellen für die Gymnasien. Beides war übrigens in der mittelfristigen Finanzplanung vom Januar 2016 nicht enthalten,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Konnte noch nicht sein! Wurde erst da entschieden!)

auch der Informatikunterricht nicht. Denn Sie haben uns gerade vorgeworfen, es sei im November angekündigt worden.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Im Januar war es aber nicht in der mittelfristigen Finanzplanung.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist doch normal! Kann doch gar nicht!)

Der Solidarpakt Sport war in der mittelfristigen Finanzplanung auch nicht hinterlegt. Nur so viel zu dem Thema, wer hier nachhaltig plant.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das konnte doch gar nicht sein! Das sollten Sie als Finanzministerin doch wissen! – Glocke des Präsidenten)

– Das müssen Sie sich auch mal anhören.

Wir haben also im Dritten Nachtrag strukturelle Mehrausgaben von 26 Millionen €. Wir nehmen auch strukturelle Einsparungen im Haushalt vor. Das stimmt. Die Mittel – Altersermäßigung –, die durch die Erhöhung der Altersgrenze frei werden, ab der eine verringerte Unterrichtsverpflichtung besteht, werden abgeschöpft.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die sind schon längst im Unterricht!)

Wir haben aber im Haushalt 2017 wieder strukturelle Mehrausgaben mit vollständiger Wirkung ab 2018 von 46 Millionen €.

Meine Damen und Herren, seitdem Grün-Schwarz regiert, gibt es netto insgesamt mehr Geld für Bildung und nicht weniger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es gibt auch mehr Lehrerstellen

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ein Märchen!)

und nicht weniger, wie Sie hier fälschlicherweise behauptet haben.

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren Thema kommen, das Sie angesprochen haben: zu den Kommunen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stelly. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Fulst-Blei?

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Nein.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ach nein! Frau Sitzmann, das ist aber schade! Dann stellen Sie das aber mit dem Nachtragshaushalt nicht falsch dar! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie will weiter in ihrer eigenen Welt leben!)

Wir haben seit Ende Juli lange und intensiv in der Gemeinsamen Finanzkommission mit den Kommunen verhandelt, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist schwach!)

Wir sind zu einem guten Ergebnis gekommen. Warum waren diese Verhandlungen notwendig? Sie waren notwendig, weil wir ein gewisses Ungleichgewicht zwischen der Finanzausstattung des Landes und der Ausstattung der Kommunen haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt „der Kommunen“?)

Während die bereinigten Gesamteinnahmen der Kommunen in den letzten zehn Jahren um über 55 % gestiegen sind, sind die des Landes um 47,5 % gestiegen. Die Kommunen konnten in den letzten zehn Jahren einen Finanzierungsüberschuss von kumuliert 7 Milliarden € erwirtschaften, das Land nur von 0,4 Milliarden €.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht „die“!)

Im Bundesvergleich weisen die Kommunen in Baden-Württemberg die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung und die zweithöchsten Investitionen aus. Unsere Kommunen stehen also gut da,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht alle!)

und das ist auch gut so.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht alle!)

Aber, meine Damen und Herren, es gibt eben eine Diskrepanz. Lassen Sie mich aus einer aktuellen Studie von PwC zitieren. Darin heißt es:

*Zwischen der Landesebene und der kommunalen Ebene gibt es allerdings eine deutliche Diskrepanz. Während die Finanzsituation der Kommunen weiterhin als sehr gut bezeichnet werden kann, ist die der Landesebene nach wie vor defizitär.*

Mein Ziel war es deshalb, dass wir einen angemessenen und verkraftbaren Beitrag der Kommunen zur Konsolidierung des Landeshaushalts erreichen können. Und, meine Damen und Herren, wir haben ein gemeinsames Ergebnis erreicht. Ich betone: Die Gemeinsame Finanzkommission hat diese Empfehlungen einstimmig gefasst – einstimmig! Der Städtetag hat mit Ja gestimmt, der Gemeindetag hat mit Ja gestimmt, der Landkreistag hat mit Ja gestimmt, und die beteiligten Ministerien haben ebenfalls mit Ja gestimmt. Es war ein einstimmig gefasster Beschluss, und es ist eine gute Lösung für das Land und für die Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich noch den allseits bekannten Präsidenten des Gemeindetags Baden-Württemberg, Herrn Kehle, zitieren – 4. November 2016 –:

*Im Ergebnis kann damit festgehalten werden, dass die zentrale Zielsetzung des Gemeindetags erreicht ist. Die Städte und Gemeinden werden 2017 ein spürbares Mehr an Einnahmen in ihren kommunalen Kassen verzeichnen können.*

– So der Präsident des Gemeindetags.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was sagt das aus?)

Wir setzen also weiter auf eine gute, verlässliche und faire Partnerschaft mit den Kommunen und werden sie sicherlich auch erreichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Ja, Baden-Württemberg ist ein finanziell starkes Land, und wir haben eine hervorragende Verfassung, die aus guten Gründen Grundrechte garantiert. Zu diesen Grundrechten gehört auch das Grundrecht auf Asyl, Herr Meuthen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das wissen wir! Danke für die Belehrung!)

Wir nehmen unsere humanitäre Verantwortung ernst, und zwar auch dann,

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Wenn es 8 Milliarden € kostet!)

wenn sie uns etwas kostet.

(Abg. Anton Baron AfD: „Etwas kostet“!)

Sie haben heute wieder einmal mehr gezeigt, dass Ihnen christliche Werte, Humanität, unsere Grundwerte nicht wichtig sind,

(Zuruf von der AfD: Wissen Sie, was das ist? – Abg. Stefan Räßle AfD: 1 % nach 16 a! – Glocke des Präsidenten)

sondern dass Sie hier lieber Vorurteile pflegen und zum Populismus neigen. Ich muss das ja gar nicht selbst sagen. Ich kann auch Ihre ehemalige Fraktionskollegin, Frau Martin, zitieren, die jetzt aus Ihrer Fraktion und aus Ihrer Partei ausgetreten ist mit der Begründung: zu viel Populismus, zu viel Polemik gegen Flüchtlinge, zu wenig Differenzierung. Genau das konnten wir hier heute leider wieder feststellen, Herr Meuthen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich kann nur sagen: Wir nehmen unsere humanitäre Verantwortung wahr, auch wenn sie etwas kostet. Wir stehen dazu ohne Wenn und Aber. Mit diesen Kosten sind durchaus auch Chancen verbunden.

(Zuruf von der AfD: Und Menschenleben!)

Es war mal wieder typisch für Sie, dass Sie zwar aus einer Studie zitiert haben, aber eben nur das, was Ihnen gepasst hat. Sie haben aus einer Studie des ifo-Instituts zitiert, einer Studie von Volker Brühl. Er legt in seiner Studie nicht nur die Kosten dar, sondern er gibt uns auch ein Fünfpunkteprogramm an die Hand. – Moment.

(Die Rednerin sucht auf ihrem Tablet. – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Mit ifo haben Sie Probleme! DIW geht Ihnen leichter von der Hand! – Unruhe)

Was empfiehlt er uns? Er empfiehlt uns, einen strategischen Investitionsplan aufzustellen, deutlich mehr in die Qualifizierung der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu investieren,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Mit Bleibeperspektive! Genau!)

die Kapazitäten in den Agenturen und Jobcentern aufzubauen, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente anzupassen und zu kontrollieren, ob die Integration erfolgreich ist. Das, meine Damen und Herren, steht in dieser Studie. Sie wendet sich nicht dagegen, Mittel für Menschen, die zu uns gekommen

sind, aufzuwenden, sondern sie empfiehlt, wie man diese Mittel gezielt einsetzen soll. Das ist ein wesentlicher Unterschied, und das haben wir von Ihnen heute hier leider nicht gehört.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Lassen Sie mich noch einmal deutlich machen: Baden-Württemberg ist – meine Vorredner haben es bereits angesprochen – international aufs Engste verflochten. Wir sind auf den Weltmärkten unterwegs. Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist halt ziemlich langweilig!)

Wir waren auch in der Vergangenheit mit der Vielfalt hier im Land immer erfolgreich. Viele Menschen, die hierhergekommen sind, sind erfolgreiche Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft geworden. Das soll und wird auch in Zukunft so bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ein Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung – ich habe vorhin schon kurz daraus zitiert –: Wir haben in der aktuellen mittelfristigen Finanzplanung das strukturelle Defizit für 2020 um rund ein Drittel reduzieren können. Das ist natürlich auch den Tatsachen geschuldet, dass die Zugangszahlen der Flüchtlinge gesunken sind, dass wir niedrige Zinsen haben.

Noch einmal zu der Frage, was passiert, wenn die Zinsen steigen sollten. Die Niedrigzinsphase hält schon sehr lange an. Niemand hätte vor ein paar Jahren gedacht, dass sie so lange anhält. Aber Sie können sich sicher sein, Herr Rülke, dass wir auch Vorsorge treffen und versuchen, Verträge mit Laufzeiten von zehn, 20 oder 30 Jahren abzuschließen, um uns ebendiesen niedrigen Zinssatz auch für die Zukunft zu sichern. Deshalb sind Zinersparnisse über Jahrzehnte tatsächlich ein struktureller Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Unruhe)

Wir werden die Schuldenbremse 2020 einhalten, wir werden sie souverän einhalten. Wir werden weiter in die Zukunft des Landes investieren, und wir werden auch zukünftig weiter sanieren.

Mir ist noch besonders wichtig, dass wir die Situation, die derzeit nicht ganz einfach ist, nicht aus dem Auge verlieren – sei es, dass es um internationalen Terrorismus, um Klimawandel, um Digitalisierung oder um demografische Entwicklungen geht. All diese Trends sind Herausforderungen, aber auch eine Chance. Wenn die Politik sich diesen Veränderungen stellt, wenn die Politik gestaltet – das tun wir mit dieser Haushaltspolitik, meine Damen und Herren –, dann wird Baden-Württemberg auch in Zukunft gut aufgestellt sein. Davon bin ich überzeugt. Daran lassen Sie uns gemeinsam arbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Wem darf ich in der zweiten Runde das Wort geben? – Gemeldet hat sich Herr Abg. Professor Dr. Meuthen. Bitte schön.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Seien Sie zunächst sorglos. Ich werde deutlich weniger lang reden als die Finanzministerin. Ich möchte nur zwei kleine Klarstellungen vornehmen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das an sich ist noch keine Beruhigung! – Weitere Zurufe)

– Es beruhigt Sie doch, wenn ich nicht lange rede. Seien Sie ehrlich. Da sind Sie doch dankbar. Das kann ich ja sogar verstehen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kommen Sie zur Sache, Herr Meuthen! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ich verahre mich dagegen, Herr Rülke, wenn Sie mir implizit unterstellen, ich hätte Anschuldigungen vorgenommen, die ich nicht vorgenommen habe. Gerade ich war es, der am Dienstagmittag nach der Regierungspressekonferenz in einem Interview darauf hingewiesen hat, dass der Ermittlungsstand zu dem Attentat in Berlin erst abgewartet werden muss. So war das und nicht anders.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was hat Ihr Fraktionskollege Räßle dazu gesagt?)

– Darauf gehe ich gern kurz ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bitte!)

Eines glauben Sie doch bitte selbst nicht. Was auch immer bei diesen Ermittlungen herauskommt: Sie werden es wie ich vermutlich für wenig wahrscheinlich halten, dass ein gläubiger Christ hiesiger Herkunft dieses Attentat begangen hat und mit Tötungsabsicht einen Lkw in einen Weihnachtsmarkt hineingesteuert hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Woher wissen Sie das?)

Das ist, mit Verlaub, relativ unwahrscheinlich. Mehr wissen wir nicht, und über mehr will ich auch nicht reden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist ja der Gipfel! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Unruhe)

Wenn wir einmal ehrlich sind und das nehmen, was Herr Räßle gesagt hat, was – ich gebe es zu – eine krasse Formulierung ist, dann dürfen wir –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was? „Kraass“? Das ist eine Entgleisung! – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Martin Rivoir SPD: Untragbar! – Glocke des Präsidenten)

– Sie nennen das eine Entgleisung. Ich sage Ihnen etwas dazu. Dann entgleise ich jetzt gleich einmal mit –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie waren doch noch nie auf dem Gleis! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

zu Ihrer großen Freude. Sie können, wenn Sie einmal aufrichtig sind, nicht in Abrede stellen, dass islamistischer Terror in Europa durch die Politik Merkels massiv begünstigt wurde,

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU: Das ist doch unglaublich!)

und zwar durch die Politik der unkontrollierten Einreise. Sie können nicht übersehen, dass – – Das ist vielleicht nicht die rein nationale Sicht, weil wir hier noch gar nicht genau wissen, was in Berlin vorgefallen ist

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ach so!)

bzw. wer es war. Sie können, mit Verlaub, etwas anderes –

(Abg. Winfried Mack CDU: Schämen Sie sich, Herr Kollege!)

– Stopp! Jetzt rede ich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Schämen, Herr Mack –

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist doch kein Niveau! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Woher sind die Attentäter, die im November 2015 das Ding im Bataclan gedreht haben? Wo sind die eingereist? Ich will es Ihnen sagen: Die sind unkontrolliert in Deutschland eingereist. Dass diese Politik der Bundesregierung implizit eine Begünstigung islamistischen Terrors darstellt, ist ein Faktum,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und mit diesem Faktum gilt es solide umzugehen. Insofern ist die sinnbildliche Formulierung von Blut an den Händen Merkels, die Herr Räßle gewählt hat, zwar eine – ich räume das gern ein – krasse Formulierung, aber sie ist deswegen – ich betone das – noch nicht falsch,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Abg. Nicole Razavi CDU: Aha! – Weitere Zurufe)

und krasser – auch das sage ich Ihnen – als das, was hier gesagt wurde, ist das, was Merkel und Co. in diesem Land angerichtet haben und welchen Schaden sie diesem Land zugefügt haben. Hören Sie doch endlich auf, Ihre Augen vor den Realitäten zu verschließen, und stellen Sie sich einmal den Realitäten, wie sie sind. Es ist an der Zeit, zu handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Minister Peter Hauk: Sie Brandstifter! Das ist ja unerträglich! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dies zur Klarstellung.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt lassen wir wieder etwas Ruhe einkehren. – Frau Kollegin Dr. Baum, im Stehen wird hier nicht applaudiert.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD verlässt den Plenarsaal.)

– Das ist auch okay. Gut.

Fahren Sie fort.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Nun zu dem, was Frau Sitzmann sagte: Grundrecht auf Asyl. Frau Sitzmann, Sie wissen doch: Keine 2 % derer, die hier einreisen, haben einen Asylanspruch. Es sind keine 2 %!

(Zuruf des Ministers Peter Hauk)

Der Rest geht auf die Flüchtlingskonvention. Ja, es ist auch richtig, diese Menschen hereinzulassen, wenn sie wirklich Flüchtlinge sind. Das stellen wir überhaupt nicht in Abrede.

(Minister Peter Hauk: Aber dann reden Sie doch nicht solchen Schwachsinn!)

Aber, mit Verlaub, diese Menschen haben keine dauerhafte Bleibeperspektive. Es besteht auch kein dauerhaftes Bleiberecht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich bitte Sie, da doch einmal zu differenzieren. Dann wird man eben sehen, wen man hier dauerhaft integriert und wen nicht. Das sind nur die Menschen mit einer dauerhaften Bleibeperspektive. Das ist eine kleine Minderheit derer, die hier einreisen. Das ist eine Tatsache.

(Minister Peter Hauk: Und das sehen Sie denen an?  
– Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Es geht hier um den Haushalt!)

Wenn Sie dann sagen, das, was ich hier sage, sei mit christlichem Glauben nicht zu vereinbaren, dann sage ich Ihnen als Christ: Doch, sehr wohl, das ist es. Das ist der Unterschied zwischen Verantwortungsethik, die wir an den Tag legen, und Gesinnungsethik, die Sie an den Tag legen. Das macht die Differenz.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Dr. Meuthen, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Ich gestatte auch eine Zwischenfrage des Kollegen Glück. Ich bin mit meinen Ausführungen aber auch fertig. Es ist also eine Abschlussfrage des Kollegen Glück. Ich höre Ihnen gern zu.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte schön, Herr Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Herr Kollege Meuthen, ich habe bloß eine kurze Rückfrage.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Ja.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Und zwar geht es um einen Facebook-Eintrag Ihres Fraktionskollegen.

(Der Redner hält ein Tablet hoch.)

Ich habe hier einmal dieses Bild: die Raute der Kanzlerin mit blutigen Händen. Habe ich das gerade eben richtig verstanden, dass Sie diesen geschmacklosen, üblen Post, der von einem Mitglied Ihrer Fraktion kam, nicht verurteilen, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem man noch nicht einmal weiß, wer der Täter ist?

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** AfD: Herr Abg. Glück, ich habe von der gewählten Formulierung gesprochen. Die Posts meiner Abgeordnetenkollegen und die Bilder, die da verwendet werden,

(Zuruf: Eiertanz!)

kann ich so wenig alle kennen, wie Sie die aus Ihrer Fraktion kennen werden.

(Zurufe)

Herr Glück, ich habe mich zu der Formulierung klar geäußert.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Verurteilen Sie das, ja oder nein?)

Diese Formulierung nenne ich krass, aber in der Sache dennoch richtig,

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

weil Frau Merkel und die Regierung das zu verantworten haben.

(Abg. Winfried Mack CDU: „In der Sache richtig“!  
Wie bitte? Unglaublich! Schämen Sie sich!)

Deswegen muss ich das nicht für geschmackvoll halten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ja oder nein?)

Das macht den Unterschied.

Danke schön. Damit habe ich Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der AfD – Zurufe, u. a. Abg. Andreas Stoch SPD: Sie sind doch krank! Unglaublich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017, Drucksache 16/1117, und Haushaltsbegleitgesetz 2017, Drucksache 16/1118 – zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Sie stimmen diesem Überweisungsvorschlag zu. Damit ist das so beschlossen und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes – Drucksache 16/1166**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/1223**

**Berichterstatter: Abg. Reinhold Gall**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in der Zweiten Beratung dieses Gesetzentwurfs keine Aussprache zu führen.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wir kommen somit gleich zur **A b s t i m m u n g** über den interfraktionellen Gesetzentwurf. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/1223. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit einer Änderung in Artikel 1 zuzustimmen.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

##### Änderung des Volksabstimmungsgesetzes

Wer Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 16/1223 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 1 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Übergangsregelung

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Artikel 3

##### Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 21. Dezember 2016 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der 16. Bundesversammlung**

Meine Damen und Herren, nach der Bekanntmachung der Bundesregierung vom 28. September 2016 über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der 16. Bundesversammlung hat der Landtag von Baden-Württemberg 80 Mitglieder zu wählen. Für die Wahl gelten die §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung.

Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Jede und jeder Abgeordnete hat eine Stimme. Nachdem vier Vorschlagslisten vorliegen (*Anlagen 4 bis 7*), werden die Sitze den Listen nach der Zahl der ihnen zufallenden Stimmen im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugeteilt.

Für die Wahlhandlung gelten die Bestimmungen von § 97 a der Geschäftsordnung. Es wird also, wie bei geheimen Wahlen üblich, ein Namensaufruf durchgeführt.

Zunächst berufe ich nun folgende sieben Damen und Herren Abgeordnete in die Wahlkommission: Herrn Abg. Berg, Herrn Abg. Haußmann, Frau Abg. Lindlohr, Herrn Abg. Nelius, Herrn Abg. Dr. Rapp, Herrn Abg. Schoch und Herrn Abg. Teufel.

Zum Ablauf der Wahlhandlung gebe ich Ihnen folgende Hinweise: Gewählt wird wieder in den Telefonzellen hinten an den Eingängen des Plenarsaals. Ihre Wahlunterlagen erhalten Sie zuvor bei den Kolleginnen und Kollegen der Wahlkommission auf der rechten und linken Seite im hinteren Bereich des Plenarsaals.

Es gilt – von der Mitte aus betrachtet – folgende Aufteilung: Die aufgerufenen Abgeordneten der Fraktionen der FDP/DVP, der CDU und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten begeben sich zur von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals, die Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD gehen zur von mir aus gesehen linken Seite. Ihre Wahlumschläge werfen Sie bitte in die vor mir am Rednerpult bereitstehende Wahlurne.

Es liegen Ihnen vier Vorschlagslisten der Fraktionen vor. Auf dem Stimmzettel sind diese vier Vorschlagslisten aufgeführt. Sie brauchen also nur anzukreuzen, welcher Vorschlagsliste Sie Ihre Stimme geben wollen. Nicht gekennzeichnete Stimmzettel gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn mehr als eine Vorschlagsliste angekreuzt wurde. Bitte stecken Sie – das kennen Sie schon – nach der Stimmabgabe Ihren Stimmzettel in den Wahlumschlag, und kleben Sie diesen bitte nicht zu. Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Wahlhandlung ein. Frau Kollegin Lindlohr, ich darf Sie bitten, nun den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A. – Bitte schön, Frau Kollegin Lindlohr.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der noch nicht gewählt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Moment!)

Meine Damen und Herren, die Auszählung der Stimmen wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Wie mit den Fraktionen abgestimmt, wird die Sitzung während der Auszählung unterbrochen. Wir gehen von ca. einer halben Stunde aus. Um die

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Zeit zu überbrücken, lade ich Sie in die Eingangshalle ein, wo ein kleiner Imbiss und Getränke für Sie bereitstehen. Das gilt auch für die Regierungsbank. Das Wahlergebnis werde ich nachher bekannt geben. Wenn es so weit ist, wird der Gong ertönen und Ihnen das Signal geben, dass es Zeit ist, noch einmal für wenige Minuten in den Plenarsaal zurückzukehren.

Bevor ich jedoch die Sitzung unterbreche, rufe ich die **Punkte 4 bis 11** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 4:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Oktober 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 10: Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger – Drucksachen 16/852, 16/1142**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler**

**Punkt 5:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juni 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 9: Haftplatzbedarf sowie Einrichtungen des offenen Vollzugs und des Freigangs – Drucksachen 16/88, 16/1141**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler**

**Punkt 6:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. August 2016 – Beitritt Baden-Württembergs zur „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ – Drucksachen 16/195, 16/894**

**Berichterstatter: Abg. Andreas Glück**

**Punkt 7:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration zu der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 6. Dezember 2016 – Unterrichtung des Landtags nach § 10 Absatz 4 Landeshaushaltsordnung (LHO); hier: Pauschaler Belastungsausgleich zwischen den Ländern für unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (UMA) – Drucksachen 16/1164, 16/1165**

**Berichterstatterin: Abg. Sabine Wölflé**

**Punkt 8:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu**

**a) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 21. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier:**

**Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz – Drucksache 16/1013**

**b) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 21. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes in der Union – Drucksache 16/1019**

**c) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 21. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen – Drucksache 16/1023**

**d) der Mitteilung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration vom 28. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union – Drucksache 16/1122**

**Drucksache 16/1162**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler**

**Punkt 9:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 29. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 – Drucksachen 16/1096, 16/1161**

**Berichterstatter: Abg. Josef Frey**

**Punkt 10:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/1149, 16/1150, 16/1151, 16/1152**

**Punkt 11:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/1123**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den verschiedenen Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Ich weise darauf hin, dass sich der Innenausschuss jetzt gleich zu einer Sitzung im Friedrich-Ebert-Saal trifft. Eine entsprechende Einladung ging den Mitgliedern des Innenausschusses zu.

Die Sitzung wird nun, wie angekündigt, bis ca. 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:28 Uhr)

\*



(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:09 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich rufe nochmals **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

### **Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung**

Ich darf Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung bekannt geben.

Abgegeben wurden insgesamt 139 Stimmen. Auf die Vorschlagsliste der Fraktion GRÜNE – Vorschlagsliste Nummer 1 – entfielen 43 Stimmen. Auf die Vorschlagsliste der Fraktion der CDU – Vorschlagsliste Nummer 2 – entfielen 39 Stimmen. Auf die Vorschlagsliste der Fraktion der AfD – Vorschlagsliste Nummer 3 – entfielen 19 Stimmen. Die Vorschlagsliste der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Vorschlagsliste Nummer 4 – hat insgesamt 34 Stimmen erhalten. Es gab zwei Stimmenthaltungen, und zwei Stimmen waren ungültig.

Gemäß § 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung waren die Sitze den Listen nach der Zahl der ihnen zufallenden Stimmen im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zuzuteilen. Dies ist gesehen.

Danach entfallen auf die verschiedenen Vorschlagslisten folgende Sitze: Vorschlagsliste Nummer 1 – GRÜNE – 26 Sitze, Vorschlagsliste Nummer 2 – CDU – 23 Sitze, Vorschlagsliste Nummer 3 – AfD – elf Sitze und Vorschlagsliste Nummer 4 – SPD und FDP/DVP – 20 Sitze.

Zu Mitgliedern der 16. Bundesversammlung sind damit folgende Personen gewählt: aus der Vorschlagsliste Nummer 1 – GRÜNE – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 26, aus der Vorschlagsliste Nummer 2 – CDU – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 23, aus der Vorschlagsliste Nummer 3 – AfD – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 11 und aus der Vorschlagsliste Nummer 4 – SPD und FDP/DVP – die Damen und Herren unter den laufenden Nummern 1 bis 20.

Es geht noch weiter.

Zu Ersatzmitgliedern wurden folgende Personen aus den Vorschlagslisten gewählt: Die auf der Vorschlagsliste Nummer 1 – GRÜNE – unter den laufenden Nummern 27 bis 35 aufgeführten Damen und Herren, die auf der Vorschlagsliste Nummer 2 – CDU – unter den laufenden Nummern 24 bis 26 aufgeführten Herren. Dasselbe gilt für die auf der Vorschlagsliste Nummer 3 – AfD – unter den laufenden Nummern 12 bis 14 aufgeführten Herren.

(Unruhe)

– Ich darf noch ein paar Minuten um etwas Ruhe bitten.

Auch der auf der Vorschlagsliste Nummer 4 – SPD und FDP/DVP – unter der laufenden Nummer 21 aufgeführte Herr – es ist nur einer – ist als Ersatzmitglied gewählt worden.

Meine Damen und Herren, an die gewählten Mitglieder der 16. Bundesversammlung wird noch heute ein Wahlbestätigungsschreiben versandt.

Gemäß § 4 Absatz 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung müssen die Wahlfrauen und Wahlmänner binnen zwei Tagen erklären, ob sie die Wahl annehmen. Wenn die Wahlleute bis zum Ablauf der genannten Frist keine Erklärung abgeben, so gilt die Wahl als zu diesem Zeitpunkt angenommen.

Bitte beachten Sie jedoch Folgendes: Die Bundestagsverwaltung legt Wert darauf, dass schriftliche Annahmeerklärungen der Wahlleute vorliegen.

Meine Damen und Herren, für die in die Bundesversammlung gewählten Damen und Herren Abgeordneten und Regierungsmitglieder gilt noch folgender Hinweis: Ihnen wird an den beiden Tischen im hinteren Bereich des Plenarsaals – in den Bereichen, in denen Sie auch die Wahlunterlagen erhalten haben – jetzt gleich das bereits genannte Schreiben ausgehändigt, dem auch der Vordruck für eine Wahlannahmeerklärung beigefügt ist.

Beachten Sie bitte Folgendes: Gewählte Abgeordnete und Regierungsmitglieder mit den Anfangsbuchstaben A bis K im Nachnamen erhalten das Schreiben auf der von mir aus gesehen linken Seite des Plenarsaals am Ausgabetrichter. Die gewählten Abgeordneten und Regierungsmitglieder mit den Anfangsbuchstaben L bis Z im Nachnamen erhalten das Schreiben auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals am Ausgabetrichter.

Ich bitte die gewählten Abgeordneten und Regierungsmitglieder, dieses Schreiben entgegenzunehmen und die Wahlannahmeerklärung am besten sofort zu unterzeichnen und in die vorgesehenen Kästen einzulegen. Hierfür stehen Ihnen die kleinen Tische neben den Ausgabetrichtern zur Verfügung, auf denen Sie die Wahlannahmeerklärung ausfüllen und unterzeichnen können.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 endgültig erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir auch am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Dies war die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen und uns allen frohe und erholsame Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das Jahr 2017.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 8. Februar 2017, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Schluss: 15:15 Uhr**

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der CDU

### **Nachwahl in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung**

Zur Wahl als Mitglied wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Sylvia Felder

15.12.2016

Dr. Reinhart und Fraktion

**Vorschlag**

der Fraktion GRÜNE

**Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus (* verstorben am 28.11.2016)	tritt ein
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Ausschuss für Finanzen	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Raufelder* Kern, Manfred	Kern, Manfred Zimmer
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Mitglied stellvertretendes Mitglied	Kern, Manfred Raufelder*	Zimmer Kern, Manfred
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Ausschuss für Soziales und Integration	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Ausschuss für Verkehr	Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Ausschuss für Europa und Internationales	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer
Petitionsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Raufelder*	Zimmer

20.12.2016

Andreas Schwarz und Fraktion

**Vorschlag**

der Fraktion der AfD

**Umbesetzung bei den Schriftführerinnen/Schriftführern  
und in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
	Schriftführerin	Martin	Dr. Merz
Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration	Mitglied	Martin	N. N.
Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Mitglied	Martin	N. N.
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Martin	N. N.
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Martin	N. N.
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	stellvertretendes Mitglied	Martin	N. N.
Ausschuss für Verkehr	stellvertretendes Mitglied	Martin	N. N.
Petitionsausschuss	Mitglied	Martin	N. N.
Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus/NSU BW II“	Mitglied	Dr. Fiechtner	N. N.

20.12.2016

Dr. Meuthen und Fraktion

**Vorschlagsliste Nr. 1**

Vorschlag der Fraktion GRÜNE

**für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung**

Name	Vorname	Wohnort
1. Schwarz MdL Fraktionsvorsitzender	Andreas	Kirchheim unter Teck
2. Kretschmann MdL Ministerpräsident	Winfried	Sigmaringen-Laiz
3. Aras MdL Landtagspräsidentin	Muhterem	Stuttgart
4. Dr. Detzer	Sandra	Heidelberg
5. Hildenbrand	Oliver	Freudenberg
6. Dr. von Dewitz	Antje	Tettngang
7. Fehrenbach	Franz	Stuttgart
8. Rühle	Heide	Stuttgart
9. Professor Hell	Stefan	Göttingen
10. Stahl	Angelika	Stuttgart
11. Löw	Joachim	Wittnau
12. Urspruch	Christine	Wangen im Allgäu
13. Dr. Salomon	Dieter	Freiburg
14. Boser MdL	Sandra	Wolfach
15. Walker MdL	Thekla	Stuttgart
16. Grath MdL	Martin	Heidenheim an der Brenz
17. Saebel MdL	Barbara	Ettlingen
18. Lede Abal MdL	Daniel Andreas	Tübingen
19. Bauer MdL Ministerin	Theresia	Heidelberg
20. Schoch MdL	Alexander	Waldkirch

Name	Vorname	Wohnort
21. Häffner MdL	Petra	Schorndorf
22. Hermann MdL Minister	Winfried	Stuttgart
23. Bogner-Unden MdL	Andrea	Wald
24. Sckerl MdL	Hans-Ulrich	Weinheim
25. Schwarz MdL	Andrea	Oberderdingen
26. Dr. Rösler MdL	Markus	Vaihingen-Ensing
27. Lindlohr MdL	Andrea	Esslingen
28. Filius MdL	Jürgen	Ulm
29. Wehinger MdL	Dorothea	Steißlingen
30. Walter MdL	Jürgen	Asperg
31. Seemann MdL	Stefanie	Mühlacker
32. Maier MdL	Alexander	Göppingen
33. Zimmer MdL	Elke	Mannheim
34. Hahn MdL	Martin	Überlingen
35. Marwein MdL	Thomas	Offenburg

20.12.2016

Andreas Schwarz und Fraktion

**Vorschlagsliste Nr. 2**

Vorschlag der Fraktion der CDU

**für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung**

Name	Vorname	Wohnort
1. Professor Dr. Reinhart MdL Fraktionsvorsitzender	Wolfgang	Tauberbischofsheim
2. Burger MdL	Klaus	Sigmaringen
3. Dörflinger MdL	Thomas	Ummendorf
4. Epple MdL	Konrad	Ditzingen
5. Felder MdL	Sylvia	Gernsbach
6. Gentges MdL	Marion	Zell a. H.
7. Gramling MdL	Fabian	Besigheim
8. Hagel MdL	Manuel	Ehingen
9. Haser MdL	Raimund	Kißlegg-Immenried
10. Hockenberger MdL	Ulli	Bruchsal
11. Lorek MdL	Siegfried	Winnenden
12. Neumann MdL	Christine	Ettlingen
13. Dr. Schütte MdL	Albrecht	Bammental
14. Dr. Hoffmeister-Kraut MdL Ministerin	Nicole	Balingen
15. Strobl Minister	Thomas	Heilbronn
16. Professor Dr. h. c. Teufel Ministerpräsident a. D.	Erwin	Spaichingen
17. Mappus Ministerpräsident a. D.	Stefan	Pforzheim
18. Kappel	Niko	Welzheim
19. Schwaderer	Susanne	Markdorf
20. Hopp	Daniel	Walldorf

Name	Vorname	Wohnort
21. Wolf MdL Minister	Guido	Tuttlingen
22. Mack MdL	Winfried	Ellwangen
23. Dr. Rapp MdL	Patrick	Bad Krozingen
24. Nemeth MdL	Paul	Böblingen
25. Kößler MdL	Joachim	Gondelsheim
26. Dr. Scheffold MdL	Stefan	Schwäbisch Gmünd

20.12.2016

Dr. Reinhart und Fraktion



### Vorschlagsliste Nr. 3

Vorschlag der Fraktion der AfD

#### für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung

Name	Vorname	Wohnort
1. Dr. Baum MdL	Christina	Lauda-Königshofen
2. Dr. Balzer MdL	Rainer	Bad Schönborn
3. Dr. Merz MdL	Heiner	Fellbach
4. Berg MdL	Lars Patrick	Heidelberg
5. Voigtmann MdL	Klaus-Günther	Ketsch
6. Professor Dr. Meuthen MdL Fraktionsvorsitzender	Jörg	Karlsruhe
7. Stein MdL	Udo	Bühlertann
8. Palka MdL	Thomas Axel	Schwaigern
9. Dr. Grimmer MdL	Bernd	Pforzheim
10. Wolle MdL	Carola	Beilstein
11. Herre MdL	Stefan	Balingen
12. Klos MdL	Rüdiger	Eppelheim
13. Baron MdL	Anton	Niedernhall
14. Rottmann MdL	Daniel	Ulm

20.12.2016

Dr. Meuthen und Fraktion

**Vorschlagsliste Nr. 4**

Vorschlag der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP

**für die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der 16. Bundesversammlung**

Name	Vorname	Wohnort
1. Stoch MdL Fraktionsvorsitzender	Andreas	Heidenheim
2. Dr. Rülke MdL Fraktionsvorsitzender	Hans-Ulrich	Pforzheim
3. Breymaier	Leni	Eislingen
4. Theurer MdEP	Michael	Horb a. Neckar
5. Wörner	Natalia	Rangersdorf b. Berlin
6. Zitzelsberger	Roman	Stuttgart
7. Markwort	Helmut	München
8. Grenke	Wolfgang	Baden-Baden
9. Wölfle MdL	Sabine	Waldkirch
10. Dr. Aden MdL	Gerhard	Rottweil
11. Binder MdL	Sascha	Geislingen
12. Keck MdL	Jürgen	Radolfzell
13. Dr. Fulst-Blei MdL	Stefan	Mannheim
14. Rolland MdL	Gabi	Freiburg
15. Reich-Gutjahr MdL	Gabriele	Stuttgart
16. Hinderer MdL	Rainer	Heilbronn
17. Weinmann MdL	Nico	Heilbronn
18. Kopp MdL	Ernst	Bietigheim
19. Gruber MdL	Gernot	Backnang

Name	Vorname	Wohnort
20. Hoher MdL	Klaus	Salem
21. Hofelich MdL	Peter	Salach

19.12.2016

Stoch und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion